



:Unser Titelthema

Föderales Bildungsschaos

Erste Ergebnisse der ASD-Studie

:Außerdem

didacta 2011 – Ein Messerundgang

Vom Bodengleiter bis zur ergonomischen Lernplatzbeleuchtung: Einrichtungen von HOHENLOHER schaffen die Grundlage für Lust am Lernen und Lehren. Die innovativen Lösungen umfassen alle Bereiche des

schulischen Lebens – vom Klassenraum über Foyer und Aula, Mediathek, Mensa und Cafeteria bis zum naturwissenschaftlichen Fachraum, ob multifunktional, klassisch, grenzenlos flexibel oder multimedial.



...die vielseitigen Sediamo®-Stühle, das QuickBoard für multimediales Lehren und vieles mehr:

www.hohenloher.de



Erleben Sie den NAWIS® Medienlift für flexible naturwissenschaftliche Fachräume, den NAWIS® Powerlift für multifunktionale Raumnutzung, die Lernschiene für kreatives Präsentieren, ...



HOHENLOHER

Inhalt

AKTUELL

- 4 Aus dem Verband
6 Aus den Bundesländern

TITELTHEMA FÖDERALISMUS

- 8 Die große ASD-Bildungsföderalismus-Studie
17 Schreiben ohne Schreibschrift?
18 Interview mit dem Grünen-Politiker Robert Habeck
20 Interview mit Matthias Anbuhl (DGB)
22 Schafft die Politiker-Spielwiese endlich ab!

TITELTHEMA – DIDACTA 2011

- 23 Didacta 2011 – zwischen Bildung und Business
24 Problemlöser Ganztagsschulen?
25 Digitale Präsentationstechnologie
26 Kleine Verlagsrevue
27 Messestreifzüge
29 Zu Besuch beim VSL-Stand

THEMA – PÄDAGOGISCHER CIRCUS

- 30 Manege frei für Inklusion

RÜCKSPIEGEL

- 31 Im Rückspiegel: Inklusion

THEMA – UNTERRICHTSGESTALTUNG

- 32 Interview mit Michael Klein-Landeck

INTERNATIONALES

- 34 Schule gestalten für Deutschland

THEMA – SCHULBIBLIOTHEKEN

- 35 Schulbibliotheken: Eine Aufgabe für Schulleitungen!

SCHULRECHT-KOLUMNE

- 38 Teuflisch tolles Tiramisu

RUBRIKEN

- 39 Fortbildung
40 Lesestoff - Informationen für Schulleitungen
42 Adressen, Impressum

Vorwort der Redaktion

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Leserinnen und Leser!

„Variatio delectat“, sagen die Lateiner. Vielfalt macht Freude. Die Vielfalt im deutschen Bildungswesen macht allerdings seit langem keine Freude mehr. Hier scheint statt der oben zitierten Vielfalt vielmehr das gute alte deutsche Sprichwort „Viele Köche verderben den Brei“ der Wirklichkeit zu entsprechen! Schon seit Jahren wird der Bildungsföderalismus nicht nur in der Öffentlichkeit heftig und konträr diskutiert, sondern er ist gleichzeitig in der Politik der größte Zankapfel zwischen Bund und Ländern. Selbst die sogenannte – und von der Politik als großer Erfolg gefeierte – Föderalismusreform der Herren Stoiber und Müntefering, zwei nicht gerade ausgewiesene Bildungspolitiker, hat daran nichts geändert. Nein, sie hat sogar alles noch viel schlimmer gemacht. Noch immer sind die alten Fragen offen, nämlich wie es gelingen kann, in der ganzen Republik gleiche Bildungschancen für alle herzustellen, so dass auch Schülerinnen und Schüler aus ärmeren und bildungsferneren Familien nicht nur individuell gefördert werden, sondern auch entsprechende schulische Erfolge erzielen können. Oder wie wir es schaffen können, dass in ganz Deutschland für alle Kinder vor und zu Beginn ihrer Schullaufbahn die gleichen Bedingungen herrschen, um ihnen einen erfolgreichen Start in selbige zu ermöglichen. Das sind nur zwei Beispiele von unendlich vielen, die zeigen, wie riesig das Bildungs-Durcheinander in Deutschland ist.

Bildung darf nicht länger die alleinige Sache der Länder bleiben, sie muss in großen Teilen in die Kompetenz des Bundes übergehen. Zwar scheint es Politiker zu geben, die den Ruf der Zeit erkannt haben und anfangen, sich Gedanken darüber zu machen, wie zumindest die Auswirkungen des Bildungsföderalismus überwunden werden können, doch wagt derzeit niemand, den einzig sinnvollen – wenn auch großen – Schritt zu machen, nämlich die Entscheidungskompetenz beim Bund anzusiedeln. Was im Bereich der Grundschule verändert gehört, das dokumentiert die vorliegende *b:sl* auf den Seiten 8 bis 22. Grundlage dieser Berichterstattung ist die exklusive Auswertung der ersten Ergebnisse einer derzeit beim ASD - Allgemeiner Schulleitungsverband Deutschlands laufenden Studie über die Auswirkungen des Bildungsföderalismus in Deutschland. Vielleicht geben die Ergebnisse dieser Studie, die im Spätherbst dieses Jahres komplett vorliegen werden, den Politikern Anlass, die Entscheidungslethargie der letzten Jahre zu überwinden. Und – vielleicht hilft auch das: Dann nämlich sind auch die Landtagswahlen vorbei und man könnte sich losgelöst von allen parteipolitisch geprägten Ideologien endlich inhaltlich mit dieser Thematik auseinander setzen.

Auch das zweite große Thema, das in den vergangenen Wochen im Bereich der Bildung die Medien füllte, hat in der vorliegenden Ausgabe der *b:sl* seinen Niederschlag gefunden: Unsere Redaktion besuchte – wie jedes Jahr – die didacta und hat ihre Eindrücke und die Neuigkeiten mitgebracht.

Wir wünschen Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine erbauliche Lektüre und freuen uns – wie immer – auf Ihre Reaktionen. Die Redaktion Ihres Fachmagazins erreichen Sie einfach und unkompliziert unter info@beruf-schulleitung.de.

Die Redaktion

* In diesem Heft finden Sie Beilagen der Verlagsgruppe
BELTZ und des Bergmoser+Höller Verlags.
Wir bitten um freundliche Beachtung.

KMK sorgt für Unruhe

Wegen Hamburger Neuwahlen wurde der KMK-Präsidentschaftsturnus verändert

Die Präsidentschaft der Kultusministerkonferenz ist in einem relativ komplizierten Verfahren geregelt. Das Plenum aller Landeskultusminister wählt aus seiner Mitte für jedes Jahr in einem bestimmten Turnus das Präsidium, das aus dem Präsidenten oder der Präsidentin, drei Vizepräsidentinnen bzw. Vizepräsidenten und bis zu zwei weiteren (kooptierten) Mitgliedern besteht. Im Turnus der Präsidentschaft ist geregelt, in welchem Jahr welches Bundesland den KMK-Präsidenten und die drei Vizepräsidenten stellt. Im Jahr darauf rückt ein anderes Bundesland auf den Präsidentensessel vor, der heutige Präsident ist danach noch ein Jahr in der zweiten Reihe als Vizepräsident. Laut diesen komplizierten Regeln wäre nun Hamburg mit der Präsidentschaft an der Reihe, im folgenden Jahr würde Sachsen-Anhalt den Präsidenten der KMK stellen. So weit, so gut. KMK-Präsident in diesem Jahr ist allerdings Dr. Bernd Althusmann, Kultusminister aus Niedersachsen. Was ist passiert? Die Internet-Seiten der KMK geben darüber keine Auskunft, eine Anfrage bei der Pressestelle der KMK bringt Licht ins Dunkel: „Die Änderung in der Reihenfolge liegt darin



Tanzt aus der Reihe:
der neue KMK-
Präsident Dr. Bernd
Althusmann aus
Niedersachsen

begründet, dass die Koalition in Hamburg zum Ende des vergangenen Jahres zerbrochen ist und Neuwahlen erst Ende Februar stattfinden. Aus diesem Grund konnte Hamburg die Präsidentschaft 2011 nicht leisten.“ Auch über die darauf folgenden Jahre hat man sich bereits verständigt: „In 2012 wird Hamburg, in 2013 Sachsen-Anhalt die Präsidentschaft stellen, dann ist alles wieder im Lot und geht den gewohnten Gang weiter“, erläutert die Pressestelle der KMK.

Was bedeutet dies für die Verbandsarbeit?

Leider haben sich die ASD-Mitglieder vor einigen Jahren dazu entschlossen, die Vorstandschaft im ASD dem der KMK anzupassen. Die Gründe lagen unter anderem am Ausrichtungsort der programmatisch wichtigen ASD-Frühjahrstagung. Diese sollte stets von dem Bundesland ausgerichtet werden, das auch den Vorstandsvorsitz des ASD inne hat. Gleichzeitig hätte die geografische Nähe zum Dienstsitz des KMK-Präsidenten seine Teilnahme an der ASD-Frühjahrstagung erleichtert. Dieses Jahr wäre also auch beim ASD Hamburg mit dem Vorstandsvorsitz an der Reihe, im nächsten Jahr würde der Vertreter von Sachsen-Anhalt den Vorstandsvorsitz übernehmen. Das KMK-Präsidentschafts-Kuddelmuddel führt dazu, dass sich die ASD-Mitgliederversammlung anlässlich der Frühjahrstagung nun wieder mit dem Ablauf der Vorstandsbewerbung beschäftigen muss. Wir werden von deren Ausgang berichten.

Vorstandswchsel

Wie in jedem Jahr wurden auch am 1.1.2011 die Vorstandssessel beim ASD gerückt. Aufgrund des rollierenden Systems schied Dr. Joachim Hoffmann aus dem ASD-Vorstand auf. Frank Diesener rückte als Vertreter Sachsen-Anhalts in die Stellvertreter-Position nach.



Frank Diesener ist
auf der „Nachrücker-
Position“

Unbeeindruckt von der Umstrukturierung der KMK-Präsidentschaft hat sich turnusgemäß der ASD-Vorstand verändert. Vorstandsvorsitzender ist in diesem Jahr Rainer Stegmaier. Die erste Stellvertreterposition hat Frank Diesener aus Sachsen-Anhalt inne. Der bisherige Vorstandsvorsitzende Bernhard Jäger ist nun der zweite Stellvertreter, bevor er im nächsten Jahr die Vorstandsrunde verlässt. Rainer Stegmaier, der der Vereinigung von Schulleiterinnen und Schulleitern in Baden-Württemberg angehört, will

die bisherigen Arbeitsschwerpunkte des ASD weiter fortsetzen und intensivieren. Neben den allgemeinen, schulleitungsrelevanten Themen wie dem „Leitbild Schulleitung“ mit dem Schwerpunktthema „Leitungszeit“ wird dies in diesem Jahr vor allem die Abschaffung der negativen Auswirkungen des Bildungsföderalismus in Deutschland sein. Aber auch die Umsetzung der Inklusion in den Bundesländern und – als neuen Arbeitsschwerpunkt des ASD – die Partizipation in unseren Schulen werden die Arbeit des neuen Vorstandsvorsitzenden prägen.



Der neue Vor-
standsvorsitzende
Rainer Stegmaier

Weiterer Austausch beschlossen

Erstes Treffen des ASD, des Bundeselternrats und des Grundschulverbandes

Ende Februar trafen sich die Vorstände aller drei Verbände in Kassel zu einem ersten Meinungs- und Informationsaustausch.

Die Spitzengremien der drei Verbände haben sich ausführlich und konstruktiv über Ihre Arbeitsweisen und die Struktur der Verbände ausgetauscht. Ziel dieses Treffens war es, sich kennen zu lernen und gemeinsame Themenstellungen zu finden. Der Grundschulverband wurde als Arbeitskreis Grundschule 1969 in Frankfurt/Main gegründet und ist eine gemeinnützige und überparteiliche bundesweite Basisinitiative von zurzeit mehr als 10000 Mitgliedern. Dazu gehören Grundschulen, Lehrerinnen und Lehrer, Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie weitere an der Grundschule interessierte Personen und Institutionen.

Der Grundschulverband e.V. setzt sich für die Weiterentwicklung der Grundschule ein. Er will bundesweit und in den einzelnen Bundesländern bildungspolitisch die Stellung der Grundschule als grundlegende Bildungseinrichtung verbessern und die notwendigen Investitionen für ihren Ausbau zur zeitgemäßen und kindgerechten Schule von den politisch Verantwortlichen einfordern, schulpädagogisch die Reform der Schulpraxis und der Lehrerbildung entsprechend den Erkenntnissen aus Wissenschaft und Praxis unterstützen.

Der Bundeselternrat ist die Arbeitsgemeinschaft der Landeselternvertretungen in Deutschland. Er unterstützt die Elternvertreter in den Ländern dabei, ihre schulischen Mitwirkungsrechte wahrzunehmen. Er hält im Rahmen seiner länderübergreifenden Aufgaben enge Kontakte zu den zuständigen Ministerien, Institutionen und Verbänden, um die Verwirklichung des Erziehungs- und Bildungsauftrages der Schule zu fördern und in Übereinstimmung mit Artikel 6 des Grundgesetzes die Rechte der Eltern bei den das Schulwesen berührenden Entscheidungen zu wahren.

Nach der ausführlichen Vorstellungsrunde wurden die drei Themenbereiche Föderalismus, Inklusion und Partizipation bearbeitet. Dabei stellte sich heraus, dass die drei Verbände ihren Schwerpunkten entsprechend auf einem unterschiedlichen Informations- und Aktionsstand sind.

Es wurde konkret vereinbart, dass eine informelle Zusammenarbeit bei Veranstaltungen und Veröffentlichungen angestrebt wird. Das insgesamt in einer lockeren aber konzentrierten Arbeitsatmosphäre stattgefundene Treffen sollte nicht das letzte geblieben sein.

SchulleiterABC

Neue Software – Jetzt Testversion anfordern!

SchulleiterABC – Die prägnante Auskunft für Schulleitungen und Schulbehörden



Die Vorteile im Überblick:

- Umfangreiche Sachkartei auf der Grundlage von Gesetzen und Verordnungen im Bereich des Schul- und Beamtenrechts
- Querverweise auf andere Sachgebiete
- Übersichtliche Auflistung
- Erstellt von kompetenten Praktikern aus Schule und Verwaltung
- Bereits über 7.000 Abonnenten
- Angabe der Fundstellen in Gesetzen und Verwaltungsschriften
- Erhältlich als CD-ROM oder als Karteikarten-System
- Regelmäßiger Aktualisierungsservice



Kurznachrichten aus den Bundesländern

Wissenswerte Neuigkeiten – von der Redaktion zusammengestellt



Rudert nun wieder zurück – KM Schick

Baden-Württemberg

Vor wenigen Wochen verlor Kultusministerin Marion Schick einen Prozess, in dem es um die unerlässliche Mehrzügigkeit als Grundbedingung für die Einrichtung von Werkrealschulen ging. Als Begründung für die Mehrzügigkeit galt bisher von Seiten des Kultusministeriums, dass nur dann das besondere pädagogische Profil mit den neuen Wahlpflichtfächern qualitativ hochwertig realisierbar sei.

Wenige Wochen vor der Landtagswahl verwirrt nun die Ministerin das ganze Land mit der Aussage: „Einzügige Hauptschulen, die sich zu

Werkrealschulen weiterentwickeln wollen und erfolgreiche Evaluationsergebnisse vorweisen können, haben in Zukunft dazu die Chance.“ Man müsse nun „die Qualität stärker ins Zentrum der Weiterentwicklung der Werkrealschule stellen.“

Die Ministerin hat mit ihrem Vorschlag Hauptschulen in ländlichen Regionen im Visier, die keine Partner für die Gründung einer Werkrealschule haben. Schick reagiert damit auf Unmut in zahlreichen Kommunen, die um ihren Schulstandort fürchteten. Der von Ministerin Schick als „weitere Ausbaustufe“ bezeichnete „Baustein“ konterkariert in Wirklichkeit das ursprüngliche Konzept der Werkrealschule. Die Leidtragenden an diesem „Übergangsmanagement“ sind in erster Linie alle Verantwortlichen und damit auch die Schulleitungen vor Ort, die durch diesen Schlingerlkurs zunehmend in Erklärungsnot geraten können.

Die VSL Vereinigung von Schulleiterinnen und Schulleitern in Baden-Württemberg e.V. hat dazu eine Pressemitteilung herausgegeben, die Sie auf den Internetseiten des Verbands unter www.vsl-bw.de lesen können.

Berlin

SCHULINSPEKTION HILFREICH

In den letzten Jahren haben die meisten Schulen in Berlin eine Schulinspektion praktisch erlebt. Während die letzten Schulinspektionen noch laufen, werden Überlegungen geführt, inwieweit der zweite Durchgang der Schulinspektion, der im Schuljahr 2011/2012 beginnt, verändert werden sollte.

Um die Erfahrungen und Wünsche der Schulleitungen zum Thema Schulinspektion als Schulleitungsverband gegenüber der Senatsschulverwaltung vertreten zu können, hat der IBS Interessenverband Berliner Schulleitungen im Dezember 2010 eine Abfrage zur Berliner Schulinspektion durchgeführt. Insgesamt 63 Schulleiterinnen und Schulleiter haben sich die Zeit genommen, die Fragen zu beantworten. Nach dieser Umfrage schätzen vier von fünf Schulleiterinnen und Schulleiter die Ergebnisse der Inspek-

tion an ihrer Schule als hilfreich für ihre weitere Tätigkeit ein. Die Akzeptanz der Schulinspektion bei den unterschiedlichen Beteiligungsgruppen reicht nach dieser Einschätzung von 82% (Technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) und 84% (Lehrkräfte) über 86% (Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) und 90% (Schülerinnen und Schüler sowie externe Mitglieder der Schulkonferenz) bis 91% (Eltern) und 96% (Kooperationspartner).

Saarland

NOTENSCHUMMELEI IM SAARLAND

Was für seltsame Blüten der Bildungswettbewerb der Länder treibt, wird gegenwärtig deutlich, wenn man einen genaueren Blick auf die Praxis der Notenvergabe in saarländischen Gymnasien wirft. Denn die hervorragenden Werte, die das kleine Bundesland im Hinblick auf die Schulabrecher-Quote vorzuweisen hat, kommen nicht von ungefähr. Auf Anweisung vom Ministerium sind Gymnasien dazu angehalten, jenen Abbrechern, die die Schule nach der neunten Klasse verlassen, ein Hauptschulabschlusszeugnis auszustellen, bei dem die Zensuren pauschal um zwei Notenwerte angehoben werden – darüber berichtete der NDR in seiner Sendung „Panorama“ vom 20. 1. 2011 (im Netz verfügbar unter: <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2011/schulchaos101.html>). Bildungsminister Kessler indes gab sich mit Blick auf die Mogelparxis entspannt: Er bezeichnete im NDR-Interview das System als ein „sehr schülerfreundliches“, durch das nichtsdestotrotz eine bundesweite Vergleichbarkeit der Abschlüsse gewahrt bleibe. Schließlich gebe es immer „gewisse Spreizungen in der Leistung“.

Schleswig-Holstein

VERBANDSJUBILÄUM

Am 31. Oktober 1991 trafen sich in Bad Bramstedt Schulleiterinnen und Schulleiter und hoben den Schulleitungsverband Schleswig-Holstein (*slvsh*) aus der Taufe. Michael Doppke, Walter Rossow, Friedrich Jeschke und Olaf Peters bildeten den ersten Vorstand. Der zuletzt genannte ist immer nochstellvertretender Vorsitzender des *slvsh*, Walter Rossow inzwischen Pressesprecher des ASD. Auslöser für die Gründung des Verbandes war das nicht mehr zu akzeptierende Verhalten des Ministeriums gegenüber den Schulleiterinnen und Schulleitern. Schulpolitische Neuerungen erfuhren diese immer zuerst aus den Zeitungen oder anderen Medien. Fragen von Eltern konnten nicht beantwortet werden, weil die aktuellen Informationen fehlten. Gespräche mit Schulleiterinnen und Schulleitern fanden nicht statt.

In den vergangenen 20 Jahren haben unzählige Gespräche mit den Ministern, Staatssekretären und Ministeriumsmitarbeitern stattgefunden. Eine Festveranstaltung anlässlich dieses Jubiläums soll am 31. Oktober 2011 im Kieler Schloss stattfinden.

Autorin: Sabine Kauffeld

didacta

Aktion



Kaufen Sie ZWEI 87" Komplettssysteme
zum Preis von nur EINEM
und erhalten Sie zudem ein kostenfreies
online Training.

Das alles gibt es zu dem erstaunlichen Preis von
3.699,00 € netto
zzgl. MwSt.

Aktionscode: CEM 006

Das ActivBoard+2 387 hält mit seiner robusten Oberfläche jedem Klassenraumtrubel stand und ist dank der elektrischen Höhenverstellung und dem Kurzdistanzprojektor sofort einsatzbereit.

Informieren Sie sich noch heute über unser zeitlich limitiertes Angebot, besuchen Sie www.PrometheanWorld.com/german oder nehmen Sie Kontakt zu uns auf.

Lernen macht Spaß.
Und sparen auch.

Change the classroom, change the world

*Bedingungen und Auflagen:

Dieses Messesonderangebot „Aktionspaket – ZWEI zum Preis von EINEM“ in Höhe von € 3.699,00 netto (€ 4.401,81 inklusive 19 % MwSt) ist gültig für eingehende Bestellungen vom 22.02.2011 bis zum 30.04.2011 bei allen teilnehmenden Fachhandelspartnern in Deutschland (Auslieferung der Ware bis zum 31.05.2011). Ein Aktionspaket beinhaltet: 2x87" ActivBoard+2 300, inkl. Kurzdistanzprojektor sowie elektrische Höhenverstellung, 2 x Nutzerlizenzen der ActivInspire Professional Edition Software sowie 2 ActivPen für Lehrer (Ausführung siehe Abbildung). Das Angebot ist begrenzt auf die Abnahme von 2 Aktionspaketen je Schule/Endkunde (d.h. gesamt 4 x ActivBoard+2) und kann nicht mit bestehenden Projektreihen kombiniert werden. Das Angebot ist nicht gültig in Verbindung mit anderen Preisnachlässen, Aktionspreisen oder Zugaben. Der ausgewiesene Preis basiert auf der empfohlenen Verkaufspreisliste – gültig zum 01.01.2011 – und versteht sich exklusive Transportkosten und zuzüglich Montagekosten. Promethean und die teilnehmenden Fachhandelspartner behalten sich das Recht vor, jederzeit ohne vorherige Ankündigung die Annahme des Angebotes zu verweigern, dieses aufzuheben oder zu verändern. Dieses Angebot gilt für alle Allgemeinbildenden Schulen, Fachhochschulen, Hochschulen und Universitäten, die ihren Geschäftssitz in Deutschland haben. Bei der Bestellung ist die Angabe des Aktionscodes (CEM006) erforderlich. Weitere Informationen zu den Produkten finden Sie unter: <http://www.prometheanworld.com/german> oder fragen Sie Ihren Fachhandelspartner. Irrtümer vorbehalten.

Die große ASD-Bildungsföderalismus-Studie

Eine derzeit laufende Untersuchung demaskiert das Bildungssystem

So beliebt, wie der Bildungsföderalismus als Prestige-Thema bei den Landesregierungen ist, so ungeliebt ist er in der Restbevölkerung. Schüler, Eltern, Lehrer und Schulleiter sind dabei gleichermaßen betroffen vom Beharren der Länder auf Kleinstaaterei und Verordnungswirrwarr der föderalen (Un)ordnung.

Studien zu den negativen Effekten der föderalen Organisation von Bildung gibt es viele, die Spanne reicht von erschreckenden Kostenschätzungen bis zur Offenlegung der ungleichen Lehr- und Lernleistungen in den unterschiedlichen Bundesländern. Vom „Flickenteppich“ ist da häufig die Rede. Dieses Sprachbild setzt allerdings voraus, dass sich die einzelnen Teile, wenn auch mehr schlecht als recht, zueinander fügen. Dass dies eben nicht der Fall ist, zeigt jetzt eine großangelegte Studie des Allgemeinen Schulleitungsverbands Deutschlands; erste Ergebnisse stellt *b:sl* an dieser Stelle exklusiv vor.

Ziel der Erhebung ist es vor allem, die gesetzlichen Parameter von Bildung in Deutschland bundeslandspezifisch und möglichst vollständig zu erfassen: Wie groß dürfen Grundschulklassen in Hamburg allerhöchstens sein? Und welche Vorgaben gibt es diesbezüglich z.B. in Baden-Württemberg? Denn dass die deutsche Bildungslandschaft „irgendwie“ uneinheitlich ist, muss nicht weiter betont werden – allerdings fehlte es bislang an Konkretisierungen. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, bedenkt man, wie schwer zugänglich die entsprechenden Informationen vielfach sind. Längst nicht alles ist in allgemeinen Gesetzesresten transparent gemacht, sondern wird stattdessen durch fortlaufend neu verabschiedete Verordnungen geregelt. Für andere Informationen wiederum müssen sich Interessierte direkt an die jeweiligen Ministerien wenden. Dann

allerdings kann es noch eine Weile dauern, bis auch der zuständige Gesprächspartner gefunden ist. Bereits ein Blick auf die (nicht immer aktuellen) Organigramme der Bildungsministerien lässt deren labyrinthische Personalstruktur zumindest erahnen.

Ein Blick auf die nebenstehende Collage dürfte die elementare Uneinheitlichkeit des deutschen Schulwesens klar zusammenfassend vor Augen führen. Die Sekundarstufe ist von Bundesland zu Bundesland völlig unterschiedlich organisiert, allein die Zahl der verschiedenen Schularten, hinter denen sich natürlich ebenso divergente Konzepte verbergen, ist beachtlich – im negativen Sinne.

Dabei ist ein wesentlicher Leitgedanke, der einer föderalistischen Ordnung des Bildungswesens zugrunde liegt, der einer direkteren und effizienteren Steuerung schulpolitischer Prozesse. Die Ausgliederung der Bildungspolitik aus dem Zuständigkeitsbereich des Bundes scheint jedoch das Verwaltungsdickicht auf Länderebene nicht davon abzuhalten zu wuchern. Inwieweit die gewünschte Effektivität föderaler Organisation unter diesen Voraussetzungen überhaupt erzielt werden kann, ist schwer zu eruieren.

Ein weiteres zentrales Argument, das von Verfechtern des Bildungsföderalismus ins Feld geführt wird, ist das des Wettbewerbs als Grundlage für Fortschritt: Erst aus dem Konkurrenzkampf der Länder um das beste Bildungssystem ergebe sich eine fortlaufende Optimierung der Lehre. Dass die realpolitische Umsetzung dieses Konzepts jedoch problembehaftet ist, wird spätestens mit einem Blick auf die Finanzgrundlage der einzelnen Bundesländer deutlich, denn die Budgets sind höchst unterschiedlich bemessen. Diese Ungleichheit der Wettbewerbssituation spricht auch der Grünen-Politiker Robert Habeck im *b:sl*-Interview deutlich an – nachzulesen auf Seite 18 und 19 der vorliegenden Ausgabe. Die Schieflage hat sich infolge der Föderalismusreform I radikalisiert, da der Bund sich die Möglichkeit genommen hat, Finanzierungsdefizite einzelner Bundesländer wie etwa Schleswig-Holstein durch Kompensationszahlungen auszugleichen.

Eine tragikomische Randnotiz, in der sich die Ineffizienz des bestehenden Systems gebündelt widerspiegelt, findet sich abschließend außerhalb deutscher Landesgrenzen: Gerade in Bildungsangelegenheiten gibt es keine handlungsfähige gesamtdeutsche Interessenvertretung auf EU-Ebene, denn das würde bedeuten, eine einheitliche Position der 16 Bundesländer zu repräsentieren – die existiert jedoch nicht; die Vertretung der Bundesrepublik kann so bei Abstimmungen keine Stimme beitragen. In Brüssel wird deshalb mittlerweile, wie Matthias Anbuhr, Leiter des Bereichs Bildung, Qualifizierung und Forschung beim DGB-Bundesvorstand, im *b:sl*-Interview (Seite 20/21) berichtet, eine Enthaltung süffisant als „German vote“ bezeichnet.



Verzweiflung allerorten über das Bildungsschaos

Autor: Michael Smosarski • Foto: Fotolia



Unterrichtsverpflichtung, Besoldung und Leitungszeit

UNTERRICHTSVERPFLICHTUNG DER LEHRKRÄFTE AN GRUNDSCHULEN

Besonders aufschlussreich im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen von Lehrerinnen und Lehrern an Grundschulen ist es, sich deren Unterrichtsverpflichtung in den einzelnen Bundesländern etwas genauer anzusehen. Es ist unbestritten, dass die Arbeit in den Grundschulen die größten Herausforderungen an Lehrerinnen und Lehrer stellt. Hier wird – zusammen mit der vorschulischen Ausbildung in den Kindertagesstätten – das Fundament für die Schullaufbahn gelegt. Nirgends hat die Heterogenität der Schülerinnen und Schüler in ihrem Lernstand und ihrem Sozialverhalten solche direkten Auswirkungen auf den Unterricht wie in dieser Schulform. Die gesellschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren hat die Heterogenität in unseren Grundschulen zudem noch verstärkt. Um es auf einen kurzen Nenner zu bringen: Nirgends gibt es eine so echte Gesamtschule wie in der Primarstufe und nirgends ist die Belastung aufgrund der Anforderungen an die Lehrerinnen und Lehrer so hoch.

Da ist es besonders erschreckend, dass diese Tatsache von keinem der Bundesländer auch nur im Ansatz gewürdigt wird. Grundschullehrerinnen und -lehrer haben nicht nur weiterhin mit den höchsten Schülerzahlen zu „kämpfen“ sondern haben auch noch die höchste Unterrichtsverpflichtung.

Die Arbeitsbelastung von Grundschullehrerinnen und -lehrern zeigt sich auch im Bundesländer-Vergleich. Während Thüringen und Sachsen-Anhalt mit 27 Wochenstunden die niedrigste Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften in den Gesetzeswerken verankert haben, muten die beiden Alt-Bundesländer Hessen und Bayern ihren Lehrkräften völlig überzogene 29 Wochenstunden zu.

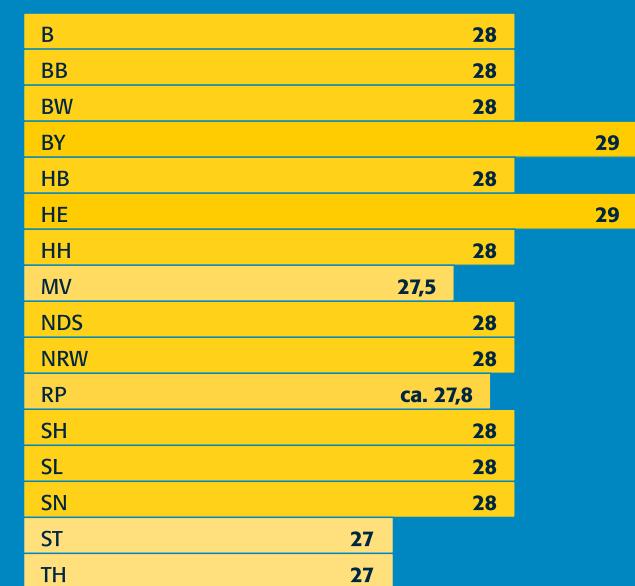
BESOLDUNG DER LEHRKRÄFTE AN GRUNDSCHULEN

Die Ungerechtigkeit setzt sich auch im Hinblick auf die Besoldung fort. So wird den Lehrkräften in den Grundschulen nicht nur die höchste Unterrichtsverpflichtung abverlangt, sie erhalten zu allem Überfluss auch noch die geringste Bezahlung. Hier allerdings sind sich fast alle Bundesländer einig. Die Besoldungsgruppe A12 scheint den meisten ausreichend, wobei sich mit Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zwei Neu-Bundesländer mit TG11 eine noch akzeptablere Bezahlung für ihre Lehrer leisten.

BESOLDUNG VON SCHULLEITUNG AN GRUNDSCHULEN

Um die Besoldung von Schulleiterinnen bzw. Schulleitern sowie ihren Stellvertreterinnen und Stellvertretern genauer betrachten zu können, wurden die Schulen wie folgt eingeteilt: In ganz kleine Grundschulen in den ländlichen Gebieten mit 80 bzw. 120 Schülerinnen und Schülern, in eine mittlere Größe mit 180, 240 bzw. 360 Schülerinnen und Schülern sowie in große Schulen mit über 360 Schülerinnen und Schülern. Dabei fällt auf, dass in sieben von sechzehn Ländern Schulleiterinnen bzw. Schulleiter von kleinen Schulen gegenüber den Lehrkräften keine höhere Besoldung erhalten. Hier wird also mehr Verantwortung und Engagement erwartet, diese jedoch nicht durch eine höhere Besoldung entsprechend anerkannt. Acht Länder honorieren die Schulleitungsarbeit „immerhin“ mit einer Zulage und nur ein einziges Bundesland, nämlich die Hansestadt

Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte an der GS



Hamburg, würdigt die Arbeit der Schulleiterin bzw. des Schulleiters auch einer kleinen Schule mit einer entsprechenden Dotierung. Bei den mittleren Schulen ergibt sich ein relativ gleichmäßiges Bild, wo bei die Differenz zwischen den einzelnen Bundesländern sehr oft in der gewährten oder nicht gewährten Zulage liegt. Bei den großen Schulen fallen besonders negativ zwei Neu-Bundesländer auf, die um eine halbe bzw. um eine ganze Besoldungsgruppe unter den anderen Bundesländern liegen, während Hamburg, das schon die Arbeit in der kleinen Grundschule zu schätzen weiß, auch hier noch mit einer Zulage für eine gerechte Entlohnung sorgt.

Noch differenzierter stellt sich die Lage der Stellvertreterinnen und Stellvertreter dar. In zehn von sechzehn Bundesländern sind bei den kleinen Schulen überhaupt keine Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter vorgesehen. Von diesen zehn Bundesländern haben allerdings auch vier schon bei den Schulleiterinnen und Schulleitern auf eine dem Amt entsprechende Bezahlung verzichtet. Dieses Verhalten ist eine eklatante Missachtung der Arbeit der Schulleiterinnen bzw. Schulleiter in diesen Bundesländern. Es kann deshalb nicht verwundern, dass gerade die Schulleitungsstellen in kleinen Grundschulen nur noch ganz mühsam bzw. gar nicht mehr besetzt werden können. Ansonsten ergibt sich bei den mittleren sowie bei den größeren Schulen dasselbe Bild wie bei der Besoldung der Schulleiterinnen bzw. Schulleiter: eine Differenz bis zu einer Besoldungsstufe innerhalb dieser Größenklasse.

Übersicht der Bundesland-Kürzel

B Berlin
BB Brandenburg
BW Baden-Württemberg
BY Bayern

HB Bremen
HE Hessen
HH Hamburg
MV Mecklenburg-Vorpommern

NDS Niedersachsen
NRW Nordrhein-Westfalen
RP Rheinland-Pfalz
SH Schleswig-Holstein

SL Saarland
SN Sachsen
ST Sachsen-Anhalt
TH Thüringen

Leitungszeit an GS mit 120 Schülern*

| | | |
|-----|----|------|
| BB | 6 | 22 |
| BW | 10 | 18 |
| BY | 5 | 24 |
| HE | 8 | 21 |
| HH | 21 | 7 |
| MV | 12 | 15,5 |
| NDS | 8 | 20 |
| NRW | 11 | 17 |
| RP | 8 | 19,8 |
| SH | 12 | 17 |
| SL | 4 | 24 |
| SN | 17 | 11 |
| ST | 8 | 19 |
| TH | 9 | 18 |

Leitungszeit an GS mit 360 Schülern*

| | | |
|-----|----|------|
| BB | 10 | 18 |
| BW | 19 | 9 |
| BY | 11 | 18 |
| HE | 11 | 18 |
| HH | 21 | 7 |
| MV | 23 | 4,5 |
| NDS | 15 | 13 |
| NRW | 12 | 16 |
| RP | 11 | 16,8 |
| SH | 15 | 13 |
| SL | 6 | 22 |
| SN | 20 | 8 |
| ST | 11 | 16 |
| TH | 10 | 17 |

Leitungszeit an GS mit 180 Schülern*

| | | |
|-----|----|------|
| BB | 7 | 21 |
| BW | 16 | 12 |
| BY | 5 | 24 |
| HE | 9 | 20 |
| HH | 15 | 13 |
| MV | 12 | 15,5 |
| NDS | 10 | 18 |
| NRW | 10 | 18 |
| RP | 8 | 19,8 |
| SH | 16 | 11 |
| SL | 5 | 23 |
| SN | 14 | 14 |
| ST | 8 | 19 |
| TH | 10 | 17 |

Leitungszeit an GS mit 420 Schülern*

| | | |
|-----|----|------|
| BB | 11 | 17 |
| BW | 22 | 6 |
| BY | 13 | 16 |
| HE | 17 | 12 |
| HH | 23 | 5 |
| MV | 26 | 1,5 |
| NDS | 17 | 11 |
| NRW | 13 | 15 |
| RP | 13 | 14,8 |
| SH | 12 | 16 |
| SL | 7 | 21 |
| SN | 22 | 6 |
| ST | 12 | 15 |
| TH | 10 | 17 |

Leitungszeit an GS mit 240 Schülern*

| | | |
|-----|----|------|
| BB | 8 | 20 |
| BW | 15 | 13 |
| BY | 6 | 23 |
| HE | 10 | 19 |
| HH | 17 | 11 |
| MV | 16 | 11,5 |
| NDS | 13 | 15 |
| NRW | 11 | 17 |
| RP | 9 | 18,8 |
| SH | 13 | 15 |
| SL | 5 | 23 |
| SN | 17 | 11 |
| ST | 9 | 18 |
| TH | 10 | 17 |

Die oben stehenden Tabellen zeigen Leitungszeit und Unterrichtsverpflichtung für Schulleiterinnen und Schulleiter. Dabei repräsentiert der dunkelgelbe Balken die Leitungszeit. Der blassgelbe Balken zeigt, wie viel Unterricht die Schulleiterinnen und Schulleiter neben ihrer originären Aufgabe, nämlich Schule zu leiten, noch zu halten haben. In Baden-Württemberg wird die Leitungszeit nach der Anzahl der Klassen berechnet.

LEITUNGSZEIT

Seit Jahren fordert der ASD ein eigenständiges Berufsbild Schulleitung und damit verbunden eine eigene Arbeitszeitverordnung. Dieses wird in vielen Bundesländern auch aufgrund der engagierten Arbeit der im ASD organisierten Landesverbände mittlerweile anerkannt – allerdings meist nur mit Worten und nicht mit Taten! So wird in den meisten Bundesländern immer noch von Ausgleichs-, Entlastungs- oder auch Anrechnungsstunden gesprochen, wenn es um die Arbeitszeit von Schulleitung geht. Nur in vier von sechzehn Bundesländern findet man das Wort Leitungszeit im jeweiligen Schulgesetz. Und mit Hessen hat es bis heute nur ein Bundesland geschafft, ein ei-

* ohne Berlin und Bremen, da die Leitungszeitberechnungen in diesen beiden Bundesländern für diese Grafik keine visualisierbaren Ergebnisse liefern.

genständiges Berufsbild Schulleitung zu verabschieden. So viel zu der auch von Bildungspolitikern immer wieder getroffenen Feststellung: *Gute Schule braucht gute Schulleitung, gute Schulleitung braucht Zeit – ausreichend Zeit, nämlich Leitungszeit.*

Diese Arbeit ist, wenn sie zum Wohle der Schulgemeinschaft erfolgreich geführt werden soll, nun mal eben nicht nebenbei zu erledigen, quasi als Lehrkraft mit einigen besonderen Verwaltungsaufgaben.

Es ist schlicht nicht nachvollziehbar, warum nach völlig unterschiedlichen Kriterien die Unterrichtsverpflichtung von Schulleitung und damit die zur Verfügung stehende Zeit für Leitungsaufgaben in den einzelnen Bundesländern festgelegt wird. In vielen Bundesländern ist das einzige Kriterium die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die eine Schule besuchen. In anderen wird nach Anzahl der Klassen entschieden und in einer dritten Gruppe werden beide Komponenten miteinander gemischt. Doch das ist längst noch nicht alles. In fast allen Bundesländern – nämlich vierzehn von sechzehn – spielt die Anzahl der pädagogischen und der nicht pädagogischen Mitarbeiter überhaupt keine Rolle, obwohl gerade in diesem Bereich wesentlich mehr Arbeit auf Schulleitung wartet als bei den Schülerinnen und Schülern. In einem Bundesland gibt es überhaupt keine Transparenz, allerdings ist dieses Land dabei, Grundsätze für den Arbeitsplatz Schulleitung, die in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe aus Verwaltung und der zuständigen Schulleitungsvereinigung festgelegt worden sind, umzusetzen und damit einen riesigen Schritt in die vom ASD immer wieder geforderte Richtung zu machen. Bei Stellvertreterinnen und Stellvertretern wird – wie schon bei der Bezahlung – die geringe oder auch überhaupt nicht vorhandene Achtung vor ihrer Arbeit deutlich. Nur in fünf Bundesländern gibt es so etwas wie ein eigenes Kontingent an Leitungszeit für die stellvertretende Schulleitung, in allen anderen ist es für die Politik selbstverständlich, dass die Schulleiterin bzw. der Schulleiter von seiner ohnehin nur extrem begrenzten Leitungszeit Stunden oder Zeiteinheiten abgibt. Entscheidungsträger im Bildungsbereich sollten dazu angehalten werden, Schulleitungen und deren Stellvertreter über eine längere Zeit hinweg in ihrem Arbeitsalltag zu begleiten, damit sie zukünftig wissen, wovon sie reden bzw. worüber sie entscheiden!

Sprachstandsfeststellungsverfahren

Ein weiteres Untersuchungsgebiet der Studie waren die Sprachstandsfeststellungsverfahren in den einzelnen Bundesländern, deren Handhabung und die Konsequenzen, die daraus folgen. Um herauszufinden, welche Sprachstandsfeststellungsverfahren bundeslandspezifisch zur Anwendung kommen, wurden alle Bildungsministerien in der Bundesrepublik Deutschland angeschrieben. Die nachfolgenden Ergebnisse beziehen sich auf die Antworten von vierzehn Bundesländern, weil zwei Ministerien sich nicht der Mühe unterziehen wollten, die Fragen des Research-Teams überhaupt zu beantworten. Die Begründung für die Nichtbeantwortung durch die Hamburger Behörde für Schule und Berufsbildung verdeutlicht die Ignoranz diesem Thema gegenüber: Man habe keine Zeit, sich mit dieser Problematik zu beschäftigen, schließlich müsse man vorgezogene Bürgerschaftswahlen vorbereiten. Auch gestaltete sich die Aufarbeitung der Antworten zum Sprachstandsfeststellungsverfahren ziemlich schwierig, angesichts der Tatsache, dass man solche oder ähnliche Formulierungen aus den Ministerien erhielt:

Sprachstandsfeststellungsverfahren: Zeitpunkt der Untersuchung

| Zeitpunkt | BL |
|---|-------------------------|
| 4. Lebensjahr | B, BW, HE, NDS, NRW, ST |
| 5. Lebensjahr | BB, BY, SH |
| bei Schulanmeldung | RP, SL |
| kein verbindliches Sprachstandsfeststellungsverfahren | MV, SN, TH |
| keine Antwort | HB, HH |

Sprachstandsfeststellungsverfahren: Konsequenzen bei Nichtbestehen

| BL | verbindlich | BL | freiwillig |
|-----|--|----|--|
| B | einjährige Sprachfördermaßnahme | BW | keine verbindlichen Fördermaßnahmen |
| BB | Sprachfördermaßnahme | BY | Vorkurs zur Förderung der deutschen Sprachkenntnisse |
| NDS | Sprachfördermaßnahme in den Kitas, durchgeführt von LehrerInnen der Grundschulen | HE | einjähriger „Vorlaufkurs“ dringend empfohlen |
| NRW | einjährige Sprachfördermaßnahme | SL | sechs- bis siebenmonatiger Vorkurs mit bis zu 10 Wochenstunden |
| RP | Sprachfördermaßnahme | | |
| SH | Sprachfördermaßnahme | | |
| ST | einjährige Sprachfördermaßnahme | | |

„Es gibt keine verbindlichen Sprachfeststellungsverfahren, jedoch muss der Sprachstand verbindlich festgestellt werden.“

Während neun der befragten Länder einen verbindlichen Sprachtest durchführen, verzichten drei Bundesländer ganz und gar auf eine Überprüfung der Sprachfähigkeit.

Auffällig ist, dass auch beim Testverfahren keine Übereinstimmung in Deutschland zu finden ist. Jedes Land greift auf ein anderes Prüfungsprocedere zurück. Die Bandbreite dabei ist sehr groß. Sie reicht von vorgeschriebenen verbindlichen Diagnoseinstrumenten – sechs unterschiedliche Instrumente in sieben Bundesländern – bis hin zu Überprüfungsverfahren, die von Schulleitung und Kollegien selbst entwickelt wurden, wie es in zwei Bundesländern geschieht.

Auch der Zeitpunkt der Überprüfung variiert. In sechs Bundesländern werden die Kinder im vierten Lebensjahr getestet, in vier Ländern im fünften Lebensjahr und in einem Bundesland erst bei der Schulanmeldung (s. Übersicht).

Ein weiteres Kuriosum: In einem Bundesland findet das Sprachstandsfeststellungsverfahren nur bei Kindern mit Migrationshintergrund statt. Deutsche Kinder werden nicht untersucht. Hier drängte sich den Erstellern der Studie die Frage auf, ob deutsche Kinder in diesem Bundesland keiner Förderung bedürfen oder es tatsächlich keine deutschen Kinder mit Defiziten im sprachlichen Bereich geben sollte.

Die Ergebnisse der Sprach-Überprüfungen werden auch sehr unterschiedlich umgesetzt. Nur die Hälfte der Bundesländer, in denen eine Sprachuntersuchung durchgeführt wird, verpflichtet die Eltern, ihre Kinder an einem Sprachkurs teilnehmen zu lassen. Die restlichen unterbreiten den Erziehungsberechtigten ein Angebot, wobei die Teilnahme dann freiwillig ist.

Fazit:

- Der Sprachstand muss verbindlich bei allen Kindern festgestellt werden.
- Der Sprachstand muss rechtzeitig festgestellt werden.
- Es müssen verbindliche Sprachfördermaßnahmen durchgeführt werden.
- Das Verfahren darf nicht in das Ermessen jeder einzelnen Schule gestellt werden. Es existieren genügend standardisierte Verfahren, so dass nicht jedes Bundesland ein neues entwickeln muss. Wichtig und sicherlich auch ökonomisch wäre es demnach, sich auf ein einheitliches Verfahren in allen Bundesländern zu einigen. Dabei ist eine zu große Belastung der Kinder zu vermeiden.

Zurückstellung von der Schulpflicht

Hier ist eine Gemeinsamkeit aller Bundesländer zu beobachten: Eine Prüfung, ob die einzuschulenden Kinder auch schulfähig sind, findet in keinem der Bundesländer statt. Somit werden alle Kinder, die zu den jeweiligen Stichtagen schulpflichtig werden, auch eingeschult. Allerdings ist eine Zurückstellung vom Schulbesuch möglich. Voraussetzung dafür sind in den meisten Bundesländern medizinische Vorbehalte. Nur ein Bundesland nimmt auch diese Kinder auf, beurlaubt diese dann allerdings vom Unterricht, was quasi einer Zurückstellung gleich kommt.

Zusätzlich gilt in vielen Bundesländern noch die Regelung, dass bei der Einschulung kein sonderpädagogischer Förderbedarf vorliegen

darf, vorausgesetzt, dass der sonderpädagogische Förderbedarf auch schon festgestellt werden kann. In einem Bundesland kann ein derartiges Feststellungsverfahren erst im dritten Schulbesuchsjahr eingeleitet werden. Alle Kinder werden demnach in der Schuleingangsphase „gleich“ behandelt, folglich gibt es auch keine Förderstunden für Kinder, die diese gerade in der wichtigen ersten Phase ihrer Schullaufbahn benötigen würden.

Hier kann von einer weiteren Kuriosität aus der Arbeit des Studien-Teams berichtet werden: In einem Bundesland werden von den Amts- bzw. Fachärzten hellseherische Fähigkeiten verlangt. Nach Aussage des zuständigen Ministeriums wird ein Kind nur dann nicht in die Grundschule aufgenommen,

„wenn durch Attest der behandelnden Fachärztin/des behandelnden Facharztes belegt ist, dass das Kind mit großer Wahrscheinlichkeit im Laufe eines ersten Schulbesuchsjahres an mehr als 70 Unterrichtstagen die Schule nicht wird besuchen können.“ (Richtlinie Sachsen-Anhalt)

In der Regel ist für die Zurückstellung die Zustimmung der Eltern erforderlich, nur in einem Bundesland kann auch eine Zurückstellung gegen den Willen der Eltern erfolgen. Ganz unterschiedlich wird in Deutschland das Procedere der Zurückstellung gehandhabt. In neun von sechzehn Bundesländern entscheidet die Schulleiterin/der Schulleiter über die Zurückstellung. In den restlichen Ländern ist dafür die Entscheidung der Schulaufsicht notwendig.

Anzeige



Übernehmen Sie Verantwortung für Schule weltweit als Leiter/-in einer Deutschen Auslandsschule!

Die 140 Deutschen Auslandsschulen weltweit benötigen gut qualifizierte Führungskräfte, vor allem Pädagoginnen und Pädagogen, die bereit sind, die reizvolle Herausforderung einer Stelle als Schulleiterin bzw. eines Schulleiters zu übernehmen.

Bewerbungsvoraussetzung:

- ✓ Sie haben sich im Inlandsschuldienst und/oder im Auslandsschuldienst besonders bewährt.
- ✓ Sie haben bereits eine herausgehobene Funktion in der Schule wahrgenommen.
- ✓ Beim Dienstantritt in der Auslandsschule waren Sie mindestens drei Jahren im Inlandsschuldienst tätig gewesen.

Hinsichtlich des Bewerbungsverfahrens nehmen Sie bitte Kontakt auf mit dem Bundesverwaltungsamt – Zentralstelle für das Auslandsschulwesen – ZfA 3
50728 Köln • Ansprechpartner: Herr Dörfler

Tel.: 022899/3583455 oder 0221/7583455 • E-Mail: andreas.dörfler@bva.bund.de

sowie mit dem zuständigen Auslandsbeauftragten in dem für Sie zuständigen Kultusministerium.

Weitere Informationen zum Bewerbungsverfahren sowie zu den Auslandsschulen finden Sie im Internet unter www.auslandsschulwesen.de.



Bundesverwaltungsamt
– Zentralstelle für das
Auslandsschulwesen –



Große Unterschiede sind auch beim Verbleib der Kinder festzustellen, die von der Schulpflicht zurück gestellt werden. Nur noch in fünf Bundesländern gibt es Schulkinderarten oder Vorklassen und auch hier handelt es sich zum überwiegenden Teil um Auslaufmodelle. Die meisten Bundesländer legen die Förderung der Kinder in die Hände der Kindertagesstätten. Der Besuch dieser Einrichtungen wird aber nicht in allen Bundesländern überprüft und ist auch nicht immer verpflichtend. Die Lernerfolge durch ein weiteres Jahr in der Kita sind nicht Gegenstand dieser Untersuchung.

Was geschieht nun mit den Kindern, die schulpflichtig aber nicht schulfähig sind, die nicht wegen schwerwiegender medizinischer Vorbehalte zurückgestellt werden und für die es in ihrem Bundesland weder Schulkinderarten noch Vorklassen gibt? Diese Kinder werden in die erste Klasse aufgenommen. Dabei geht es nicht um die Schulfähigkeit eines Kindes, sondern um den erreichten Entwicklungsstand zum Zeitpunkt der Einschulung. Daraus müssen sich zwangsläufig Überlegungen zur konzeptionellen Unterrichtsgestaltung im Anfangsunterricht oder zu Maßnahmen der Unterstützung in der Lerntätigkeit ergeben.

Es obliegt also der Schule, den Unterricht so zu gestalten, dass sie allen Kindern einer Grundschulklassie gerecht wird. Es existieren genügend Beispiele gelungener Konzepte zur Neugestaltung der Schuleingangsphase in der Literatur. Sie müssen hier nicht vorgestellt werden. Festzuhalten ist allerdings, dass für das Gelingen der Schuleingangsphase die Rahmenbedingungen der veränderten Situation angepasst werden müssen.

Die Forderungen, die sich aus den Erkenntnissen der Studie ableiten lauten also:

- Reduzierung der Klassenstärke,
- genügend Platz zum Lernen,
- ausreichende finanzielle Mittel für Differenzierungsmaterial und notwendige zusätzliche Schulmöbel und
- je nach Zusammensetzung der Klasse eine zusätzliche zweite Lehrkraft.

Doch auch das alleine genügt nicht. Grundsätzlich sollten die vorschulischen Maßnahmen intensiviert werden, um zu verhindern, dass nicht schulfähige Kinder eingeschult werden (müssen). Bisher liegt in allen Bundesländern die Vorbereitung auf die Schule in der Verantwortung der Eltern und der Kindertagesstätten. Hier gibt es unterschiedliche Programme zur Schulvorbereitung. Die Absprachen zwischen Kindertageseinrichtung und Schule gestalten sich teilweise sehr schwierig, da beide Institutionen unterschiedliche Vorgaben haben und damit unterschiedliche Ziele verfolgen. Dazu kommt, dass vorschulische Institutionen in vielen Bundesländern Einrichtungen der Jugendhilfe sind und somit nicht dem Schulministerium unterstehen. Die Erfahrungen zeigen, dass die Interessenlage unterschiedlicher Ministerien nicht immer kongruent ist, was sich natürlich für die betroffenen Kinder nicht zu deren Vorteil auswirkt.

Ungeklärt blieb bei allen Antworten aus den Ministerien die Frage: Was aber geschieht mit den Kindern, die keine Kita besuchen?

Fazit:

- Immer mehr Kinder, die nicht schulfähig sind, werden eingeschult.
- Die schulischen Rahmenbedingungen müssen der veränderten Situation angepasst werden.
- Vorschulische Maßnahmen müssen auch im Hinblick auf Schulfähigkeit intensiviert werden.

Verlässliche Grundschule

In der heutigen Zeit, in der oftmals beide Elternteile berufstätig sind und viele Mütter bzw. Väter ihre Kinder allein erziehen, rücken verlässliche Grundschulzeiten immer mehr in den Blickpunkt. Fragt man in den einzelnen Bundesländern nach, so haben mittlerweile alle Bundesländer auf dieses Problem reagiert und beantworteten die Frage „Besteht in Ihrem Bundesland Verlässlichkeit für Eltern“ mit einem deutlichen „Ja“.

Bei genauem Hinsehen stellt sich dann allerdings heraus, dass sich hinter dem Begriff „Verlässlichkeit“ etliche unterschiedliche Modelle verbergen, die im Extremfall die „Unzuverlässigkeit“ nur kaschieren. In fünf Bundesländern versteht man unter diesem Begriff, dass Schülerinnen und Schüler generell nicht ohne rechtzeitiges Informieren der Eltern vorzeitig nach Hause geschickt werden dürfen. Sollte jedoch eine Stundenplanänderung notwendig werden – beispielsweise durch einen hohen Lehrerkrankenstand – so können Rand- oder Eckstunden (erste und letzte Stunde) abgehängt werden, wenn die Eltern am Tag vorher darüber informiert worden sind. Doch selbst dieses Minimalkonzept wird nicht stringent umgesetzt. Nach den Informationen der Studienersteller gibt es Schulen, an denen Eltern eine Einverständniserklärung unterschreiben müssen, dass ihre Kinder auch ohne vorherige Ankündigung vorzeitig nach Hause geschickt werden können. Was dies noch mit Verlässlichkeit zu tun hat, bleibt im Dunkeln. Gleichzeitig stellt sich aber auch die Frage, warum Schulen überhaupt zu diesem Mittel greifen müssen.

In manchen Bundesländern versucht man dieses Problem dadurch zu entschärfen, dass man die Schulen anweist, eine Aufbewahrung für Notfälle vorzuhalten. In einem Bundesland wurde die „Offene Ganztagsgrundschule“ geschaffen, eine Institution, die Mittagessen, Hausaufgabenhilfe sowie Spiel- bzw. Kreativangebote bis in den Nachmittag hinein anbietet. In dieser Schulform wird Verlässlichkeit garantiert, allerdings ist das Angebot mit nicht unerheblichen Kosten für die Eltern verbunden, weil sie ihre Kinder hierfür verbindlich anmelden müssen.

Nur neun Bundesländer garantieren den Eltern, dass die im Stundenplan vorgesehene tägliche Verweildauer (nicht gleich zu setzen mit Unterricht) in der Schule eingehalten wird.

Fazit:

- Es ist das Recht der Eltern, eine garantierter Unterrichtszeit zu verlangen.
- Verlässlichkeit bedeutet momentan nur Aufbewahrung der Kinder im vorgegebenen Zeitraum.
- Verlässlichkeit bedeutet nicht, dass der in diesem Zeitraum vorgesehene Unterricht auch vollständig erteilt wird.
- An „verlässlichen Grundschulen“ gibt es damit de facto keinen Unterrichtsausfall mehr, obwohl nicht immer Unterricht erteilt wird, sondern die Kinder nur betreut bzw. aufbewahrt werden.
- Schulen müssen in die Lage versetzt werden, das Recht der Eltern auch umsetzen zu können, d.h. bei personellen Engpässen muss für adäquaten Ersatz gesorgt werden können.
- Durch Veränderung und Ausweitung der Stundentafel erhöht sich automatisch die tägliche Verweildauer und die Lernzeit der Kinder in

Verlässlichkeit (Unterricht und Betreuung)

| BL | gegeben | BL | nicht gegeben |
|------------|---|------------|---|
| B | Betreuung verpflichtend von 7.30 - 13.30 Uhr | BW | 4 Zeitstunden am Tag – Ausfall nach vorheriger Ankündigung möglich |
| BB | GS können einen zeitlichen Rahmen von mind. sechs Zeitstunden organisieren | BY | Ausfall nach rechtzeitiger Info der Eltern – Betreuung in Notfällen möglich |
| HB | Mon - Fr eine Lernzeit von 8.10 -13.05 Uhr dem Stundenstrukturplan entsprechend Unterricht und Betreuung | MV | Veränderung nach rechtzeitiger Info der Eltern – Betreuung in Notfällen möglich |
| HE | 1. - 2. vier Zeitstunden, 3. - 4. Klasse fünf Zeitstunden Unterricht und Betreuung | NRW | Ausfall nach rechtzeitiger Info der Eltern |
| HH | Verlässliche Halbtagsgrundschulen – Schülerinnen und Schüler 1. - 4. Klasse haben Unterricht von 8.00 - 13.00 Uhr | RP | Ausfall nach rechtzeitiger Info der Eltern – Betreuung in Notfällen möglich |
| NDS | Unterricht und Betreuung mind. fünf Zeitstunden | | |
| SH | Klasse 1/2 vier Zeitstunden Klasse 3/4 fünf Zeitstunden Unterricht und Betreuung | | |
| SL | verbindliche Schule von 8.00 - 13.00 Uhr | | |
| SN | verbindliche Schule von 8.00 - 13.00 Uhr | | |
| ST | Unterricht und Betreuung nicht vor 7.00 Uhr und nicht nach 8.00 Uhr. Ende: 5,5 Std. nach dem Beginn. | | |

der Schule. Mehr Zeit zum Lernen bedeutet, dass Schulen in die Lage versetzt werden, einen rhythmisierten Unterricht unter Berücksichtigung der Belastbarkeit, der Konzentrationsfähigkeit und der Bewegungsbedürfnisse der Schülerinnen und Schüler zu organisieren.

Anzeige

Klassengröße

Unsere Grundschulen haben sich in den letzten Jahrzehnten erheblich verändert. Neue Formen der Wissensvermittlung haben Einzug in den Schulalltag gehalten. So ist nicht mehr der Frontalunterricht das Maß aller Dinge, stattdessen sind selbstgesteuertes Lernen und eigenverantwortliches Arbeiten die Arbeitsformen, die Schüler befähigen sollen, die Aufgabenstellungen von morgen meistern zu können.

Doch nicht nur der Unterricht, sondern auch die Schülerinnen und Schüler selbst haben sich verändert. Durch die Veränderung des Stichtags der Schulpflicht kommen immer jüngere Kinder in die Schule. So sollen zukünftig auch Kinder eingeschult werden, die erst im Dezember des jeweiligen Jahrgangs sechs Jahre alt werden. Gleichzeitig laufen Bestrebungen, den Korridor für die Einschulung Fünfjähriger erheblich zu vergrößern. Auch müssen die Kinder in die Schuleingangsphase aufgenommen werden, die die Bedingungen des Schulfähigkeitsprofils nicht erfüllen (s. Kapitel „Rückstellungen“). Und - last but not least - nimmt auch die Zahl der verhaltensauffälligen Schüler in den letzten Jahren deutlich zu.

Die Ansätze, die für die Lösung dieser Probleme durch die Ministerien vorgegeben werden, stimmen erstaunlicherweise überein. Hier zwei Beispiele:

KÖNNEN SIE NOCH ÜBER DEN REGENBOGEN TANZEN?

Schulleiter/In gesucht!

Wir suchen zum Schuljahr 2011/12 eine/n engagierte/n, erfahrene/n und wandlungsfähige/n Reformschulpädagogen/In zur Neubesetzung der Schulleiterstelle unserer zweizügigen Grundschule. Erforderlich sind neben einer konfessionellen Bindung, Erfahrungen und Überzeugungen, die der Umsetzung eines jahrgangsgübergreifenden, individualisierenden Unterrichtskonzeptes in gleichwürdigem Umgang mit dem Kind gerecht werden.

Ihre Bewerbung senden Sie bitte kurzfristig an die:

- **Christliche Schule Dresden**
z.H. Frau Gebhardt (Geschäftsführerin)
Rathener Str. 78
01259 Dresden
- **e-mail: gf@cs-dresden.de**
- **www.cs-dresden.de**

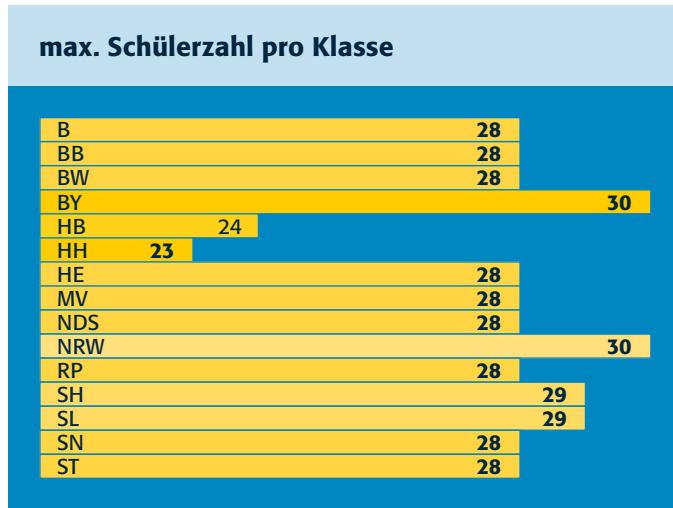
Bewerbungen per Post oder per e-mail.
Unterlagen werden nicht zurückgesandt.

Grundschulen können die Jahrgangsstufen 1 und 2 curricular und unterrichtsorganisatorisch zu einer pädagogischen Einheit entwickeln, so dass die Schülerinnen und Schüler ihrem jeweiligen Leistungs- und Entwicklungsstand entsprechend, diese in einem oder aber auch in drei Schuljahren durchlaufen können.

Übersetzt heißt das: Schulen bilden jahrgangsübergreifende Klassen, in denen Schülerinnen und Schüler der 1. und 2. Klasse gemeinsam lernen. Die Verweildauer in dieser Schuleingangsphase kann ein oder drei Jahre dauern. Kinder, die mehr Zeit zum Lernen brauchen oder die noch Zeit benötigen sich auf das System Schule einzustellen, verbleiben drei Jahre in dieser Klasse. Sie bleiben nicht sitzen im eigentlichen Sinne, müssen **nicht** die Klasse wechseln und verbleiben so mit einem Teil ihrer Klassenkameraden in einer Lerngruppe.

Grundsätzlich werden alle Schülerinnen und Schüler durch differenzierte und individualisierende Maßnahmen im Unterricht entsprechend ihres Lern- und Leistungsniveaus und ihrer Belastbarkeit gefördert.

Jeder arbeitet im Unterricht seinen Fähigkeiten entsprechend mit. Ein Ziel, das neue Unterrichtsformen zwingend voraus setzt. Doch unter welchen Bedingungen sollen diese Ziele erreicht werden? Die



Raumgröße der Klassenzimmer und die maximale Anzahl der Kinder pro Klasse jedenfalls stehen diesen Ansprüchen diametral entgegen.

In der Regel richtet sich die Raumgröße einer Klasse immer noch nach den Vorgaben der Raumprogramme aus den 50er bzw. 60er Jahren. Jeder weiß, dass in einen Raum mit parlamentarischer Bestuhlung die größte Anzahl an Personen untergebracht werden kann. Ein Raum mit 30 m² bietet in dieser Sitzform Platz für ca. 30 Personen. Wünscht man eine Aufstellung der Tische und Stühle in U-Form, so reduziert sich die Personenzahl um 18 auf 12 Personen. Will man allerdings an Gruppentischen arbeiten, so benötigt man außerdem sehr viel Platz für Differenzierungsmaterial, eine Lesecke, Spieletecken für die nicht „schulfähigen“ Kinder und anderes mehr. Dadurch verringert sich die Zahl potenzieller Plätze noch einmal deutlich.

So große Klassenräume stehen derzeit kaum zur Verfügung. Dennoch erwarten die meisten Bundesländer, dass Schulen nach den neuesten pädagogischen Erkenntnissen mit Klassengrößen bis zu 30 Kindern in viel zu kleinen Räumen arbeiten.

Vierzehn von sechzehn Bundesländern verordnen ihren Grundschulen eine Klassengröße von 28 bis 30 Schülern. Sicherlich gibt es auch Schulen, die auf Grund ihrer Schülerzahlen kleinere Klassen bilden können. Dies ist allerdings nicht die Regel. Klassengrößen mit 28 und mehr Kindern sind es dagegen leider immer noch. Eine klare, mit statistischem Material hinterlegte Aussage bezüglich der tatsächlichen Klassengrößen über ganz Deutschland hinweg ist nicht zu bewerkstelligen. Von den Ministerien werden nur Angaben über die durchschnittliche Klassengröße gemacht. Wie viele Klassen im Primarbereich in dem jeweiligen Bundesland tatsächlich Stärken von 28 Kindern oder mehr haben, wird leider weder erhoben noch veröffentlicht, obwohl die Anzahl mit Hilfe der jährlich abzugebenden Schulstatistik doch leicht festzustellen wäre.

Fazit:

- Die Unterrichtsformen müssen der veränderten Schülerstruktur angepasst werden.
- Unter den vorgegebenen Raumbedingungen ist diese Aufgabe nicht leistbar.
- Die maximale Klassengröße ist in fast allen Bundesländern zu hoch.
- Das Hamburger Modell (max. 23 Schüler/-innen pro Klasse) muss von allen Bundesländern übernommen werden.

Autoren: Wolfgang Gruhn • Walter Rossow • Michael Smosarski
Grafiken: Johanna Hoffmann

Schreiben ohne Schreibschrift?

Grundschulverband will Schreibschrift aus der ersten Klasse verbannen

Das Schreiben könnte einfacher werden. Nach einem Vorstoß des Grundschulverbandes sollen Kinder erst die Druckbuchstaben und dann die Schreibschrift lernen. Das stellt das bisherige Vorgehen auf den Kopf.

Damit hatte Paul nicht gerechnet. Dass er nur kurz in der 1. Klasse sein würde, war absehbar. Schließlich hat er ein amtliches Schreiben, das ihm Hochbegabung bescheinigt. Doch als er in seiner Berliner Grundschule nach 9 Wochen in die 2. Klasse hochgestuft wurde, bekam er Probleme. Mathematik und Lesen – das schaffte er leicht. Doch das Schreiben fiel ihm schwer. Denn die neuen Klassenkameraden schrieben in Schreibschrift. Paul aber hatte, wie die meisten Schulanfänger in Deutschland, zunächst Druckbuchstaben geschrieben. Nun musste er lernen, alle Buchstaben ohne abzusetzen miteinander zu verbinden. Als ihm das von der Hand ging, zogen seine Eltern nach Baden-Württemberg. Und wieder ein kleiner Schock: In seiner neuen Schule wurde wieder eine andere Schrift gelehrt – die „Lateinische Ausgangsschrift“. Das große L bekommt nun oben und unten ein Schleifchen, das kleine x erinnert an eine missglückte Brezel. Wäre Paul in eine andere Schule im Südwesten gekommen, hätte er es vielleicht mit der „Vereinfachten Ausgangsschrift“ zu tun bekommen. Hier ist zum Beispiel das kleine s auffällig, weil es, um den Übergang zum nächsten Buchstaben zu sichern, eine so gewagte Kurve um sich selbst dreht, dass es kaum noch als s zu erkennen wäre, stünde es allein.

Warum es die verschiedenen Schriften gibt, ist schnell erklärt. Die Lateinische Ausgangsschrift (LA) wurde 1953 in Westdeutschland eingeführt, aber von manchen für zu kompliziert und zu barock gehalten. Deswegen entwickelte der Göttinger Grundschullehrer Heinrich Grünewald die „Vereinfachte Ausgangsschrift“, die seit den 70er Jahren Verbreitung findet. In der DDR wiederum wurde die in den 50er Jahren entwickelte „Schulausgangsschrift“ (SAS) 1968 eingeführt. Die SAS ist mittlerweile auch im Westen angekommen, zum Beispiel in Hamburg, im Saarland und in Rheinland-Pfalz. In der Regel empfehlen die Kultusministerien der Bundesländer eine oder zwei der genannten Schriften. In Brandenburg und Berlin ist es die „Schulausgangsschrift“, in Baden-Württemberg sind es die beiden anderen „verbundenen Schreibschriften“.

Die meisten Älteren in Ost und West werden sich erinnern, in ihrer Schulzeit die mehr oder weniger schnörkelige Schreibschrift bis zum Chiroprasmus (Verkrampfen der Hand) geübt zu haben. In den 80er Jahren änderte sich das zunehmend und in den 90ern zog die Druckschrift in fast alle Schreibhefte der ersten Klassen ein. Der Grund: Man hatte festgestellt, dass Kinder Druckbuchstaben nachahmen, wenn sie selbstständig zu schreiben versuchen. Deshalb durften immer mehr Schulanfänger zunächst mit dem Buchstabenmaterial üben, das sie beim Lesen vorfanden. Anschließend wurde umgelernt. Mit Beginn der 2. Klasse oder auch während (Berlin) beziehungsweise danach (Brandenburg). Und dies vor allem aus traditionellen Gründen, meint Horst Bartnitzky, Vorstandsmitglied des Grundschulverbandes.

Der Grundschulverband will gegen das „Schriften-Wirrwarr“ vorgehen und versucht seit Mai mit einer Kampagne die „Grundschrift“ durchzusetzen. Der Verband will nicht das Schreiben oder die Handschrift abschaffen, sondern Voraussetzungen für eine gut lesbare Handschrift schaffen. Die Grundschrift besteht aus handgeschriebenen Druckbuchstaben, die miteinander verbunden werden können, aber nicht müssen. Jeder soll verbinden können, wie er will. In anderen Ländern hat man mit vergleichbaren Ansätzen beste Erfahrungen gemacht – in Skandinavien, Großbritannien, Spanien oder in den USA.

Aus Sicht von Horst Bartnitzky spricht nicht sehr viel für die verbundene Schreibschrift. Viele quälen sich mit ihr und schreiben als Erwachsene eher unleserlich. Jungen trifft es besonders hart. Die Handschriftentrainerin Susanne Dorendorff spricht nach der Untersuchung von etwa 1000 Handschriften von einer Katastrophe. Angeblich treten solche Probleme in Skandinavien nicht auf. Angeblich.

Das theoretische Eis ist dünn. Es fehlt an wissenschaftlichen Erfahrungen, beklagen Erziehungswissenschaftler. Immerhin gibt es seit 2003 Modellversuche mit der Grundschrift in Nordrhein-Westfalen. Die Beteiligten sind zufrieden. Das ruft auch andere auf den Plan.

Baden-Württembergs Kultusministerin Marion Schick (CDU) ist nach eigener Aussage „hellhörig geworden“, als sie vom Grundschulverband erfuhr, dass man mit der Einführung einer Grundschrift Bildungsbarrieren beseitigen könne. Sie ist bereit, die alten Schreibschriften an den Schulen abzuschaffen, weil sich Kinder nicht „an der Schrift abarbeiten“ sollen. Nach den Worten der Ministerin sollen die Kleinen „ihren Hirnschmalz für Deutsch, Mathe und die anderen Fächer einsetzen“. Bevor jedoch das ganze System verändert wird, will Schick Meinungen von Experten, Lehrern und Eltern einholen. Einheitlich werden die Äußerungen nicht sein. Einige Lehrer sind entsetzt. Manche fürchten, dass ohne verbundene Buchstaben auch Verbindungen im Gehirn nicht richtig geschaltet werden.

Gegen solche Vermutungen wehrt sich der Grundschulverband. Sein Vorsitzender Bartnitzky verweist darauf, dass das Schreiben mit der Hand ja nicht verschwindet und es zudem für die Schüler hinreichende geistige Herausforderungen in der Schule gibt. Im Februar wird der Verband mit Vertretern der 16 Kultusministerien beraten, im April soll es eine wissenschaftliche Konferenz zum Thema geben. Immerhin denkt die baden-württembergische Kultusministerin darüber nach, spätestens ab März in ausgewählten Schulen mit der Grundschrift zu beginnen.

Wer übrigens glaubt, der wesentliche Vorteil einer in der Schule erlernten Schreibschrift bestünde darin, dass man ohne abzusetzen seine Gedanken zu Papier bringt, der kann möglicherweise sogar an der eigenen Praxis sehen, dass das nicht stimmt. Im Durchschnitt setzt jeder Schreibende nach drei Buchstaben kurz ab. Der einheitliche Schwung findet nur im Kopf statt.

Autor: André Bochow

„Die Spielregeln müssen stimmen“

Ein Interview mit dem Grünen-Politiker Robert Habeck

Es ist der Kater am nächsten Morgen: Langsam dämmert Politikern aller Parteien, dass mit der Föderalismusreform von 2006 ein falscher Weg eingeschlagen wurde. Auch die Grünen versuchen aktiv, eine Neugestaltung des Bildungswesens voranzutreiben. Einer ihrer mutigsten Reformdenker ist Robert Habeck, Fraktionsvorsitzender in Schleswig-Holstein. Im Gespräch mit b:sl legt er seine Vorstellungen einer modernen und vor allem fairen Organisation von Bildung dar.

b:sl: Herr Habeck, was halten Sie von dem Konzept eines „Wettbewerbsföderalismus“?

Nichts gegen Wettbewerb. Und nichts gegen Föderalismus – nur müssen die Bedingungen und Spielregeln stimmen. Und diese sind nicht mehr zeitgemäß. Das gilt für drei Bereiche, den finanziellen, den der Systeme und den der Mobilität. Bildungsaufgaben zu finanzieren ist Ländersache, aber die Länder haben alle mehr oder weniger große Probleme, ihre Haushalte in den Griff zu bekommen. Sie kommen also ihren Verpflichtungen und Anforderungen sehr unterschiedlich und teilweise unzureichend nach. Schulsozialarbeit, Ganztagsbetreuung, Doppelbesetzungen, Hochschulfinanzierung – der Wettbewerb

ist ein Wettbewerb mit ungleichen Ressourcen. Arme Länder können ihren Lehrkräften weniger zahlen und haben eine schlechtere Ausstattung, reiche Länder können Lehrkräften und SchülerInnen mehr bieten. Die im Grundgesetz geforderten gleichen Lebensverhältnisse sind graue Theorie. Das tangiert zweitens ganz unmittelbar die Bereitschaft, neue pädagogische Konzepte zu erproben. Wir haben schon lange kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Und man kann das nachvollziehen, weil die gebuteten Lehrkräfte, Eltern und Schüler ja die Bereitschaft haben müssen zur Veränderung. Wenn sich Bedingungen jedoch verschlechtern, sinkt der Mut, Neues zu wagen. Insofern kann man sagen, dass die KMK-Politik

Robert Habeck, ein Wortführer der Grünen in Sachen Bildungsvisionen



der letzten Jahre bei dem Ziel, Bildungsgerechtigkeit voran zu bringen, sich nicht grad mit Ruhm bekleckert hat. Drittens ist es oft einfach nur noch anachronistisch, wenn ein Wohnortswechsel oder einfach ein Schulbesuch jenseits der Landesgrenzen an der Kleinteiligkeit und systematischen Zäsurierung scheitert. Wie man es dreht und wendet: Um einen Wettbewerbsföderalismus hinzubekommen, der ein Hin-zum-Besseren bewirkt, müssen wir die Wettbewerbskriterien verändern.

b:sl: Sie haben vergangenen Freitag ein Ideenpapier u.a. zur Reformierung der Organisation von Bildung in Deutschland vorgelegt. Was sind die Eckpunkte?

Der Kerngedanke ist, dass das Klammern an Länderkompetenzen nicht über die Sinnhaftigkeit von Schritten und Veränderungen entscheiden kann. Da der Bildungsbereich eigentlich der Kernbereich von Landespolitik ist, ist das eine weitgehende Forderung, denn sie stellt maßgebliche Berechtigungskriterien von Bundesländern in Frage. Dennoch ist sie richtig. Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich wäre besser nie beschlossen worden. Der nächste Schritt ist nicht zwingend, dass man den Ländern alle Kompetenzen wegnimmt, aber einheitliche Rahmenbedingungen würden den bildungspolitischen Flickenteppich schon bereinigen. Die Bereiche LehrerInnenbildung, Evaluationsverfahren oder die Vergleichbarkeit von Abschlüssen bieten sich als konkrete Punkte an. Ich kann mir auch gut vorstellen, dass der Bund Programme auflegt, die quasi Zielvereinbarungen entsprechen und deren Umsetzung dann den Ländern obliegt. Beispielsweise den Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund beim Abitur erhöhen, die Quote zum Abitur insgesamt steigern, die Inklusion voran bringen etc. Damit ist dann die Debatte über Binnen- oder Externe Differenzierung nicht entschieden, aber es werden Anreize gesetzt, die eine bessere Bildungspolitik herstellen könnten.

b:sl: Sie sprechen das Kooperationsverbot an – diesbezüglich an Sie als Politiker eine konkrete politstrategische Frage: Laut einer Studie des Verbandes Bildung und Erziehung wollen nur 32 Prozent der Bürger an der bestehenden bildungsföderalistischen Organisation des Landes festhalten. Dieser Unmut in der Öffentlichkeit besteht nicht erst seit gestern. Wie also konnte eine so offensichtlich unerwünschte Entscheidung wie das Kooperationsverbot der Föderalismusreform I überhaupt zustande kommen?

Das Kooperationsverbot war keine Entscheidung von Bevölkerung, sondern der Politik. Und sie ist offensichtlich von Eigennutz geprägt – den man allerdings z.T. auch nachvollziehen kann. Die SPD-geführten Länder haben Angst, dass der Bund ihnen konservativ reinregiert, bei der Union ist es umgekehrt. Und tatsächlich wäre das auszuhalten. Aber neben inhaltlichen Widersprüchen ist der Widerstand gegen Abgabe von Kompetenzen insgesamt groß. Länder meinen so ihre Daseinsberechtigung zu sichern. Das geht quer durch alle Parteien. BildungsministerInnen haben Gestaltungsspielraum; Bildungspolitik

ist Spielwiese der LandesbildungsministerInnen; es ist toll, wenn man eigene Konzepte umsetzen kann. Grüne tun das in NRW gerade ziemlich erfolgreich. Trotzdem müssen wir das Ganze im Blick haben, bei der jetzigen Ausformung des Bildungsföderalismus mit dem Hü und Hott nach jeder Wahl leiden alle. So kilt man jedes Engagement.

b:sl: Es gibt Stimmen, die davon ausgehen, die Wirtschaftskrisen der letzten Jahre schärften das Bewusstsein für Bildung. Tatsächlich hat die Bundesregierung im Konjunkturpaket II 6,5 Milliarden für Bildungsinvestitionen vorgesehen. Ist ein länderverfinanzierter Bildungsföderalismus ein bequemer Weg für den Bund, an anderer Stelle im Bildungswesen Geld zu sparen?

Eher nicht. Der Bund wollte nicht unbedingt Kompetenzen in Bildung abgeben, es war ein Deal, um in anderen Bereichen Kompetenzen von den Ländern zum Bund zu verlagern. Der Bund merkt inzwischen, genau wie die Länder, dass es ein Fehler war. Er kann keine Akzente mehr setzen, auch nicht solche, die die Bildungslandschaft voran gebracht haben und die er sich auf die Fahnen schreiben kann, wie das 4 Mrd. Ganztagsprogramm. Kooperationsverbot macht es leicht, den Schwarzen Peter auf den anderen zu schieben. Bildung muss als gesamtstaatliche Aufgabe angesehen werden.

b:sl: Versetzen wir uns kurz in eine bessere Welt: Wenn der Bildungsföderalismus abgeschafft würde – gibt es ein spezifisches Bundesland, an dessen aktuellem Bildungsmodell sich der Staat in der Reorganisation der Bildungslandschaft orientieren sollte?

Bestimmt ganz viele. Ich würde allerdings gar nicht über die Ländergrenzen hinaus gehen. Meine Kinder gehen auf die Dänische Schule im Landesteil Schleswig. Dort ist das skandinavische Schulmodell Gegenwart, nicht nur als Gemeinschaftsschule für alle bis zur 10. Klasse, sondern auch mit einer anderen Lernkultur. Nicht alles dort ist perfekt, aber die Debatte über Bildung ist nach vorn gerichtet. Das wäre sehr nah an einem Vorbild.

b:sl: Sehen Sie Potential für zeitnahe Veränderungen, nachdem sich ja Politiker aller Lager von dem mit der Föderalismusreform I eingeschlagenen Kurs distanzieren?

Ich schätze, dass diese Frage im Zusammenhang mit der Debatte über den Länderfinanzausgleich angegangen werden muss. Der endet 2019 und muss demnach ab Mitte des Jahrzehnts neu diskutiert werden. Also muss man sich jetzt anfangen, Gedanken über das Wie zu machen. Das ist alles sehr langfristig und zähflüssig. Aber vielleicht, wenn Leute erstmal erkennen, dass sie sich Gedanken machen müssen, gibt es ja eine Eigendynamik aus der Kraft des Gedankens. Und dann ginge alles fixer.

Das Interview führte b:sl-Redakteur Michael Smosarski
Fotos: robert-habeck.de



Robert Habeck, Jahrgang 1969, begann seine politische Karriere recht spät: 2002 besuchte er eine Kreismitgliederversammlung der Grünen Schleswig-Flensburg und kam als Kreisvorstandssprecher nach Hause. Seit 2009 ist er Vorsitzender der Grünen-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

„Jeder Kultusminister werkelt in seinem eigenen Vorgarten“

b:sl im Gespräch mit Matthias Anbuhl, Leiter der Abteilung Bildungspolitik und Bildungsarbeit beim DGB-Bundesvorstand

Im Schnittpunkt von Wirtschafts- und Sozialpolitik engagiert sich der DGB seit Jahren, für ein Umdenken im Hinblick auf die Bildungshoheit der Länder. Im b:sl-Interview erläutert Matthias Anbuhl, warum er für einen kooperativen Föderalismus plädiert und wie die aus dem Bildungswirrwarr resultierende „German vote“ in Brüssel für Amusement sorgt.

b:sl: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Bildungsföderalismus – wie hängt das zusammen?

Unsere Wirtschaft werden drei zentrale Herausforderungen prägen: Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter nimmt ab, viele Arbeitsplätze erfordern immer höhere Qualifikationen. Gleichzeitig produziert unser Bildungswesen millionenfache Bildungsarmut. Jedes Jahr verlassen rund 70.000 Jugendliche die Schule ohne einen Abschluss. 1,5 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren haben keine abgeschlossene Ausbildung. Das sind immerhin 17 Prozent dieser Altersgruppe. Wenn wir auch in Zukunft leistungsfähige und innovative Betriebe haben wollen, müssen wir gerade diese Menschen besser qualifizieren.

Der Bildungsföderalismus muss sich dran messen lassen, ob er hilft die soziale Spaltung im Bildungswesen zu überwinden. Dazu müssen die Bundesländer bereit sein, an einer gemeinsamen bundesweiten Bildungsstrategie zu arbeiten. Sie müssen ihre unterschiedlichen Programme nach gemeinsamen Standards überprüfen und voneinander lernen. Was wir zurzeit erleben, ist ein Neben- oder gar ein Gegen-einander der Länder. Ausweislich des Nationalen Bildungsberichts 2010 gibt es in 14 Bundesländern derzeit 17 Programme zur Sprachförderung in der fröhkindlichen Bildung. Gemeinsam evaluiert werden diese Programme nicht. Das ist das Grundproblem unseres Föderalismus: Alle ziehen an einem Strang, aber jeder in eine andere Richtung. Dabei will der DGB gar nicht den Bildungsföderalismus durch ein zentralistisches System ablösen. Wir brauchen einen kooperativen Föderalismus, in dem Bund und Länder an gemeinsamen strategischen Zielen arbeiten.

b:sl: Immer wieder werden skandinavische Bildungsmodelle als Königsweg gepriesen. Inwieweit steht eine föderalistische Organisation des Bildungswesens dem Ziel entgegen, zur europäischen Bildungsspitze aufzuschließen?

Es ist schon eine besondere Ironie der Geschichte, dass wir mit dem Bologna-Prozess und dem Europäischen Qualifikationsrahmen gerade einen europäischen Bildungsraum schaffen, während Deutschland mit der Föderalismus-Reform die Atomisierung seines Bildungssystems – insbesondere im Schulwesen – weiter vorantreibt. Die Kakkophonie des Bildungsföderalismus führt dazu, dass wir europäische Bildungspolitik zu wenig beeinflussen. In Brüssel nennt man eine Enthaltung mittlerweile „German vote“.

Wenn Deutschland zur europäischen Bildungsspitze aufschließen will, muss es vor allem die soziale Spaltung in unserem Bildungswesen bekämpfen. Die Rezepte dafür sind bekannt: Wir brauchen mehr Tageseinrichtungen für Kinder mit höher qualifiziertem Personal. Nötig sind gute gebundene Ganztagschulen, an denen neben Lehrern auch Sozialarbeiter und Psychologen arbeiten. Wir müssen die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen beenden und mehr Geringqualifizierte weiterbilden. Das alles kostet Geld. Doch ausgerechnet die Föderalismus-Reform hat dem potentesten Geldgeber die Taschen zugenehmt – dem Bund. Er darf nach dem Kooperationsverbot kein Geld mehr für Schulen geben, auch die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau wird es bald nicht mehr geben. Die Bundesländer sind aber – insbesondere in Zeiten der Schuldenbremse – mit der Finanzierung eines zukunfts-fähigen Bildungssystems schlüssig überfordert. Auf dem Dresdner Bildungsgipfel im Herbst 2008 hatten Bund und Länder noch vereinbart, gemeinsam die Investitionen in unser Bildungswesen auf sieben Prozent des BIP anzuheben. Mittlerweile haben viele Bundesländer – allen voran Hessen, Schleswig-Holstein und Brandenburg – schon drastische Kürzungen im Bildungswesen umgesetzt oder angekündigt.

b:sl: Sie sprechen von einem kooperativen Ansatz in der Bildungspolitik – würde Bildung ohne eine klare Regelung der Entscheidungshoheit nicht zum Zankapfel zwischen Bund und Ländern werden und würden damit nicht Entscheidungsprozesse erschwert?

Woher die Länder das Selbstbewusstsein nehmen, unser Bildungswesen in Eigenregie zu verwalten, bleibt ratselhaft. Zwar fühlen sich die CDU-regierten Länder im nationalen Vergleich als PISA-Sieger, international spielen auch sie nur in der Zweiten Liga. Längst ist die Kleinstaaterei zu einem handfesten Problem für Schulen und Hochschulen geworden. 16 verschiedene Lehrpläne, 16 Versetzungsordnungen, 16 unterschiedliche Wege zum Lehrerberuf. Was viele Ministerpräsidenten als „föderalen Wettbewerb“ preisen, ist ein Flickenteppich unter dem Schüler, Eltern und Lehrer leiden. Die PISA-Studie hat gezeigt: Schon heute kann der Wechsel von der Isar an die Weser einen Schüler bis zu anderthalb Schuljahre kosten. Zwar wird von den Menschen in unserem Land ein hohes Maß an Mobilität verlangt, ein Umzug von einem Bundesland ins andere ist aber für Eltern und Kinder aufgrund der zerklüfteten Bildungslandschaft ein echtes Risiko.



Bund und Kantone sind gemeinsam verpflichtet, auf dem Wege der Koordination für hohe Qualität und Durchlässigkeit im Bildungssystem zu sorgen. Können sich die Kantone nicht einigen – etwa auf gemeinsame Regelungen zum Schuleintritt, zur Dauer und Ziele der verschiedenen Bildungswege oder zur Anerkennung von Abschlüssen – hat der Bund die notwendige Entscheidungskompetenz und kann allein die notwendigen Vorschriften erlassen. Der Schweizer Weg ist ein hervorragendes Beispiel für einen zukunftsorientierten Bildungsföderalismus. Er lässt den Kantonen viele Freiheiten, unterstreicht aber die Notwendigkeit zur Kooperation und Koordination zwischen allen politischen Entscheidungsebenen.

Wie bewerten Sie die Konkurrenzsituation der Bundesländer in Sachen Bildung, gerade im Hinblick auf das Streitthema „Abwerbung von Lehrern“? Hessen etwa ja hat vor nicht allzu langer Zeit mit einer offensiven Kampagne um Lehrer aus anderen Bundesländern gebuhlt und damit für einiges Aufsehen gesorgt.

In den kommenden Jahren steht ein echter Generationenwechsel in den Lehrzimmern an. Das ist eigentlich eine große Chance für unser Bildungswesen. Mit gezielter Personalplanung und guten Arbeitsbedingungen könnte man den Lehrerberuf attraktiver machen und gute Nachwuchskräfte werben. Letztlich werden Bildungsreformen nur dann gelingen, wenn sie von hoch qualifizierten Lehrkräften umgesetzt werden. Doch die Personalpolitik ist ein föderales Trauerspiel: Es gibt in den Ländern keine erkennbare Strategie, von einem bundesweit abgestimmten Vorgehen ganz zu schweigen. Zum Beispiel in Hessen: Dort gab es zwar eine bundesweite Werbekampagne für Lehrkräfte. Gleichzeitig fährt Hessen Dumpingprogramme wie „Unterrichtsgarantie plus“ und stellt junge Lehrkräfte für ein Schuljahr ohne die Sommerferien ein. Zudem plant die hessische Regierung ab dem kommenden Schuljahr den Einsatz von Leiharbeitern an Schulen.

Auf dem Dresdner Bildungsgipfel hatten die Bundesländer versprochen, die so genannte demographische Rendite im Bildungswesen zu belassen. Die Zahl der Lehrerstellen sollte trotz sinkender Schülerzahlen nicht gekürzt werden, um die Qualität des Angebots etwa der Ganztagschulen zu verbessern. Auch dieses Versprechen wird von einigen Landesregierungen mittlerweile offen gebrochen. Schleswig-Holstein hat schon den Abbau von Lehrerstellen angekündigt.

Ursache ist die Schuldenbremse, die im Rahmen der Föderalismus-Reform II eingeführt wurde. Sie zwingt die Bundesländer, ihre Verschuldung drastisch zu reduzieren und nimmt vielen Regierungen den Handlungsspielraum. Der Abbau von Lehrerstellen ist da nur ein erster Vorbote. Die Schuldenbremse wird zur Bildungsbremse, der Generationenwechsel in den Schulen nicht gestaltet.

Das Interview führte **b:sl**-Redakteur **Michael Smosarski** • Foto: **Fotolia**



Matthias Anbuhl, geb. 1970, war von 2003 bis 2008 Leiter des Parlamentarischen Verbindungsbüros beim GEW-Hauptvorstand. Seit 2009 ist er Leiter der Abteilung Bildungspolitik und Bildungsarbeit beim DGB-Bundesvorstand.

Schafft die Politiker-Spielwiese endlich ab!

Der Bildungsföderalismus in seinen Auswirkungen ist ein purer Anachronismus

Gerade in Zeiten von Landtagswahlen treibt der deutsche Wahn des Bildungsföderalismus fröhlich sein Unwesen. Keine Landtagswahl kommt ohne den Politikerschlager aus. Da werden die Zukunftsträger unseres Landes, nämlich unsere Schüler, zu Politiker-Marionetten gemacht.



In einem Staat, der von seinen Bürgern bei der Arbeitsplatzsuche uneingeschränkte Mobilität fordert, ist der Föderalismus im Bildungswesen purer Anachronismus. „Think global, act local“ ist in Sachen Bildung in Deutschland geradezu perfide auf die Spitze getrieben. Was denken sich unsere (Bildungs-)Politiker eigentlich dabei, wenn sie es nicht nur zulassen sondern auch noch unterstützen, dass jedes unserer 16 Bundesländer bildungspolitisch sein eigenes Süppchen kocht?

Klar, Bildungspolitik ist Ländersache – und damit neben der Polizei nahezu das einzige Politikfeld, in dem die Bundesländer überhaupt noch autonom etwas entscheiden dürfen. Dass diese Autonomie aber gerade dort ihre Auswüchse hervorbringt, wo es unmittelbar um die Zukunft unserer Gesellschaft geht, ist mit normalem Menschenverstand nicht zu verstehen. Wem erschließt sich denn bitteschön die Sinnhaftigkeit,

- dass ein Umzug von wenigen Kilometern über eine Landesgrenze hinweg Kinder derart in Schwierigkeiten bringen kann, dass sie ganze Schuljahre wiederholen müssen oder ewig brauchen, um ihren Lernstand dem des neuen Wohnorts anzupassen?
- dass es in dem äußerst wichtigen Bereich der vorschulischen Bildung in den Bundesländern völlig unterschiedliche Programme gibt und diese obendrein auch noch von unterschiedlichen Ministerien – mal Kultus-, mal Sozial- oder auch Familienministerium – verantwortet werden?
- dass quer durch die Republik völlig unterschiedliche Versetzungsbestimmungen gelten, was zur Folge haben kann, dass in ein und derselben Jahrgangsstufe ein Kind in dem einen Bundesland aufsteigt, in dem nächsten Bundesland versetzt und im dritten nicht versetzt wird? Das arme Kind, das in diesem Jahr gezwungen ist das Bundesland zu wechseln!
- dass es die Bundesländer trotz – oder sollte man lieber sagen gerade wegen – der von ihnen so gelobten KMK nicht geschafft haben, sich auf gleiche Fördermaßnahmen für die stetig steigende Anzahl von verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern zu einigen?

- dass unsere Kinder, wenn sie an der Grenze zu einem anderen Bundesland wohnen, nur unter großen Schwierigkeiten dort eine Schule besuchen können?

In wessen Interesse liegt es eigentlich, dass unsere Schulbücher nicht einheitlich sind? Im Interesse der Eltern, die zu ihren Umzugskosten auch noch mehrere Hundert Euro für neue Schulmaterialien einkalkulieren müssen, sicherlich nicht. Auch Lehrkräfte und Schulleitungen haben überhaupt kein Interesse daran, dass manche Umzüge einem Berufsverbot gleichkommen, weil ihre beruflichen Abschlüsse nicht überall (gleichwertig) anerkannt werden.

Wer bleibt denn dann noch übrig? Natürlich! Die Bildungspolitiker! Verfolgen Sie doch einmal die Wahlkämpfe zu den anstehenden Landtagswahlen. Die Bildungspolitik (und die Innere Sicherheit) ist das einzige Sachgebiet, in dem sich Parteien und deren Wahlkämpfer profilieren können. Hier wird also im wahrsten Sinne des Wortes Wahlkampf auf Kosten unserer Schülerinnen und Schüler gemacht – mit großen Versprechungen, aber ohne dass auch nur Ansätze davon auch wirklich umgesetzt werden! Richtig toll aber wird es dann, wenn als Ergebnis der Wahl die Regierungspartei wechselt. Dann heißt es: Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln. Und alles – wenn man unseren Damen und Herren Politikern glauben darf – zum Wohle unserer Kinder!

Das darf zukünftig nicht mehr sein! Im Interesse unserer Kinder, ihrer Eltern und eines einheitlichen – über alle (Bundes-)Ländergrenzen hinweg funktionierenden Schulsystems – muss die augenblicklich geltende (Bildungs-)Kleinstaaterei endlich beendet werden! Zwar wird man dadurch vielen (Bildungs-)Politikern ihre geliebte Spielwiese nehmen, aber vielleicht tröstet es sie, dass ein einheitliches deutsches Schulsystem mit Sicherheit wesentlich erfolgreicher sein wird als das bisherige!

Autoren: **Walter Rossow • Sabine Kauffeld** • Foto: Corbis

didacta 2011

Zwischen Bildung und Business

Auch 2011 konnte die Jahr für Jahr wachsende Bildungsmesse neue Rekorde verzeichnen: Über 800 Aussteller informierten die 83000 Besucher diesmal über ihre Angebote. Dass Beraten und Beiraten angesichts der vielfältigen geschäftlichen Interessen kaum zu unterscheiden waren, wurde dabei schnell deutlich. Gefragt war dementsprechend nicht nur läuferische Ausdauer, sondern auch ein klarer Blick.

Der Rahmen der Messe war mehr als standesgemäß. Mit neun Hallen und einer Gesamtausstellungsfläche von 70000 Quadratmetern waren die Kapazitäten des Gebäudekomplexes am Stuttgarter Flughafen nahezu ausgelastet. Verlaufen hat sich vermutlich dennoch niemand, schließlich konnte man sich einfach von der Masse voranschieben lassen – jeder Meter Platz war umkämpft, dicht an dicht drängten die Besucherströme durch die nadelöhrartigen Gänge. Vor allem die Hallen 1 und 3, die Angebote zum allgemein-schulischen Bereich und zu Kindertagesstätten bereit hielten, waren bisweilen maßlos überlaufen.

Ums so störender machte sich die Marotte vieler Besucher bemerkbar, an jedem Stand die Maximalausbeute an Werbegeschenken ergattern zu wollen, um diese dann in großen Taschen oder gar Trolleys zu verwahren. Dementsprechend eng wurde es auf den Fluren der Messe. Das Publikum ließ sich hauptsächlich in zwei Gruppen unterteilen: Zahlenmäßig am stärksten vertreten war „Jungvolk“, angehende Pädagogen und Referendare, die sich die Gelegenheit, die größte Bildungsmesse wenige Meter von ihrer Haustür entfernt zu erleben, nicht entgehen lassen wollten. Auf der anderen Seite standen jene Messebesucher, die eher kommerzielle Interessen vertraten. Meist durch perfekt sitzende Anzüge vom leger gekleideten Fußvolk unterscheidbar, ging es ihnen dem Augenschein nach ums Sehen und Gesehen-werden, ums Händeschütteln und Kontakte knüpfen. Dieses heterogene Nebeneinander mutete seltsam an und machte jedem externen Beobachter schnell deutlich, dass der Bildungssektor längst nicht mehr zur Gänze schülerbezogen ausgerichtet ist.

Drei Tage lang hatte die riesige Bildungsmesse die gesamte Stadt geprägt und vor allem ausgefüllt, denn scheinbar waren ohne Buchung

weit im Vorfeld in Stuttgart keine Hotelzimmer mehr zu haben. Apropos Stuttgart: Die Stimmungsbilder vom diesjährigen süddeutschen Messeausrichter sind durchwachsen, zumindest – und das sei zur richtigen Einordnung der nachfolgenden Kommentare warnend vorangestellt – aus Berliner Sicht: So ließen sich zwar einerseits graffitifreie Wände und Züge bestaunen, andererseits jedoch auch das Fehlen eines Supermarkts in Bahnhofsnähe. Das Preisniveau lag zudem insgesamt empfindlich hoch; ein Glück also, dass ein Anbieter auf der Messe Probierpackungen seiner Sojamilch verteilt. Eine vollständige Mahlzeit konnte man auf diese Weise zwar nicht zusammenstellen, aber immerhin, so möchte man meinen, war diese Art von Geschenken sinnvoller als die feilgebotene geistige Nahrung – zumindest muss bezweifelt werden, ob all die Broschüren, Kataloge und Bücher, die im Zuge der Messe über den Tisch gingen, auch wirklich aufmerksam gelesen wurden.

Auch Ihr b:sl-Redakteur hat einen ganzen Stapel Material von der didacta mitgenommen, gesichtet und mit seinen Messe-Eindrücken abgeglichen. Das Ergebnis finden Sie auf den nachfolgenden Seiten. Zwei Schwerpunkte bildeten aus unserer Sicht die Themenbereiche Ganztags-schule und Technik im Unterricht, über die nachfolgend ausführlicher berichtet wird. Besonders hinweisen möchten wir zudem auf das Interview mit dem Vorstandsvorsitzenden des Schulleitungsverbands Baden-Württemberg, Herrn Werner Weber, der sich auf der didacta freundlicherweise Zeit für unsere Fragen genommen hat. Und nun wünschen wir Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre unseres didacta-Spezials!

Autor • Foto: Michael Smosarski

Die Eingangshalle der didacta 2011 im strahlenden Sonnenschein



Problemlöser Ganztagschule?

Über Potenziale und Schwierigkeiten einer Trend-Schulform

Eines der zentralen Themen der didacta 2011 war das Konzept „Ganztagschule“. Auch im „forum bildung“, das an allen Messetagen vielfach diskutierte Inhalte im Expertengespräch für die interessierten Messebesucher aufbereitete, wurde dieser Problembereich in den Blick genommen.



Die Diskussionsteilnehmer zum Thema Ganztagschule.
Von links nach rechts: Christiane Stalschus, Werner Leber,
Peter E. Kalb, Ulrich Thöne, Richard Hartmann

Nicht erst seit PISA ist ein grundlegendes Problem des deutschen Bildungssystems offensichtlich: Kinder aus sogenannten bildungsfernen Familien wie etwa solche mit Migrationsgeschichte finden nur schwer Zugang zu schulischen Inhalten und sind häufig die Verlierer einer zu traditionell ausgerichteten Organisation der Lehre. Den Schulen bleibt bei einem Vormittag Unterrichtszeit pro Tag einfach zu wenig Raum, diese Schüler an den Lernstoff und vor allem an eine effektive Lernkultur heranzuführen.

Als potenzielle Lösung für dieses Problem ist die Ganztagschule in den Mittelpunkt einer breit angelegten Diskussion gerückt. Das Konzept einer zeitlich wesentlich umfangreicheren Betreuung erlaubt eine ganzheitliche Erziehung der Kinder, die über die Vermittlung von Lehrplaninhalten hinausgeht und grundlegenden Kompetenzerwerb begünstigt und steuerbar macht. Gerade in dieser Erweiterung des Selbstverständnisses und damit auch des Anspruchs der Öffentlichkeit an ein solcherart reformiertes Schulwesen liegen die elementaren Probleme: Welche Freizeitaktivitäten bietet man seinen Schützlingen? Wie rhythmisiert man den Schulalltag mit Blick auf einen gesunden und förderlichen Wechsel von konzentriertem Lernen und spielerischer Selbstdentfaltung?

Die Diskussion des „forums bildung“ machte deutlich, dass die Ganztagschule aktuell eher Problemstellung als Problemlöser ist. Teilgenommen an der Debatte haben Experten aus unterschiedlichen Bereichen: Werner Leber, selbst Leiter der Ganztagschule GWRS Eigeltingen, und Christiane Stalschus, die den Ganztagschulverband Baden-Württemberg vertrat, steuerten Einsichten aus der Praxis bei, während Ulrich Thöne (GEW) und Richard Hartmann (Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz) ihre jeweiligen politische Standpunkte einbrachten.

Gerade mit Blick auf die Freizeitgestaltung im Rahmen einer ganztägigen Schule stimmte man darin überein, mit externem Personal zusammenarbeiten zu müssen. Eine zentrale Schnittstelle im Hinblick darauf stellt das Vereinswesen dar, mit dem die Ganztagschule jedoch zugleich im Clinch liegt, weil beide um die Zeitressourcen der Kinder konkurrieren. Wie also schafft man aus schulischer Sicht die Voraussetzungen dafür, dass eine solche Interaktion mit außerschulischen Angeboten funktionieren kann?

Dass der Weg hin zu einer fruchtbaren Kooperation schwierig ist, machte Frau Stalschus deutlich, als sie angab, an ihrer Schule eigentlich nur einen Golf- und einen Trommellehrer als externe Fachkräfte zu beschäftigen – dass sich mit solchen „Exoten“ kein für Schüler breitenwirksames Freizeitangebot erstellen lässt, dürfte klar sein. Auch Werner Leber monierte, zu wenig Personal von Außen zur Verfügung zu haben, betonte jedoch zugleich, dass der Arbeitsplatz Ganztagschule angesichts des geringen Gehalts solcher nicht pädagogisch ausgebildeten Kräfte kaum attraktiv sei. Ein weiteres grundlegendes Problem besteht darin, Externe in das bestehende Kollegium zu integrieren – allein aufgrund der geringen Stundenzahl ein schwer leistbares Unterfangen.

Stalschus betonte zudem, dass es natürlich eine generelle Herausforderung darstelle, das große Stundenkontingent sinnvoll zu verteilen und einen angemessenen Rahmen etwa für individuelle Fördermaßnahmen zu schaffen. An ihrer eigenen Schule habe sie ab der 9./10. Klasse allgemeine Fördernachmittage eingeführt sowie eine spezielle Begabtenförderung, die auf die Anforderungen der Oberstufe vorbereiten soll. Insgesamt, so Stalschus, sei aber ohnehin nicht die flächendeckende Einführung der Ganztagschule, sondern ein Erhalt der Vielfalt schulischer Formen erstrebenswert.

Autor • Foto: Michael Smosarski

„Jahrbuch Ganztagschule 2011“

Auch in diesem Jahr veröffentlicht der Wochenschauverlag wieder einen aktuellen Band zum Thema Ganztagschule. In zahlreichen Textbeiträgen widmet sich die von Stefan Appel und Ulrich Rother herausgegebene Anthologie schwerpunktmäßig der Frage, was eine ganztägige Schule außerhalb des Unterrichts für ihre Schüler leisten muss – auf einer ganz grundlegenden Ebene etwa, Kinder „glücklich“ zu machen, wie Olaf-Axel Burow und Timo Hoyer in ihrem Beitrag herausarbeiten.

Stefan Appel, Ulrich Rother (Hrsg.): *Jahrbuch Ganztagschule 2011. Mehr Schule oder doch: Mehr als Schule?*
Erschienen beim Wochenschau Verlag 2011, ISBN 978-3-89974617-4. 255 Seiten. Broschiert. 24,80 Euro.

Digitale Präsentationstechnologie

Whiteboards & Co. auf der didacta 2011

Wie erwartet waren Hersteller virtueller Unterrichtswerkzeuge in Scharen auf der didacta vertreten. Natürlich war ihre Präsenz auch alles andere als überflüssig – schließlich ist kaum ein Sektor derart schnell-lebig wie der digitale. So konnten die Präsentatoren der jeweiligen Firmen den beeindruckenden Status quo ihrer Geräte durchaus mit einem Stolz vorführen. Die eigentliche Zielgruppe, die Lehrenden, jedoch warten weiterhin auf eine simple Einführung in die Grundfunktionen von Whiteboard & Co., fernab ambitionierter technischer Neuerungen.

Die potenziellen Vorteile eines Whiteboards gegenüber einer althergebrachten Schultafel dürften augenfällig sein: Neben den erweiterten Nutzungsmöglichkeiten, die das Board im besten Fall zu einer Art multimedialem und interaktivem Schulbuch machen, ist es einfach näher dran an der Lebenswelt der „Digital Natives“, ergo eher

Art Rollentausch statt, in dessen Rahmen Kinder ihre Überlegenheit in Sachen Know-How gegenüber der vermeintlichen Autoritätsperson, dem Lehrer, geltend machen können.

Dass im europäischen Ausland, etwa in England, mittlerweile nahezu jede Schule mit einem Whiteboard ausgestattet ist, erhöht den Druck auf deutsche Lehrkräfte zusätzlich – und natürlich auch die Erwartungshaltung gegenüber der Schulleitung, die sich aufgefordert sieht, ihre Lehranstalt auch nach internationalem Maßstab konkurrenzfähig zu halten, dabei jedoch auf ihr schmales Budget Rücksicht nehmen muss.

All dieser Probleme zum Trotz (bzw., je nach Sichtweise, aufgrund aller dieser Vorteile) waren auch in diesem Jahr wieder viele Hersteller bemüht, sich auf dem umkämpften Feld hervorzu tun. So boten etwa Panasonic und der Platzhirsch SMART Geräte an, die durch Reaktionsfreudigkeit und Bedienkomfort zu überzeugen wussten; letztergenannte Firma bietet zwei Jahre Garantie auf ihre Produkte, darin enthalten ist wohlwissend auch eine Absicherung gegen Vandalismus – in Sachen Robustheit kann die altehrwürdige Schultafel eben immer noch punkten.

Zu einer interaktiven Konzeption von Medienschnittstellen im Klassenraum gehören natürlich auch jene Instrumente, durch die Schüler digital ins Geschehen eingreifen können – also Schülerfeedback-Systeme. Dabei bieten Geräte, die sich übersichtlich auf einige wenige Multiple-Choice-Knöpfe beschränken, natürlich unübertrefflich einfache Handhabbarkeit, allerdings keinerlei Flexibilität; und schließlich lässt sich keine Unterrichtsstunde zur Gänze auf diesem Frageprinzip aufbauen. Promethean bietet mit „ActivExpression“ eine weiter gefasste Lösung, die es Schülern erlaubt, umfangreicher zu antworten, z.B. in ganzen Sätzen oder mit mathematischen Formeln. Zudem können flexible Zeitvorgaben für die Beantwortung der Fragen eingerichtet werden.

Der erklärte Anspruch der Produktpalette von Mimio ist Unkompliziertheit und Benutzerfreundlichkeit. Im Zuge dieses Konzepts hat der Anbieter die ein oder andere clevere Lösung entwickelt, beispielsweise um ein Whiteboard interaktiv zu machen: Die MimioTeach-Leiste, eine leichtgewichtige Vorrichtung, die am linken Rand des Boards befestigt wird, fungiert in Kombination mit einem Empfänger, den man an den USB-Port des PCs oder Laptops anschließt, als entsprechende, kabellose Schnittstelle. Das spart eine Menge Geld, ist aber auf den ersten Eindruck ein wenig träger als die integrierten Lösungen der Konkurrenz; eine Alternative ist das Mimio-System als unproblematisches „Interaktivitäts-Update“ aber in jedem Fall.



Nobelmodell des Platzhirschs SMART:
Das SMART Board 685ix

imstande, Begeisterung und Engagement für die Lehrinhalte zu wecken. Das gelingt jedoch nur, wenn der Lehrer diese Begeisterung für das Medium teilen kann und nicht ständig in Sorge ist, sich durch einen falschen Mausklick gegenüber den Experten, also der Schülerschaft, als Novize zu outen. In gewisser Weise findet durch digitale Präsentationstechnik eine

Autor: Michael Smosarski • Foto: SMART

Kleine Verlagsrevue

Non-digitale Informationsflut auf der didacta 2011

Es war beinahe ein Segen, neben all den auf Innovation und Progress ausgerichteten Anbietern digitaler Systeme auch die klassischen Medien vertreten zu sehen. Denn auch die Schulbuchverlage ließen sich nicht lumpen und präsentierten ihr breit gefächertes Programm in den Auslagen der teils enorm umfangreichen Stände. Während sich allerorten Lehrerliteratur verschiedenster Prägung fand, waren Publikationen, die Schulleitung als eigenständige berufliche Herausforderung in den Blick nehmen, schon schwerer zu finden.

So konnte etwa Beltz leider nicht auf allerneueste Veröffentlichungen zum Thema verweisen. Allerdings sind jüngst Titel erschienen, die metakognitive Methoden beleuchten, deren Kenntnis auch für Schulleitungen bereichernd sein kann. So möchte etwa Vera Kaltwassers Band „Persönlichkeit und Präsenz“ Einblicke geben in die Entstehung von Stress und schlimmstenfalls Burn-Out, und auch „Zeitmanagement und Zeitkompetenz“ von Elmar Hatzelmann und Martin Held widmet sich der Frage nach dem Umgang mit den eigenen Ressourcen.

Auch bei Cornelsen fiel es schwer, schulleitungsspezifische Inhalte zu finden, allerdings aus gänzlich anderen Gründen: Der Stand des Verlags war derart groß und unübersichtlich, dass sich keiner der Ansprechpartner in der Lage sah, uns mit unseren Fragen zum Verlagsprojekt „Stolperchancen“ weiterzuhelpfen. Dabei ist der Ansatz hochinteressant: In Zusammenarbeit mit dem „Netzwerk der Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte NRW“ hat der Verlag Perspektiven von Schulleitern auf die interkulturelle Öffnung von Schulen zusammengetragen. In vierzehn Textbeiträgen aus verschiedenen Bundesländern wird deutlich, welche wertvollen Kompetenzen Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte in die schulische Arbeit einbringen können, von bilingualem Unterricht bis hin zur generellen Vorbildfunktion für Kinder mit nicht-deutschem Hintergrund. Ein Schwerpunkt des Verlagshauses Klett waren in diesem Jahr unter anderem Atlanten, ein Umstand, auf den eindrucksvoll bereits am Eingang zur Messe aufmerksam gemacht wurde: Ein riesiger Heißluftballon, auf dem eine Weltkarte aufgedruckt war, wies das Publikum unübersehbar auf die Neuerung im Verlagsprogramm hin. Auch an dieser Stelle sei der neue „Haack Verbundatlas“ noch einmal erwähnt, der fächerübergreifend kartographische Darstellungen aus den Bereichen Erdkunde, Geschichte, Wirtschaft und Politik verbindet.

Traditionell nah an den Bedürfnissen und Fragen von schulischen Führungskräften ist der Carl-Link-Verlag. Das beweist auch die neueste Publikation des Verlagshauses zum Thema, nämlich der von Dr. Erika Risse herausgegebene Band „Neu in der Schulleitung“, der dem Berufsprofil in seiner Vielfalt und in seinem Anspruch Rechnung trägt und sich der Neulinge im Metier annimmt – „Neu in der Schulleitung“ will Novizen bei den für Lehrer ungewohnten kaufmännischen und repräsentativen Aufgaben anleitend zur Seite stehen. „Erfolgreich kommunizieren“ von Hans-Martin Hüppi und Dieter Rüttimann wiederum befasst sich mit der Frage, welcher Konversationsstil in welchem Rahmen konstruktiv und effektiv ist – gerade auch mit Blick auf die delicate Trennlinie zwischen privater und beruflicher Kommunikation.



Klotzen, nicht kleckern: Die Aussteller waren kreativ in der Wahl ihrer Werbemaßnahmen

Auch der Wochenschau-Verlag bietet Spannendes, und zwar zu einem vermeintlichen Randproblem des Schullebens: Rechtsradikale Präsenz. So bereichert Anfang 2011 der Band „Rechtsradikalismus in Ostdeutschland“, herausgegeben von Hubertus Buchstein und Dr. Gudrun Heinrich, das umfangreiche Angebot des Verlags zu diesem Themenbereich. Ein Schwerpunktthema der diesjährigen Messe, Ganztagschule, findet ebenfalls bereits seit einiger Zeit im Rahmen von Jahrbüchern Berücksichtigung im Programm. Der entsprechende Beitrag für 2011 ist bereits lieferbar; mehr hierzu im Rahmen unseres Messeberichts zum Thema Ganztagschule (S.24).

Autor • Foto: Michael Smosarski

- **Kaltwasser:** „Persönlichkeit und Präsenz“
- **Hatzelmann, Held:** „Zeitmanagement und Zeitkompetenz“
- **Risse:** „Neu in der Schulleitung“
- **Hüppi, Rüttimann:** „Erfolgreich kommunizieren“
- **Cornelsen-Projekt:** „Stolperchancen“

- ISBN 978-3407626790
- ISBN 978-3407364944
- ISBN 978-3-556-06000-1
- ISBN 978-3-556-06002-5
- www.cornelsen.de/cv_presse/1.c.2552940.de

Messestreifzüge

Neuvorstellungen und Dauerbrenner

Auch abseits der dominanten Messethemen gab es einiges zu entdecken: Seien es bewährte Linien wie etwa das Schulmöbelangebot von Conen oder völlig neue Impulse – es lohnte sich, konzentriert zu bleiben und nicht bloß von Stand zu Stand zu eilen.

Schulmanagement-Software CAS Platon TSM

Die Vorteile und Herausforderungen einer zunehmenden Digitalisierung des Schulalltags halten nicht nur in Form von Whiteboards oder anderen Unterrichtswerkzeugen Einzug in die Klassenzimmer, sondern auch in die Büros von Schulleitungen – etwa durch Anwendungen wie das Schulmanagement-System Platon TSM der Firma CAS Education. Der Anspruch hinter dem System ist der, eine globale Prozesssteuerung in der Schule zu ermöglichen. Im Rahmen eines zugriffsgesicherten Intranets können Informationen gesammelt und die schulinterne Kommunikation vereinfacht werden. Die Aufgaben, die Platon TSM potentiell übernehmen kann, sind vielfältig und reichen von der Verwaltung von Schülerdaten bis zur Erstellung von Finanzplanungen. Auch im Hinblick auf den Unterrichtsalltag kann Platon TSM hilfreich sein: In Schülerakten werden alle relevanten Informationen archiviert und für Lehrer sowie die Schulleitung zugänglich gemacht. Auf Grundlage des systemeigenen Notenbuchs können beispielsweise Zeugnisse im individuellen Schullayout automatisch erstellt werden – eine immense Arbeitserleichterung also. Weiterhin ist es möglich, einen Raumbelegungsplan zu erstellen, Klassenzimmer online zu buchen und auch kurzfristig digital umzudisponieren. Ergo: Keine Wanderschaften mehr mit kompletten Klassen von Raum zu Raum, weil der ursprünglich vorgesehene belegt ist.

Allerdings erfordert das System eine Einarbeitung durch das Personal von CAS Education, und die ist nicht gerade billig: 1200 Euro kostet ein halber Tag. Ob die Ausgaben durch die Vorteile des Systems aufgewogen werden, können die flüchtigen Eindrücke einer Präsentation am Messestand natürlich nicht aufzeigen.

Das Schulleiter-ABC

Was passiert, wenn rechtliche Fragen auftreten, auf die der Schulleiter eine schnelle und kompetente Antwort geben soll, er jedoch gerade nicht die b:sl-Kolumne von Dr. jur. Hoegg zur Hand hat? Einen teuren Rechtsbeistand hinzuziehen? Die prinzipiell unentbehrlichen, dicken Jura-Wälzer im Bücherregal zumindest schüchtern Laien eher ein, als dass sie dazu ermutigen, selbstständig nach Lösungen zu suchen.

Eine schöne Idee bewarb auf der didacta in diesem Zusammenhang die Mediengruppe Oberfranken mit ihrem Schulleiter-ABC. Dabei geht es zwar nicht, wie der Name nahezulegen scheint, um basale Schreib- und Lesekompetenzen, dafür aber um Grundlagenwissen im Bereich des Schulrechts. In einem schönen, wertig verarbeiteten Karteikasten finden sich Hunderte von „Lernkarten“, die ebenso umfassend wie übersichtlich zu allen etwaigen juristischen Fragestellungen Auskunft geben.



Ein kleines Päuschen auf den Stufen der imposanten Eingangshalle

Die Sammlung wird mehrmals im Jahr durch Ergänzungslieferungen aktualisiert. Erstellt von Experten aus Ministerien, Schulämtern und anderen einschlägigen Stellen ist es der Anspruch des Schulleiter-ABCs, dringend gesuchte Informationen nach Stichworten geordnet und praxisnah aufbereitet anzubieten. Der Verweis auf die jeweiligen Fundstellen in den Original-Verordnungen und -Gesetzestexten macht es zudem möglich, sich auf Wunsch tiefer in die Materie einzuarbeiten. Sehr praktisch ist auch die digitale Version des Schulleiter-ABCs, die für den Nutzer nicht nur das Blättern übernimmt, sondern auch Querverbindungen zwischen Stichworten und Inhalten zu ziehen weiß.

Flexible Schulmöbel für flexible Schulkonzepte

Das Mobiliar vieler Schulen wurde in Zeiten gekauft, als Überlegungen zu Ergonomie hinter Fragen des Designs und vor allem der Kostenefizienz zurückstanden. So war die Schulausstattung vor dem Zweiten Weltkrieg de facto besser als jene Produkte, die unter den Vorzeichen eines allgemeinen Sparkurses späterhin entwickelt und verkauft wurden. Heute versuchen verschiedene Hersteller, dem neuen und längst überfälligen Gesundheitsbewusstsein Rechnung zu tragen und diese Überlegungen in ihre Designs einfließen zu lassen. Das ist vor allem angesichts neuer Tendenzen im Schulwesen dringender denn je: Speziell mit dem Modell der Ganztagschule geht die Notwendigkeit einher, orthopädisch unbedenkliche Möbel zu bauen – schließlich sind Tische und Stühle bis in die Abendstunden hinein in Benutzung und prägen somit die körperliche Entwicklung der Kinder.

Ein Hersteller, der die Zeichen der Zeit richtig gedeutet hat, ist Conen. Mit Blick auf Ganztagschulen bietet das Unternehmen eine breite Palet-

- CAS-Platon:
- Mediengruppe Oberfranken – Schulleiter-ABC:
- Conen:
- Dress For School:
- edukick 2.0:

- <http://www.cas-education.de/fuer-schulen/cas-platon-tsm/ueberblick.html>
- <http://www.schulleiterabc.de>
- <http://conen-gmbh.de>
- <http://www.dress-for-school.de>
- <http://edukick.brainboard.de>

te unterschiedlicher Produkte an, darunter nicht nur traditionelles Klassensetmobilier. So wird, um nur einige Beispiele zu nennen, konzeptionell zwischen Unterrichts-, Verpflegungs- und Rückzugsbereich unterschieden. Dementsprechend finden sich im Sortiment des Herstellers etwa Trennwände, Kuschelecken und spezielle, Ruhephasen fördernde Lichtsysteme. Die Stühle warten mit flexiblen Rückenlehnen auf, die das berüchtigte „Kippeln“, das lediglich eine Reaktion auf den Haltungszwang archaischer Schulmöbel ist, unnötig machen.

Schulbekleidung, schlicht und komfortabel

In der letzten *b:sl*-Ausgabe hatte Carina Balzer bereits ausführlich über Schulbekleidung geschrieben. Die Aussteller auf der didacta zeigten nun, wie Schulmode konkret aussehen sollte: Fokussiert auf Tragekomfort und in einfachen, nicht aufmerksamkeitsheischenden Designs. Zu diesen Anbietern gehörte beispielsweise „Dress for School“. Zur individuellen Anpassung der Kollektion an die jeweilige Schule bietet der Hersteller Unterstützung bei der Gestaltung und Umsetzung eines Schullogos und sogar beim Vertrieb der Kleidung, beispielsweise über schuleigene Shops. Zudem gibt „Dress for School“ eine Nachliefergarantie für alle Teile und verspricht schnelle Lieferzeiten bei Nachbestellungen.

Kompetenzinitiative edukick 2.0

Nicht immer ist der Wettbewerb der Anbieter im Bereich der digitalen Bildung wirklich förderlich. Zwar entsteht aus dem Gegeneinander bestensfalls eine stete Verbesserung des Produktangebots, andererseits jedoch wird das Marktsegment auf diese Weise zunehmend unübersichtlich. Gerade für jene Lehrer, die (nicht zu unrecht) technikkritisch und somit auch marktfremd sind, wird es dadurch umso schwerer, einen konkreten Zugang zum Thema zu finden.

Unter dem Namen „edukick 2.0“ bietet jetzt ein Herstellerverbund Service und Angebotspalette aus einer Hand und schafft so Transparenz und Übersichtlichkeit. Die Konzerne Microsoft, Brain Game, BenQ, Lenovo und Ingram Micro haben sich zusammengeschlossen, um kundenfreundlich aus einer Hand Lösungen anbieten zu können. Ziel ist es, umfangreiche Hard- und Softwareausstattung mit erweiterten Serviceleistungen wie etwa Fortbildungen und fachspezifischen Schulungen zu verbinden. Enthalten ist im Angebot von „edukick 2.0“ zudem die Installation der Systeme sowie fortlaufender technischer Support. Durch subventionierte Preise und umfangreiche Garantieleistungen verspricht der Herstellerverbund ein hervorragendes Preis-Leistungs-Verhältnis.



Autor • Foto: Michael Smosarski

Die nächste didacta findet vom 14. – 18.02.2012 in Hannover statt!

Zu Besuch beim VSL-Stand

Ein Schulleitungsverband auf der didacta

Quasi idyllisch gelegen im Messebereich „Kindertagesstätten“ warben die Schwaben an ihrer eigenen Infotheke für die Arbeit der VSL, der Vereinigung der Schulleiterinnen und Schulleiter in Baden-Württemberg. Der Vorsitzende des Verbands, Herr Werner Weber, stand b:sl Rede und Antwort zu aktuellen Themen und Projekten.

b:sl: Herr Weber, haben Sie denn bei all Ihrer Arbeit hier am Stand überhaupt schon die Zeit gefunden, ein wenig über die Messe zu gehen?

Kaum. Ich war bei der Bildungskonferenz der kommunalen Landesverbände, die hier stattgefunden hat und bei der wir als Verband eingeladen waren. Das war eine Veranstaltung mit über tausend Teilnehmern. Ansonsten hatte ich nur im Vorübergehen Gelegenheit, einen Blick auf die Stände zu werfen. Wobei ich auch sagen muss: Wenn ich nicht ohnehin im Auftrag des Verbands hier wäre, hätte ich es mir auch gut überlegt, ob ich überhaupt zur didacta fahre. Für Schulleiter ist die Messe nur von wirklichem Interesse, wenn für sie konkrete Projekte anstehen, etwa ein Ausbau oder Ausstattungserweiterungen.

b:sl: Insofern konnten Sie vermutlich auch noch keine didacta-Trends erkennen, Themen, die die Messe in diesem Jahr prägen?

Soweit ich es beim Vorüberlaufen gesehen habe, gibt es ziemlich viel, das auf den Bereich Ganztagschule bzw. Ganztagsbetreuung abzielt. Jetzt sind wir in dieser Halle ja im vorschulischen Bereich, aber das setzt sich, glaube ich, auch fort, wenn man sich die Schulmöbelaussteller ansieht. Was mir außerdem aufgefallen ist, sind relativ viele IT-Anbieter. Ich vermisste da immer auch ein Stück weit die Inhalte.

b:sl: Was sind Ihre aktuellen Projekte im Verband?

Der Bereich Ganztagschule ist ein Thema, das wir aktuell mitbegleiten, natürlich auch immer aus Sicht von Schulleitungen, also konkret verbunden mit der Leitungszeit von Schulleitungen. Dann haben wir das Thema Werkrealschule, in das gerade wieder viel Bewegung kommt, natürlich auch hier aus der Perspektive der Schulleitungen, die davon direkt betroffen sind, weil sie das Ganze vor Ort unmittelbar umsetzen und rechtfertigen müssen. Ein drittes Thema sind momentan die Grundschulempfehlungen in Baden-Württemberg, die ja noch als verbindliche Empfehlung ausgegeben werden und in den nächsten Tagen in den Schulen anstehen – erst jetzt gerade wieder hat auch die Ministerin ein Statement dazu abgegeben, auch in Bezug auf das gegliederte Schulsystem. Dann befassen wir uns natürlich mit den Dauerthemen Leitungszeit generell, Besoldung von Schulleitungen und die Besetzung von Schulleiterstellen, zwei Probleme, die eng miteinander verbunden sind – wenn ein Schulleiter/ eine Schulleiterin geringer bezahlt wird als ein Lehrer, dafür jedoch einen deutlich umfassenderen Führungs- und Verantwortungsbereich hat, dann befindet sich irgend etwas nicht im Gleichgewicht.

Und natürlich sind wir aktuell mit dem Verband in der Präsidentschaft des ASD vertreten; thematisch begleiten wir das hier aus dem Schwabenland aber lediglich, da es nicht unsere Aufgabe ist, die

Föderalismus-Debatte des Dachverbandes auf Landesebene weiterzutragen. Wir haben da gerade andere Baustellen.

b:sl: Was ist der Inhalt der Schulleitungsstudie, die Sie auf Ihrer Verbandshomepage ankündigen?

Das ist auch ein wichtiges Thema. Diese Studie führen wir mit einem Kooperationspartner durch, Dr. Stephan Huber, der an der Pädagogischen Hochschule in Zug in der Schweiz das Bildungsinstitut leitet und mit dem wir schon seit vielen Jahren zusammenarbeiten. Er war schon zweimal zu Gast bei uns auf dem Schulleitungstag. Jetzt geht es darum, zum ersten Mal Schulleitungsarbeit in Baden-Württemberg wissenschaftlich zu erforschen, zu dokumentieren, zu sehen, wo Arbeitsschwerpunkte liegen, das Ganze auch unter dem Aspekt der Belastung zu sehen und daraus dann natürlich auch entsprechende Konsequenzen abzuleiten. Das betrifft auch die zuvor genannten Themen, also beispielsweise die Frage, wie viel Leitungszeit Schulleitung braucht, um ihre Aufgaben zu lösen; wie muss Schulleitung ausgebildet werden, welche Rahmenbedingungen braucht sie, um diesen anspruchsvollen Beruf letztendlich bewältigen zu können? In Baden-Württemberg gibt es zwar den Beruf Schulleiter als solchen, aber das ist nur ein Papierfüller. Immer noch sind auch hier im Bundesland Schulleiter Lehrer und auch in dieser Kategorie eingeordnet. Mit der angestrebten Studie sollen unsere Forderungen untermauert werden, in dieser Hinsicht andere Verhältnisse zu schaffen. Übrigens: Die Studie wird über alle Schularten hinweg durchgeführt, obwohl wir eigentlich nur die Interessen der Grund-, Werk- und Förderschulen, teils auch der Realschulen vertreten. Wir haben die Gymnasien also mit einbezogen, werden das aber mit Hilfe von Dr. Huber letztendlich auch auseinander dividieren. Die komplette Studie wird am diesjährigen Schulleitungstag am 21. Oktober in Sindelfingen von Professor Huber und uns vorgestellt, natürlich auch mit den Folgerungen, die wir daraus ziehen, auch mit Blick auf unser Auftreten der Landesregierung gegenüber. Wichtig ist uns, dass unser Unterfangen durch die Mitarbeit eines anerkannten Forschers auf dem Feld der Schulleitung und der Führungsebene wissenschaftlich fundiert ist.

Wir haben für die Studie eine allgemeine Einführungserhebung gemacht, an der sich 1500 Schulleiter aus ganz Baden-Württemberg beteiligt haben – das ist eine gewaltige Zahl. Vor ein paar Wochen hatten wir die erste sogenannte Logbuch- oder Tagebuchphase: Über einen Zeitraum von sieben Tagen dokumentieren Schulleiter, was sie ständig tun. Mindestens zwei solcher Logbuchphasen folgen noch, unter Umständen werden sich daran außerdem Einzelfallstudien anschließen, aber das wird der Fortgang der Studie zeigen.

Das Interview führte b:sl-Redakteur Michael Smosarski

Manege frei für Inklusion

Vielfalt als Normalzustand im Circuszelt

Circuspädagogische Projekte bieten zahlreiche Chancen und Möglichkeiten den gemeinsamen, wie individuellen Erziehungs- und Bildungsbedürfnissen von Kindern und Jugendlichen gerecht zu werden. Der Circus ZappZarap zeigt, wie es geht.

Im Gegensatz zum klassisch-konventionellen Circus mit spektakulären Shows professioneller Artisten und Tierdressuren arbeiten circuspädagogische Projekte grundlegend anders. In den 1970er Jahren entstanden, liegt der Schwerpunkt circuspädagogischer Konzepte darin, in der ungewöhnlichen und faszinierenden Umgebung einer Manege die Fähigkeiten und Talente von Kindern und Jugendlichen zu fördern.

Die Teilnehmenden sind nicht nur passive Zuschauer, sondern können und müssen selbst aktiv werden, während die Erreichung von circensischen Höchstleistungen nicht das Ziel darstellt. Die Erkenntnis, dass eine Circusshow nur als Team gelingen kann, ist von zentraler Bedeutung, genau wie die Entwicklung der individuellen Fähigkeiten und die Reflexion der eigenen Grenzen. Neben den positiven sozialen Effekten, wird durch den Applaus von Freunden und Verwandten in der Abschlussvorstellung das Selbstvertrauen der Nachwuchskünstler gestärkt.

Zauberei, Trapez und Verantwortung

Dass neben den körperlichen Herausforderungen auch die Kreativität der Kinder und Jugendlichen gefördert wird, ist offensichtlich, aber ein Blick auf die unterschiedlichen Genres zeigt das Spektrum der individuellen Möglichkeiten von circuspädagogischen Projekten. Als Beispiel soll an dieser Stelle der Circus ZappZarap dienen, der unter anderem die folgenden Circusgenres anbietet: Akrobatik, Clownerie, Drahtseil, Einrad, Fakir, Feuer, Jonglage, Laufkugel, Leiterakrobatik, Poi-Swingen, Rola, Trampolin, Trapez, Trickrad, Vertikaltuch und Zauberei.

Ohne die Möglichkeiten alle Genre an dieser Stelle vertiefen zu können, wird schnell deutlich, dass allen Kindern und Jugendlichen angemessene Ausdrucksformen und Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Immer in dem Bewusstsein, dass der Erfolg in der Manege auch von der Einhaltung von Regeln, persönlicher Verantwortung, sowie von der Kooperation aller abhängt. Während zum Beispiel eine Zaubereidarbietung äußerst individuell gestaltet werden kann, ist eine Trapeznormnummer oder eine Präsentation von Feuerspuckern ohne Kooperation und die strikte Einhaltung von Sicherheitsvorschriften schlicht undenkbar.

Nach der Präsentation in der großen Abschlussshow können diese Erfahrungen in den „normalen“ Unterrichtsalltag transferiert werden und werden garantiert noch lange ein Gesprächsthema an der Schule sein.

Organisatorische Fragen

In Deutschland gibt es über dreihundert circuspädagogische Projekte. Das Spektrum reicht vom kleinen Ein-Personen-Projekt, über regelmäßige Circus-AGs und Workshops bis hin zu international tätigen professionellen Circusprojekten. Da an dieser Stelle nicht alle Projekte vorgestellt werden können, sollen am Beispiel des Circus ZappZarap exemplarisch einige organisatorische Fragestellungen konkret veranschaulicht werden.

WELCHE PROJEKTE WERDEN FÜR WEN ANGEBOTEN?

ZappZarap bietet Projektwochen, Klassenfahrten und Ganztagesprojekte als Ferien- oder Schulcircusprojekte für alle Schulformen an.

WIE SIEHT ES MIT DER SICHERHEIT AUS?

Circusbauten unterliegen den allerschärfsten Sicherheitsvorschriften. So wird beispielsweise die Einrichtung von Fluchtwegen mit der Feuerwehr direkt vor Ort erörtert, TÜV und DEKRA überprüfen regelmäßig alle Aufbauten, den Feuerschutz, das Material, etc. Außerdem erfolgt bei jedem einzelnen Projekt eine strenge Prüfung durch das jeweilige Bauamt, die in einem sogenannten Baubuch dokumentiert wird.

WIE FINANZIEREN SICH CIRCUSPÄDAGOGISCHE PROJEKTE?

Die Finanzierung wird in der Regel (auch an kleinen Schulen) durch die Einnahme von Eintrittsgeldern, durch Sponsoren, Fördervereine aber auch durch Sponsorenläufe der Schüler, den Verkauf von Bastelarbeiten oder den Verkauf von Projektzeitungen und dem Catering gewährleistet. Der Auf- und Abbau erfolgt zusammen mit Eltern, Freiwilligen und Vereinen. Der organisatorische Aufwand für die Schulpädagogen ist eher gering.

Autor: Frank Jablonski • Fotos: ZappZarap

Ein Circusprojekt, das da hilft, wo es am meisten gebraucht wird:
ZappZarap in Srebrenica

Zum Autor und zum Projekt:

Frank Jablonski, Germanist M. A. ist Dozent für interkulturelle Kommunikation bei der Internationalen Gesellschaft für Bildung, Kultur und Kommunikation, gGmbH, Literaturvermittler, Kulturmanager und betreut seit Mitte 2010 die Pressearbeit des Circus ZappZarap in Leverkusen.

Der Circus ZappZarap wurde 2004 in Leverkusen gegründet und veranstaltete allein 2010 über 120 circuspädagogische Projekte mit mehr als 21000 jungen Artisten und über 85000 Zuschauern – u.a. auch für kriegstraumatisierte Kinder und Jugendliche in Srebrenica/ Bosnien-Herzegowina. Zuletzt wurde ZappZarap im Oktober 2010 für ein integratives Circusprojekt in Kooperation mit dem Bürgerzentrum Köln-Deutz ausgezeichnet. Der Circus ZappZarap arbeitet prinzipiell ohne Tierdressuren.



Im Rückspiegel: Inklusion

Entwicklungen und Reaktionen

An dieser Stelle wollen wir künftig einen Blick zurückwerfen auf Themen, die uns im jeweils vorangegangenen Heft besonders beschäftigt haben. In der zurückliegenden Ausgabe war „Inklusion“ unser Schwerpunkt – nachstehend haben wir für Sie einige Entwicklungen und Reaktionen zur Sache zusammengetragen.

Zum neuen hessischen Schulgesetz

Am 25. Januar haben Ministerpräsident Volker Bouffier und Kultusministerin Dorothea Henzler in Wiesbaden ihren Entwurf des neuen hessischen Schulgesetzes vorgestellt. Hinter dem erklärten Anspruch der Politiker, sich bei der Konzeption an der schulischen Praxis zu orientieren, verbirgt sich nach Meinung kritischer Beobachter mangelnder Reformwillen und ein Sparkurs auf Kosten der sozial Schwachen. Insbesondere die Haltung gegenüber Inklusionsforderungen ist Kritikern zufolge geprägt von Mutlosigkeit. Unter Beibehaltung des bisherigen Förderschulwesens sollen Kinder mit besonderem Förderbedarf vermehrt an Regelschulen unterrichtet werden, die Budgetierung allerdings soll insgesamt konstant bleiben.

Um auf die drohende Überforderung der Lehrkräfte aufmerksam zu machen, wurde der Allendorfer Appell ins Leben gerufen, eine Petition gegen die geplanten Reformmaßnahmen, die man online einsehen und unterzeichnen kann: <http://allendorferappell.wordpress.com>.

Leserbrief

**Sehr geehrte Damen/Herren der Redaktion,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**
als Schulleiter einer Hauptschule in Lüchow (Wendland, Niedersachsen) haben wir inzwischen seit über fünf Jahren in allen Jahrgängen eine sogen. „I-Klasse“ und damit auch gute Erfahrungen gemacht. In den Integrationsklassen werden zwischen 2 und 6 Kinder/Jugendliche zieldifferenziert beschult. Wir werden auch im nächsten Schuljahr wieder mit einer neuen 5. Klasse beginnen, die Anträge der Eltern liegen entsprechend vor.

Wir, d.h. unsere ganze Schule, begrüßen und befürworten eine inklusive Schule. Nur über eine grundlegendes Problem kommen wir kaum hinweg. Wir möchte eine Schule für alle Kinder und Jugendlichen bis mindestens einschließlich Jahrgangsstufe 10.

Aber in Niedersachsen wird nach der Klasse 4 sortiert: hier das Gymnasium und dort die Hauptschule, die Realschule, die Haupt- und Realschule, die Oberschule... oder wie auch immer und in der ganzen (zu begrüßenden) Diskussion um inklusive Schule wird dieser entscheidende Punkt leider gänzlich „außen vor“ gelassen.

Alle anderen europäischen Länder, in denen es diese Sortierung nach der 4. Klasse nicht gibt, können leichter inklusive Schulen verwirklichen, aber wir??? – Bei der ganzen Diskussion „Inklusive Schule“ wird wieder einmal eine Schularbeit gänzlich unberührt gelassen: das Gymnasium - schade!

Mit freundlichem Gruß
H.-D. Kirks

Berliner Inklusionsbemühungen

Auch Berlin arbeitet sich weiterhin an der UN-Resolution und der Forderung der Öffentlichkeit nach inklusiver Beschulung ab. Im Zuge des aktuellen Berichts zum Stand der Inklusion im Stadtstaat wird eine Umsteuerung des Schülerkontingents weg von der Förderungsselektion angesprochen, für die auch ein konkreter Verlaufsplan festgeschrieben wurde – mehr oder weniger jedenfalls. Bereits im Schuljahr 2011/2012 soll die Personalsituation der Herausforderung der gemeinsamen Beschulung angepasst werden, sprich: mehr Stellen im inklusiven Bereich geschaffen und solche in der Förderung gestrichen werden. Insgesamt soll dies kostenneutral erfolgen. Nun sind die Bezirke im Rahmen des „zukünftigen Schulentwicklungsplans 2012 -2016“ dazu aufgefordert zu entscheiden, welche Förderzentren vorerst bestehen bleiben und welche geschlossen werden. Angesichts der Tatsache, dass auf diese Weise ein weiterer Entscheidungsprozess angestoßen wurde und die Landesregierung den Schwarzen Peter „Ressourcenkürzung“ einfach an die einzelnen Verwaltungen abgegeben hat, ist kurzfristig wohl kaum mit konkreten Veränderungen zu rechnen.

Literatur-Wettbewerb „Barrieren überwinden“

„Barrieren überwinden“, so lautet der diesjährige Literatur-Wettbewerb, den die Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie anlässlich der diesjährigen Kampagne des Deutschen Caritasverbandes ausschreibt. Prämiert werden literarische Texte wie Kurzgeschichten, Essays, Novellen, Märchen und Gedichte, die den Weg zu einer inklusiven Gesellschaft in den Blick nehmen. Teilnahmeberechtigt sind alle Menschen mit und ohne Behinderung ab dem vollendeten 14. Lebensjahr.

Die Texte müssen sich mit Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung oder psychischen Erkrankungen beschäftigen und dürfen nicht mehr als 70000 Zeichen umfassen.

Die Einsendung von Beiträgen ist bis zum 30. Juni 2011 möglich, und zwar unter dem Stichwort „Barrieren überwinden“ per Mail an: corinna.troendle@caritas.de.

Liebe Leserinnen und Leser,

haben Sie Wünsche oder Anregungen? Sind Sie begeistert oder wütend? Was immer Sie auch rund um b:sl und unsere Themen bewegt – teilen Sie es uns mit!

Schreiben Sie an: info@beruf-schulleitung.de

„Schüler wollen und brauchen Abwechslung“

Ein Interview mit Michael Klein-Landeck über erfolgreiche Unterrichtsentwicklung

Unterrichtsqualität und Unterrichtsentwicklung sind Topthemen in der Bildungsdiskussion. Dennoch sind von den Millionen Unterrichtsstunden, die täglich an Deutschlands Schulen abgehalten werden, längst nicht alle vorzeigbar. Woran liegt das und lässt sich Unterricht auch mit einfachen Mitteln weiterentwickeln? Das erläutert Michael Klein-Landeck im Interview. Der Hamburger Gesamtschullehrer und Privatdozent hat jetzt mit zwei Kollegen das Buch „Unterrichtsentwicklung mit Erfolg“ veröffentlicht.

Herr Klein-Landeck, in dem Buch beschreiben Sie und Ihre Kollegen anhand von praxisorientierten Bausteinen, wie der Unterricht in der Sekundarstufe I gelingen kann. Hat sich denn der Unterricht in den vergangenen Jahren nicht durch neue Methoden und Erkenntnisse ohnehin schon enorm weiterentwickelt?

Es gibt eine Untersuchung von Klaus Hage und anderen aus dem Jahr '85 zum Unterrichtsaltag in der Sekundarstufe I, die belegte noch, dass 75 Prozent des Unterrichts lehrerzentriert und klassengebunden stattfinden. Mittlerweile hat sich – insbesondere in den Grundschulen – einiges geändert, aber auch weiterführende Schulen haben sich auf den Weg gemacht. Denn es kann einfach nicht mehr so weitergemacht werden wie bisher. Inzwischen hat sich ja auch die Erkenntnis durchgesetzt, dass es trotz aller Homogenisierungsbemühungen keine wirklich homogenen Lerngruppen geben kann. Gruppen sind immer heterogen. Diese Heterogenität hat sicher in den letzten Jahren und Jahrzehnten zugenommen, unter anderem durch den Anspruch von Integration und Inklusion sowie die Zunahme der Schüler mit Migrationshintergrund. An unseren Schulen zum Beispiel unterrichten wir in Integrationsklassen und in Klassen mit einem hohen Migrantenanteil. Es existiert also eine große Bandbreite an Begabungen und Lernvoraussetzungen.

Und was folgt daraus?

Das erfordert eine starke Differenzierung. Neue Erkenntnisse aus der Hirnforschung machen außerdem deutlich, wie Lernen funktioniert, dass es nicht die Eins-zu-eins-Übertragung vom Lehrer zum Schüler ist, sondern dass Schüler sich selbsttätig Wissen aneignen und Strategien und Methoden erwerben müssen. Und das erfordert veränderte Unterrichtsformen. Und letztendlich belegen auch die PISA-Ergebnisse, dass Unterricht sich weiterentwickeln muss. Verständlicherweise gibt es auch viele Ängste: Angst, etwas abzugeben, Angst, den Schülern etwas zuzumuten, Angst vor Kontrollverlust oder Furcht, für etwas geradestehen zu müssen, wenn es nicht klappt und schließlich Angst vor Mehrarbeit und wachsender Belastung.

Was setzen Sie diesen Ängsten und Befürchtungen entgegen?

Von außen betrachtet sieht es tatsächlich so aus, als würde es eine unglaubliche Kraftanstrengung kosten und sehr viel Mehrarbeit erfordern, wenn man den Unterricht umstellt, wenn man also mit Wochenplan und Kompetenzraster, mit Lernwerkstatt oder Epochunterricht arbeitet. Tatsächlich muss man auch zwischenzeitlich mehr Zeit investieren, aber das zahlt sich doppelt und dreifach wieder aus.

Nämlich?

Einfach durch eine größere Zufriedenheit bei den Schülern und den Lehrkräften. Wir haben in dem Buch Beispiele beschrieben, bei denen der Unterricht vorab über mehrere Wochen hinweg vorbereitet werden musste. Es wurden Lernumgebungen geschaffen, Lernwerkstätten und Wochenpläne entwickelt. In dieser Zeit der Vorbereitung hatten die Lehrer ein Mehr an Arbeit, das ist richtig – dafür dann aber in den nächsten Wochen entsprechend weniger in der täglichen Vorbereitung.

Muss es denn eigentlich immer die komplette Neugestaltung sein, oder können Lehrkräfte auch kleine Schritte machen und welche?

Man kann auch als einzelne Lehrkraft die Unterrichtsorganisation ändern. Ein Beispiel: Jeder Lehrer unterrichtet mindestens zwei Fächer. In den sogenannten kurzen Fächern lassen sich Unterrichtsstunden sehr gut zu sinnvollen Lerneinheiten im Sinne von Epochunterricht zusammenlegen. Es macht einen großen Unterschied, ob ich ein Fach zweimal pro Woche unterrichte oder ob ich über zwei Wochen kontinuierlich bei einem Thema bleibe und jeden Tag da-



Michael Klein-Landeck, Autor, Privatdozent und Gesamtschullehrer in Hamburg

ran arbeite. Statt am Montag zwei Stunden Biologie, am Donnerstag zwei Stunden Geschichte und am Freitag noch einmal eine Stunde Biologie zu unterrichten, bündele ich diese fünf Wochenstunden zu einem Epochenthema.

Und gibt es auch kleine Schritte, die ein ganzes Kollegium machen kann?

Manchmal sind es ganz einfache Beispiele. Wir hatten an unserer Schule mit großem Unbehagen festgestellt, dass der Alltag morgens schon mit Stress beginnt: Die Schüler stehen bis zu zwanzig Minuten auf den Fluren vor den Schultüren, es entsteht ein Gerangel, ein Geschubse und ein Gekreische, bis dann die Lehrer um acht Uhr die Türen aufschließen und versuchen, wieder für Ruhe zu sorgen. Das haben wir einfach mit einem Schlag geändert, indem wir die Türen bereits um zwanzig vor acht geöffnet haben. Jetzt kommen die Kinder nach und nach in die Klasse, essen etwas, unterhalten sich, arbeiten vielleicht sogar und um acht Uhr haben wir eine herrlich entspannte Lernatmosphäre. Wir brauchen nicht mehr für Ruhe zu sorgen, weil sie einfach da ist.

Das heißt aber auch: Sie brauchen mehr Aufsichtskräfte.

Ja, aber das lässt sich alles mit spitzem Bleistift rechnen, wenn man es will. Bei uns sind die Stunden aus dem Vertretungspool genommen worden.

Sie sprachen vorhin davon, dass Schüler sich selbsttätig Wissen aneignen müssen, wie sieht die Überprüfung des Gelernten aus?

Nehmen wir das Beispiel Logbücher. Die Logbücher enthalten neben Stundenplan und Adressliste auch Platz für Mitteilungen zwischen Elternhaus und Schule und Seiten mit Lernvereinbarungen, Notenübersichten und vor allen Dingen eine Doppelseite für jede Unterrichtswoche und für jedes Fach. Dort gibt der Schüler an, was er sich für die jeweilige Unterrichtsstunde vorgenommen hat, was dann tatsächlich bearbeitet wurde und welche Aufgaben er beim individuellen Arbeiten konkret erledigt hat. Das klingt sehr aufwendig, denn die Logbücher müssen angelegt und deren Nutzung muss gemeinsam mit den Schülern eingebütt werden. Auch muss ich als Lehrer diese Logbücher regelmäßig lesen und kommentieren. Dafür kann ich aber an anderer Stelle Abstriche machen. Zum Beispiel nehme ich nicht mehr alle zwei Tage einen Klassensatz Hefte mit nach Hause. Und trotzdem habe ich und haben auch die Schüler einen besseren Überblick über ihren Lernstand.

Sprechen wir über die Ergebnisse: Was ändert sich tatsächlich am Unterricht, am Schulalltag, an der Lernmotivation und am sozialem Verhalten?

Ich bin überrascht, wie stark sich gerade das Sozialverhalten ändert. Man denkt ja zunächst, die Schüler lernen zu lernen und werden selbstständiger – das stimmt auch. Was uns aber viel stärker ins Auge fällt, ist das veränderte Sozialverhalten. Das liegt daran, dass wir in diesen freien Ar-

beitsformen sehr viel mit Feedback arbeiten. Die Schüler lernen, sich einzuschätzen und sich gegenseitig Rückmeldungen zu geben und zwar auf faire, konstruktive und weiterführende Weise. Und wenn sich irgendwo ein Problem entwickelt, dann frage ich mittlerweile erst einmal die Schüler nach einer Lösung. Denn sie haben ein großes Einfühlungsvermögen entwickelt. Das ist wirklich beeindruckend!

Also Wochenpläne, Freiarbeit, Gruppenarbeit, individualisiertes Lernen – wenn ich mal diese Stichworte zusammenfasse – aus diesen Zustaten wird dann ein guter und für alle Beteiligten erfolgreicher und zufriedenstellender Unterricht?

Das wäre zu einfach. Man darf nicht polarisieren. Ich stehe zum Beispiel hinter den Erziehungswissenschaftlern Herbert Gudjons und Hilbert Meyer, die beide die Fahne auch für den Frontalunterricht hochhalten. Entscheidend ist: Man darf nicht Tag für Tag und Woche für Woche die gleiche Methode einsetzen. Die Schüler wollen und brauchen Abwechslung und auch ab und zu eine schöne, knackige, unterhaltsame, vom Lehrer geleitete Unterrichtsstunde. Denn Schüler müssen lernen, sich auf verschiedene Sozialformen einzustellen. Sie müssen mit der Gruppe agieren und nicht nur allein oder in kleinen Zirkeln arbeiten. Deswegen bin ich für eine gesunde Mischung, wie Hilbert Meyer sie vorschlägt. Man erlebt das als Erwachsener ja auch bei Fortbildungen. Manchmal ist es gut, zusammenzusitzen und zu reden, aber dann muss auch wieder ein Input kommen und genauso stelle ich mir das an der Schule vor. Ein vernünftiger Rhythmus von unterschiedlichen Arbeits- und Sozialformen ist das Ziel. In dem Buch haben wir versucht, zu beschreiben, wie man das hinkriegen kann.

Sie sind ausgewiesener Montessori-Experte und haben auch an Ihrer Schule eine Montessori-Klasse gegründet, wie viel Montessori steckt denn in dem Buch?

Ich habe mich mit unterschiedlichen reformpädagogischen Konzepten beschäftigt und überall interessante Anregungen gefunden. Etwas allerdings würde ich an Montessori festmachen. Wir legen viel Wert darauf, mit Materialien zum Hantieren zu arbeiten. Es ist nicht nur für behinderte Kinder in der Integrationsklasse ein Riesengewinn, über alle Sinne zu lernen und Dinge in die Hand zu nehmen, es ist auch ein enormer Motivationsfaktor für leistungsstarke Schüler.

Was raten Sie Kollegen, die Ihren Unterricht verändern wollen – außer natürlich zur Lektüre Ihres Buches?

Eine große Hilfe sind Hospitationen, also einfach schauen, wie andere es machen und was sie gut machen. Die Initiative „Blick über den Zaun“ zum Beispiel, an der mittlerweile mehr als 100 Schulen beteiligt sind, organisiert wechselseitige Besuche, damit Schulen und Lehrer direkt voneinander lernen.

Interview: **bildungsklick.de** • Foto: **Privat**

Das vorliegende Interview erschien erstmals am 22. November 2010 auf **bildungsklick.de**.

Schule gestalten für Deutschland

Gesucht: Schulleiterinnen und Schulleiter an Deutschen Auslandsschulen

„Sieben Jahre in Mexiko... das war der Höhepunkt meiner beruflichen Laufbahn als Pädagoge und Schulmanager“, resümiert Rainer Quennet, ehemals Schulleiter der Deutschen Schule Guadalajara, Mexiko. Pädagogische Konzepte zeitnah umsetzen zu können, eine bildungsinteressierte Elternschaft aus allen sozialen Schichtungen vorzufinden und eine motivierte vielfach international besetzte Mitarbeiterchaft zu führen: dies macht für viele den Reiz der Tätigkeit als Schulleiter im Ausland aus.

Dabei sind dies nur einige Merkmale, durch die sich die Inlands-tätigkeit von der Auslandstätigkeit unterscheidet. Als Repräsentant deutscher Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik vor Ort und als Qualitätssicherer für pädagogische Standards nehmen Fragen des Bin-nenmanagements ebenso wie die der Außendarstellung einen umfas-senderen Anteil an der täglichen Arbeit ein, als dies im innerdeutschen Schuldienst der Fall ist, weiß Reinhard Löchelt, selbst ehemals Gym-nialschulleiter in NRW und acht Jahre lang Schulleiter der Deutschen Schule Johannesburg, Südafrika.

Internationale Schülerschaft, engagierte Eltern

Die Deutschen Auslandsschulen sind für gewöhnlich Schulen in privater Trägerschaft auf der Basis des geltenden Rechts im jeweiligen Gastland. Sie führen in der Regel zu Schulabschlüssen Deutschlands und des Gast-landes gleichermaßen und stehen unter der schulfachlichen Aufsicht bei-der Länder. Die Schülerschaft besteht nicht ausschließlich aus Kindern deutscher Experten im Ausland, sondern zu einem erheblich größeren Anteil aus Schülern des Gastlandes und aus anderen Nationen. Weltweit beträgt der Anteil nichtdeutscher Schüler an Deutschen Auslandsschulen fast 70 %. Damit besteht eine der großen Herausforderungen für den aus Deutschland vermittelten Schulleiter darin, Lehren und Lernprozesse in einem interkulturellen Kontext zu koordinieren.

Der Unterschied zu Deutschland? Auch die Elternschaft, die in der Regel das gesamte soziale Spektrum abdeckt, ist durchweg bildungsinteressiert und vielfach international. Sie erwartet Lernergebnisse und eine Lernumgebung, die internationalen Standards genügt – kleine Klassen und Bilingualität im Unterricht gehören dazu. Als Teil einer nationalen Privatschule, die von Deutschland gefördert wird, sind Eltern dabei auch in einem hohen Maße am schulischen Lernfortschritt des Kindes inter-essiert und bringen sich in einem erheblich größeren Umfang als im innerdeutschen staatlichen Schulwesen in den Schulalltag ein, so Hans Pattar, langjähriger Leiter der Grundschule an der Deutschen Schule in Johannesburg.

Schulerfolg im internationalen Kontext

Dabei korrespondiert die Erwartung an eine exzellente schulische Leistung mit der an eine entsprechende Ausstattung der Schulen. Deutsche Schulen im Ausland stehen vielerorts im Wettbewerb mit den besten

internationalen und nationalen Privatschulen. Sie stellen sich – oftmals nicht zuletzt auf Wunsch des Schulträgers – einem nationalen Ranking und setzen erforderliche Verbesserungen der schulischen Rahmenbe-dingungen häufig auch kurzfristig um. Dies betrifft die Infrastruktur ebenso wie die personelle Ausstattung. Dem Vorstand als dem für die wirtschaftliche Situation der Schule verantwortlichen Entscheidungsträger kommt daher eine entscheidende Bedeutung zu. Der deutsche Schulleiter bildet mit seiner pädagogischen Kompetenz und Erfahrung dazu das schulfachliche Pendant in einer praxisnahen Aufgabenteilung. Die fördernden Stellen in Deutschland stehen beratend zur Seite.

Darüber hinaus sichern die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) des Bundesverwaltungsamtes in Köln und die Bundesländer einen einheitlichen Leistungsstandard und führen seit 2008 in vierjährigem Turnus Bund-Länder-Inspektionen an Deutschen Schulen im Ausland durch. Die ZfA unterstützt die Schulen pädagogisch und finanziell durch die Vermittlung von Lehrkräften aus den deutschen Bundesländern. So werden Lernprozesse nach innerdeutschen Zielvorgaben möglich. Ver-treter der Bundesländer sichern die curricularen Voraussetzungen und die Durchführung deutscher Abschlussprüfungen.

Von Vorteil: Leitungserfahrung im Inland

Verantwortung aktiv zu übernehmen und der Wille zur Mitgestaltung sind Anforderungen, die an die Schulleiterin oder den Schulleiter im Ausland gestellt werden: „Die Bewerber sollten sich daher früh darüber klar werden, dass sie diesen Rollenwechsel auch als Person wollen; und da ist eine entsprechende Leitungserfahrung im innerdeutschen Schuldienst eine wichtige Voraussetzung“, beschreibt Joachim Lauer, Leiter der ZfA und Mitentscheidender im Schulleiterfindungsausschuss die Anforderungen. „Wir brauchen Schulleiter, die sich voll mit ihrer Aufgabe identifizieren und die eben auch bereit sind, sich mit der wirtschaftlichen Seite ihrer Aufgabe auseinanderzusetzen; ein betriebswirtschaftliches Fachstudium ist allerdings nicht erforderlich“, ergänzt er.

Gute Vorbereitung für erfolgreichen Start

Damit die „Neuen“ gut vorbereitet ins Ausland gehen, werden die ange-henden Schulleiterinnen und Schulleiter in Köln während eines geson-derten Lehrgangs auf ihre besondere Aufgabe vorbereitet. Neben Fragen zum spezifischen Rollenverständnis als Schulleiter im Ausland, zu As-



Zu den Autorinnen:

Bettina Meyer-Engling (l.) und Yvonne Götzmann (r.) sind im Fachbereich „Pädagogisches Personal und Öffentlichkeitsarbeit“ in der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen tätig.



*Schulleiter Deutscher Auslandsschulen
beim Weltkongress. Hier: 2006 in Kapstadt*

pektiven der Organisation und der pädagogischen Inhalte stehen Themen wie das Management einer Privatschule für einen aus Deutschland vermittelten Schulleiter und zahlreiche praktische Tipps zu den Bereichen Sponsoring und Marketing auf dem Tagungsprogramm. Unter anderem geben erfahrene Schulleiter ihr Wissen weiter und stehen zu persönlichen Gesprächen bereit.

Seit 2009 hat die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen beim Bundesverwaltungsamt in Köln darüber hinaus ein Instrument zur praxisnahen Vor-Ort-Unterstützung für neue Schulleiter eingeführt: Auf Wunsch steht jedem „Neuen“ ein Schulleiterkollege seiner Wahl im Sinne einer kollegialen Beratung für ein Jahr bei allen anstehenden Fragen zur Verfügung. „Ein Angebot, das hervorragend angenommen worden ist“, weiß der Leiter der ZfA zu berichten.

Der Weg als Schulleiter ins Ausland

Und wie wird man Schulleiter einer Deutschen Auslandsschule? Insgesamt stehen 140 Schulleiterposten weltweit zur Verfügung. Wie bei allen Stellen im Ausland handelt es sich um eine befristete Übernahme der Aufgabe: Schulleiter erhalten einen Grundvertrag für sechs Jahre, der um zwei weitere verlängert werden kann. Das Rotationsprinzip führt dazu, dass immer wieder zahlreiche interessante Stellen frei werden. Es lohnt sich daher, regelmäßig nach Stellenausschreibungen Ausschau zu halten. Die ZfA veröffentlicht die aktuellen Stellenausschreibungen auf ihrer

Homepage www.auslandsschulwesen.de. Ferner werden die Stellen in den Amtsblättern der jeweiligen Schulbehörden bzw. der Kultusministerien veröffentlicht, im Einzelfall auch in überregionalen Tageszeitungen.

Voraussetzung für eine Vermittlung als Schulleiter ist, dass man sich als Pädagoge mit den ausgeschriebenen Berufsmerkmalen (Lehramt, Bezahlungsgruppe etc.) im Inlands- oder im Auslandsschuldienst besonders bewährt hat und entweder bereits als Schulleiter tätig war oder eine andere herausgehobene Funktion in der Schule wahrgenommen hat. Beim Dienstantritt in der Auslandsschule muss eine Dienstzeit von mindestens drei Jahren im Inlandsschuldienst absolviert worden sein. Für „Rückkehrer“ aus dem Ausland gilt bis 2013 eine verkürzte „Standzeit“ im Inland von zwei Jahren.

Interessierte senden ihre Bewerbung mit allen Unterlagen auf dem Dienstweg an die ZfA. Nähere Informationen zum deutschen Auslandsschulwesen bietet die Homepage der ZfA unter www.auslandsschulwesen.de. Insbesondere zum Bewerbungsverfahren als Schulleiter steht unter der Telefonnummer 0221-7583455 ein Mitarbeiter der ZfA als Ansprechpartner zu Verfügung.

Und bei einer Zusage durch den Schulträger kann für den Schulleiter der neue Berufsabschnitt beginnen: Das spannende und zugleich verantwortungsvolle Berufsleben als Leiterin oder Leiter einer Deutschen Auslandsschule.

*Autorinnen: Yvonne Götzmann • Bettina Meyer-Engling
Fotos: Sasaan Marchaad (oben) • ZfA (unten S. 34)*

Schulbibliotheken: Eine Aufgabe für die Schulleitung!

Wie Schulbibliotheken administrativ zukunftsfähig gemacht werden können

Die PISA-Studie 2009 verhilft uralten Weisheiten zu neuer Bedeutung. Die Forscherinnen und Forscher stellen fest: Wer viel liest, liest besser. Mädchen lesen mehr Romane und Erzählungen als Jungen. Mädchen haben bessere Ergebnisse in der Lesekompetenz. Comics lesen hilft nicht besonders. Wer vorher überlegt, was er wissen will, wer treffend unterstreichen und zusammenfassen kann, versteht Sachtexte besser¹.

Da spricht viel für eine moderne, multimediale Schulbibliothek. Eine, die auch vor und nach dem Unterricht und in der Mittagspause geöffnet ist, in der jeden Tag Unterricht stattfindet, in der Klassen, Gruppen und einzelne Schüler/innen arbeiten können.



Eine Schulbibliothek, die so ausgestattet ist, dass dort Facharbeiten, Referate, Wandzeitungen und Gruppenarbeiten erstellt und präsentiert werden können, die einen OPAC, einen Online-Katalog, hat, in dem zu einem Thema der „Medienmix“ aus Büchern und digitalen Medien bis hin zu geeigneten Internetlinks gefunden werden kann.

In der Schulbibliothek des 21. Jahrhunderts stellen die Bibliothekslärerin oder der Leseclub Buchtipps auf der Videowand in der Eingangshalle der Schule vor oder schicken sie den Schülern aufs Handy, im Schulintranet sind Webquests, Datenbanken, Lernprogramme, Lehrer- und Schülermaterialien zugänglich, in den Räumen der Bibliothek wird nicht auf Desktopcomputern wie im Großraumbüro gearbeitet, sondern auf Laptops an Gruppentischen. Kurz, eine Schulbibliothek, die auch dann nicht anachronistisch sein wird, wenn möglicherweise nur noch mit iPads, Kindles und Smartphones gelernt wird.

Schulbibliotheken haben eine 250-jährige Tradition. Wer in Brandenburg über Land fährt, sieht in Schulmuseen Dokumente aus Büchereien, die fortschrittliche Junker in den Dorfschulen einrichten ließen. Leider wurde diese Tradition, die in Preußen um 1930 ihren Höhepunkt mit einer Bücherei in jeder Schule erreichte, nach dem Zweiten Weltkrieg nicht fortgeführt.

Heute sind Schulbibliotheken multimediale Lern-, Wissens- und Kulturzentren. Schon in Grundschulen ist die Bibliothek mehr als ein Regal mit Kinderbüchern, die freitags in der 2. Pause ausgeliehen werden. In ihnen wird vorgelesen und hier finden Autorenlesungen statt. Es werden hier geschriebene „Klassen“-Bücher und Lese-Tagebücher ausgestellt. Hier kann, in sechsjährigen Grundschulen noch mehr, in Büchern und im Internet „geforscht“ werden. Hier gibt es vertiefende und weiterführende Angebote für Schülerinnen und Schüler, die mehr wissen wollen. Es sind Räume zum Wohlfühlen, zum Miteinander-Lernen, zum entdeckenden Lernen. Eine sinnvolle Ergänzung und Alternative zum Lernen im Klassenraum.

Das Problem der Zuständigkeiten

International sind in solchen Schulbibliotheken oder Lernzentren school library media specialists oder teacher librarians tätig. Das sind Lehrer/innen oder Bibliothekar/innen mit Kompetenzen in Leseförderung, Medienpädagogik, Informationssuche und Internetnutzung. In Deutschland gibt es sie bisher nur in privaten International Schools oder Schulen der Europäischen Gemeinschaft.

¹ Aus: PISA 2009, Ergebnisse. Lernen lernen: Schülerengagement, Strategien und Praktiken. Band III. Zusammenfassung in Deutsch, <http://www.oecd.org/dataoecd/35/2/46619285.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 12.12.2010.

Anders als in USA, wo nach dem Sputnikschock 1957 der Aufbau des Schulbibliothekswesens begann, in Südtirol, wo man gerade den 20. Geburtstag des Schulbibliotheksgesetzes feierte, oder in Australien, wo das Parlament einen Bericht zur Schulbibliothek des 21. Jahrhundert in Auftrag gegeben hat, bleibt es in Deutschland i. d. R. der einzelnen Schule überlassen, eine Schulbibliothek einzurichten.

Die Kultusminister der Länder erklären sich für nicht zuständig. Die Gesetzeslage gibt ihnen leider Recht. Bei den Schulträgern, den Städten und Landkreisen, stehen Schulbibliotheken zwar im Aufgabenkatalog, aber „unauffällig“. Niemand zwingt die Schulträger, diese Aufgabe zu erfüllen. Sie könnten sie aus eigener finanzieller Kraft auch nicht stemmen. Die seit 2010 erneut anrollende Sparwelle der kommunalen Gebietskörperschaften erreicht als erstes wieder das Bibliothekswesen, obwohl es da kaum noch Sparpotenzial gibt. Es wurden zwar dank der Investitionsmittel des Bundes viele neue Schulbibliotheken gebaut. Kaum ein Schulträger aber hat eine Lösung für deren laufenden Betrieb.

Die Stadtbücherei könnte bei der Errichtung einer Schulbibliothek helfen. Die Interessenvertretungen des Bibliothekswesens haben aber die Hoffnung aufgegeben, dass es in den ca. 35000 deutschen Schulen jemals Arbeitsplätze für Bibliothekarinnen und Bibliothekare geben wird. Die Verbandsvertreter/innen verfolgen seit einigen Jahren vorrangig eine andere Strategie: Die öffentliche Bibliothek sei eine Bildungseinrichtung, eine Partnerin der Schule. Die Stadtbibliothekarin würde Informations-, Medien- und Lesekompetenz vermitteln. So ist es in Mitteilungen des Deutschen Bibliotheksverbandes und in Interviews von Funktionären zu lesen. Daher kommt die Schulbibliothek in den Verträgen zur Zusammenarbeit von Bibliothek und Schule, die der Verein mit immer mehr Landesregierungen abschließt, und in den immer zahlreicher werdenden Landesbibliotheksgesetzen nicht oder nur am Rande vor.

Im Gegensatz zu dieser, von den Landesregierungen und den Schulträgern nicht ungern gesehenen Strategie, entsteht an der Basis eine „Graswurzelbewegung“: Wer bei Google-News nach dem Thema „Schulbibliothek“ sucht, erhält jede Woche Dutzende neuer Treffermeldungen. (Selbst wenn man diesbezüglich nur die Neueröffnungen oder Renovierungen zählt, bleibt es eine ansehnliche Zahl). Auch die Bibliotheksausstatter berichten, dass die Nachfrage aus den Schulen zugewonnen habe.

Das größte Problem bleibt das Personal. In anderen Staaten, vor allem in den angelsächsischen, ist es selbstverständlich, dass die Schulbibliothekare die Bibliothek als pädagogische, als schulische Einrichtung sehen und nicht als Zweigstelle der Stadtbibliothek, dass sie selbst auch unterrichten und mit den Fachlehrern im Unterricht zusammenarbeiten. Oder es sind Lehrer, die bibliotheksfachlich und in den Bereichen Medien- und Informationskompetenz weitergebildet wurden.

Es hilft, wenn Schulen autonomer werden. Schon jetzt gibt es in entsprechenden Regionen oder Modellversuchen die Möglichkeit, mit Honorarkräften die Öffnungszeiten der Schulbiblio-

thek auszuweiten. Bei der Ausschreibung von Beförderungsstellen kann die Schulbibliothek als Aufgabe genannt werden. Bei der Zuweisung von Stellen, die die Schule selbst ausschreiben darf, wird über kurz oder lang abgewogen werden können, ob ein Informatiker, ein Sportlehrer oder eine pädagogisch qualifizierte Bibliothekarin wichtiger ist. Dazu sollte man sich die PISA-Erkenntnisse, die eingangs zitiert wurden, in Erinnerung rufen.

Konkrete Handlungsansätze für Schulleiter

Bleiben wir erst einmal bei den „kleinen Brötchen“: Schon jetzt kommt der Schulleiterin/dem Schulleiter eine Schlüsselrolle beim Auf- oder Ausbau der Schulbibliothek/-mediathek zu. Man sollte engagierte Kolleg/innen oder Eltern ermutigen und unterstützen. Eine interessierte Schulleitung wird einen Vorschlag in die Konferenzen, das Kollegium, die Schülerschaft geben. Auch nach außen muss man informieren: Die lokale Presse, die Anzeigenblätter, Ehrenamtsbüros. Wenn es nicht anders geht, mit einer Anzeige, in der Helfer und Bücher gesucht werden. Die Schulleitung hat Zugang zum Bürgermeister, zur Verwaltung, zu den örtlichen Firmen.

In der Elternschaft gilt es, verschiedene Talente zu entdecken: Vorleser/innen, Computerkundige, handwerklich Geschickte, Organisationsgenies. Die Eltern sollten ermutigt werden, von der Kommunal- bis zur Landespolitik den Entscheidungsträger/innen ihr Interesse an Schulbibliotheken deutlich machen: Durch Leserbriefe, in Gesprächen o.ä. In den USA wird auch schon mal demonstriert oder eine Petition geschrieben.

Ein Schulförderverein ist hilfreich, wenn es ums Spendensammeln, aber auch um Wortmeldung in der Öffentlichkeit geht. Kontakte zu Schulbibliotheken in der Umgebung, zur Stadtbibliothek und zu Buchhandlungen sind nützlich. Alle politischen Amtsinhaber verfügen über einen Topf (meist Lottomittel), aus dem sie etwas beisteuern können. Kaufhäuser und Firmen erneuern ihre Büroausstattung und Computerausrüstung sehr viel schneller als Schulen.

Ein Elternteam in der Bibliothek registriert sehr genau, ob die Schulleiterin/der Schulleiter zum Gespräch vorbeischaut und sich informiert, ob das Engagement von der Schulleitung gewürdigt wird, ob es einen Blumenstrauß zum Geburtstag gibt.

Letztlich muss der Schulträger für die Schulbibliothek sorgen. Also nicht abwimmeln lassen, wenn es heißt, für die Einrichtung gäbe es kein Geld. Es zahlt sich auch aus, gemeinsam aufzutreten und nicht nur für die eigene Schule alles heraus zu holen. Man muss den Kuchen vergrößern, statt den anderen das größte Stück abzujagen. Wenn alle Schulleiter/innen einer Gebietskörperschaft es wollen, wird es über kurz oder lang ein Budget für Schulbibliotheken geben.

Autor • Foto: Günter K. Schlamp



Zum Autor:

Günter K. Schlamp, Schulleiter a. D., ist Ehrenvorsitzender des LAG Schulbibliotheken in Hessen e.V.
Weiterführende Informationen finden Sie im Internet unter: <http://www.schulbibliotheken.de>
sowie unter: <http://basedow1764.wordpress.com>.

Teuflisch tolles Tiramisu

Schulfeste und die Landeshygieneverordnung

In der ersten Ausgabe seiner Kolumne schildert unser Experte für Schulrecht, Dr. jur. Günther Hoegg, welche rechtlichen Untiefen eine Schulfreier bergen kann.

Eigentlich hätte niemand zu Schaden kommen müssen. Eigentlich war alles gut geplant. Eigentlich. Wer hätte bei einem so fröhlichen Ereignis auch an eine Katastrophe denken sollen? Der Schuleiter etwa? Ich fürchte, ja – und damit sind wir beim Thema. Denn ähnlich wie ein Minister für Fehler seiner Beamten zur Verantwortung gezogen wird, trifft dieses Schicksal auch den Schuleiter. Weil er die Schule leitet, wird man im Schadensfall ihm Vorwürfe machen, selbst wenn ihn persönlich keine Schuld trifft. Um dieses Risiko zu senken, beginnt hier eine Schulrechtskolumne, die sich heute mit dem Verkauf/Verzehr von Lebensmitteln auf Schulfesten befasst. Da diese meist im Sommer stattfinden, kommt die Information noch rechtzeitig, um dafür gerüstet zu sein.

Zunächst ein harmloser Fall: Eine Schülerin hatte Geburtstag und bringt am nächsten Tag einen (von Mutti) gebackenen Kuchen mit, der in der dritten Stunde verspeist wird. Leider war ein Ei nicht mehr ganz frisch, weshalb einige Mitschüler später leichte Magenbeschwerden verspüren. Es stellt sich die rechtliche Frage, wer für diesen „Schaden“ verantwortlich ist. Die Schülerin, ihre Mutter, der Klassenlehrer oder der Schuleiter?

Die Schülerin ist minderjährig, zudem hat nicht sie den Kuchen gebacken, sondern ihre Mutter. Diese trifft also die Sorgfaltspflicht, ihrer Tochter nur Dinge mitzugeben, die gesundheitlich unbedenklich sind. Hiergegen hat sie verstößen und müsste die zivilrechtlichen Konsequenzen (z.B. Arztkosten) tragen. Weder den Klassenlehrer noch den Schuleiter trifft eine Schuld, weil sie von dem mitgebrachten Kuchen nicht wussten und keinen Einfluss auf die Backzutaten hatten. Auch wäre es unverhältnismäßig, jeden Kuchen beim Klassenlehrer oder gar bei der Schulleitung „anzumelden“. Da zudem der Kuchen schon bald nach dem Mitbringen verzehrt wurde, ist die Schule auch nicht verantwortlich für eine sachgemäße Lagerung.

Aber nun wird es interessant. Denn jetzt geht es um ein ganztägiges Schulfest im Sommer, das von der Schule durchgeführt wird, wodurch sich einiges ändert. Das Thema des Festes lautet „Europa“, und dazu sollen europäische Länder präsentiert werden, natürlich auch mit ihren typischen Speisen.

Eine Klasse wählt Italien und will nicht nur Pizza und Pasta anbieten, sondern auch das beliebte Tiramisu. Die Mutter eines Schülers meint es besonders gut und bereitet das Dessert nach den Regeln der Kunst mit rohen Eiern zu. Wie frisch diese sind, ist nicht ganz klar, denn die ökonomische Hausfrau verwendet auch noch Eier, die schon einige Zeit im Schrank stehen. Das wäre noch kein Problem, wenn das Tiramisu direkt aus dem Kühlschrank sofort gegessen würde. Leider ist das nicht der Fall. Zwar wird es kühl zur Schule transportiert, steht dort aber ungekühlt herum.

Die Besucher des Schulfestes stürzen sich auf Pizza und Pasta, bevor sie zum Nachtisch schreiten. Mit anderen Worten: Erst am frühen Nachmittag drängen sich die Leute vor dem Tiramisu, das wirklich so teuflisch lecker ist, dass etliche sogar noch eine zweite Portion verzehren.

Es kommt, wie es kommen muss: Bei den sommerlichen Tempera-

turen bilden sich in den Eiern die gefürchteten Salmonellen, die bei allen, die Tiramisu gegessen haben, eine schwere Lebensmittelvergiftung auslösen. Glücklicherweise stirbt niemand, aber es gibt einen Riesenskandal: Die Presse stürzt sich darauf und viele Eltern beschweren sich über die nachlässige Schulleitung. Sie stellen die Frage, ob die Schule grob fahrlässig ihre Sorgfaltspflicht verletzt hat, die ihr anvertrauten Schüler vor gesundheitlichen Schäden zu bewahren. Die Mutter erklärt nämlich, bis zum Eintreffen in die Schule sei ihr Nachtisch gesundheitlich unbedenklich gewesen, und sie sei natürlich davon ausgegangen, ihr Tiramisu würde bis zum Verzehr von der Schule fachgerecht gekühlt.

Damit wird der „Schwarze Peter“ auf die Schulleitung geschoben. Denn sie ist in der Schule für die Einhaltung aller rechtlichen Bestimmungen verantwortlich – und dazu gehören nicht nur Schulgesetz, Datenschutzrecht oder Urheberrecht, sondern auch die Lebensmittelhygieneverordnung (LHVO) des jeweiligen Bundeslandes.

Anders als im Einstiegsfall hat die Schulleitung tatsächlich einiges versäumt, denn hier waren die Probleme vorhersehbar. Wie heißt es doch so schön: „Führen heißt voraus denken.“ Und dass es im Sommer bei Lebensmitteln ohne ausreichende Kühlung zu Problemen kommen kann, ist jedem verständigen Menschen klar.

Was also ist für die Schulleitung zu tun, um sich so abzusichern, dass man ihr hinterher keinen Vorwurf machen kann? Der Vorteil der Schulleitung besteht darin, nicht alles selbst machen bzw. kontrollieren zu müssen, sondern delegieren zu können. Aber die Schulleitung muss tätig werden, sie darf nicht die Augen vor etwaigen Problemen verschließen. Sie sollte also einen „Lebensmittelbeauftragten“ ernennen, vorzugsweise einen Kollegen mit den Fächern Biologie oder Chemie, der sich um die Einhaltung der Regeln kümmert, die in der LHVO z.B. für Straßenfeste festgelegt sind. Sinnvoll ist auch der Kontakt zum örtlichen Gesundheitsamt, das gerne berät und unterstützt, wenn man es denn anspricht. Genau daran scheitert es jedoch, weil viele Schulen meinen, man könne den Verkauf von Lebensmitteln auf die leichte Schulter nehmen. Das geht schon, allerdings nur, solange nichts passiert.

In dem unten stehenden Buch finden Sie im Anhang als Konzentrat der LHVO die wichtigsten 10 Regeln für die Behandlung von Lebensmitteln bei Schulfesten.

Da diese Kolumne für Schulleitungen ist, sei noch eine Möglichkeit angesprochen, um aus der Schusslinie zu kommen: Falls der Schulverein/Förderverein der Schule die Organisation des Schulfestes übernimmt, trifft auch ihn die Sorgfaltspflicht. Zugleich gibt es keine Schwierigkeiten mit den Einnahmen, weil diese im Schulverein verbleiben können. Bei der Organisation durch die Schule hingegen müsste der Erlös an den Schulträger abgeführt werden. Aber das ist eine andere Geschichte.

**Mit den besten Grüßen bis zum nächsten Mal
Ihr Günther Hoegg**



Zum Autor:

Dr. jur. Günther Hoegg, ist Jurist und seit 20 Jahren Lehrer. Im Januar 2011 ist sein Band „SchulRecht! für schulische Führungskräfte“ im Verlag Beltz erschienen.



Schulleitungssymposium (SLS)

Vom 08. bis 10. September 2011 findet in Zug/Schweiz das Schulleitungssymposium (SLS) statt. Das Thema lautet: „Kooperative Bildungslandschaften: Führung im und mit System“. Veranstalter des Schulleitungssymposiums sind das Institut für Bildungsmanagement und Bildungsökonomie (IBB) und die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz (PHZ) Zug unter der Leitung von Prof. Dr. Stephan Gerhard Huber in Zusammenarbeit mit der Jacobs Foundation und Carl Link – eine Marke von Wolters Kluwer Deutschland sowie weitere Partner.

In den Vorträgen, Symposien, Workshops und Podiumsdiskussionen werden die anstehenden Herausforderungen sowie Lösungsansätze in den Bereichen Schulqualität, Schulentwicklung und Schulmanagement thematisiert und diskutiert. Die Tagung bietet vielfältige Möglichkeiten zum Ideen- und Erfahrungsaustausch. Der Begriff der Kooperativen Bildungslandschaft beschreibt ein Konzept, das darauf abzielt, Bildungseinrichtungen zu vernetzen und durch verstärkte Kooperationen Kinder und Jugendlichen bessere Bildungsbedingungen und vielfältige Bildungsmöglichkeiten zu bieten. Alternative Begriffe sind Bildungsnetzwerke, Verbünde, Partnerschaften, Kooperationen. Die angestrebte Kooperation wird hierbei einerseits durch vertikale Kooperation/Übergangsmanagement im Sinne einer bruchlosen Bildungskette erreicht, wozu eine verstärkte Kooperation der formellen Bildungsträger nötig ist, z.B. von Kindertagesstätte, Kindergarten, Primarschule, Sekundarschule, Berufsbildung. Andererseits ist eine horizontale Kooperation im Sinne

der Öffnung der Bildungseinrichtungen in die Gemeinde wichtig, denn die Förderung einer stabilen Persönlichkeitsentwicklung und die Vermittlung sozialer Kompetenzen bedarf der Kooperation mit anderen Akteuren, z.B. offener Jugendarbeit, Jugendverbänden, Sportvereinen etc.

Zum Schulleitungssymposium 2011 werden Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus verschiedenen Ländern erwartet, insbesondere werden die Schweiz, Österreich und Deutschland vertreten sein. Zahlreiche Referenten informieren und laden zu spannenden Diskussionen ein. Es bietet neben seinen zahlreichen Veranstaltungen auch ein umfangreiches Rahmenprogramm mit kulturellen und geselligen Angeboten. Vom 7. bis 8. September 2011 findet das „International Seminar“ als Vorkonferenz mit internationalen Gästen statt. Zentrale Fragen von Schule und Schulleitung in den jeweiligen Ländern werden diskutiert. Neben der Vorstellung der Schweizer Schulsysteme werden die Teilnehmenden auch Schulen besuchen können.

Die Anmeldung zur Tagung und die Buchung von Übernachtungsmöglichkeiten sowie die Anmeldung von Tagungsbeiträgen sind ab sofort möglich.

Weitere Informationen zur Tagung (Tagungsprogramm, Anmeldeverfahren, Einreichung von Beiträgen) erhalten Sie über die Homepage des Schulleitungssymposiums: www.schulleitungssymposium.net

Fortbildung von Beltz

Am 13. und 14. Mai findet in St. Blasien das Seminar „Motivation durch ein gutes Lernklima“ im Rahmen des BeltzForums unter der Leitung von Wolfgang Endres statt. Endres ist Autor und Herausgeber zahlreicher Veröffentlichungen zur Lernmethodik, wie zum Beispiel „So macht Lernen Spaß“ und „Die Endres-Lernmethodik“.

Unterrichtsstörungen werden in vielen Studien als einer der größten Stressfaktoren bei Lehrern ausgewiesen. Die Wirksamkeit des Unterrichts wird dadurch stark beeinträchtigt, und es geht sehr viel Lernzeit verloren. Dem kann durch ein professionelles Classroom Management wirksam begegnet werden. Respektvolles Verhalten sich

selbst und anderen gegenüber ist eine der wichtigsten Rahmenbedingungen für wirksames Klassenmanagement. Dazu braucht es ein gesundes Lernklima. Das sorgt dafür, dass die Schüler sich aktiv(er) am Unterricht beteiligen. Die Teilnehmerzahl ist auf max. 30 begrenzt.

Nähtere Informationen und Anmeldung unter:
<http://www.beltzforum.de/lehrkraefte/index.php>
 Teilnahmegebühr: 229 Euro (inkl. Abendessen, Mittagessen, Seminarunterlagen, Pausengetränke)

Fortbildungsverzeichnis IBS

Das neue Fortbildungsverzeichnis des Interessenverbands Berliner Schulleitungen IBS ist erschienen und bietet eine Vielzahl an Seminarangeboten rund um das Thema schulische Führung. Besonders hinweisen möchten wir auf die Seminare der b:sl-Chefredakteurin und Geschäftsführerin der FÜNF FREUNDE Werbea-

gentur UG, Sabine Kauffeld, zu den Themen „Öffentlichkeitsarbeit“ (31. März & 1. April) und „Geldbeschaffung und Netzwerkarbeit“ (19. & 20. Mai). Einzusehen ist das Gesamtverzeichnis auch online auf den Seiten des IBS unter <http://www.ibs-verband.de/>.

Lesestoff – Informationen für Schulleitungen

Berührungsängste abbauen



Whiteboards sind die Dauerbrenner in der Diskussion um die Digitalisierung des Unterrichts. Autor Jürgen Schlieszeit ist zwar klarer Verfechter der neuen Technologie, greift aber auch etwaige Sorgen und argumentative Einwände seiner Leser auf, bevor er umfassend Funktionalität und Bedienung von Whiteboards erläutert. Dankenswerterweise beschränkt sich der Autor jedoch nicht auf die technischen Aspekte des Mediums, sondern gibt auch wichtige Impulse im

Hinblick darauf, wie sich die Tafeln bereichernd im eigenen Unterricht einsetzen lassen und liefert abschließend sogar einen systematisch nutzbaren Methodikbaukasten.

Jürgen Schlieszeit: *Mit Whiteboards unterrichten. Das neue Medium sinnvoll nutzen.* Erschienen bei BELTZ, ISBN 978-3-407-62747-6, 1. Auflage 2011. 199 Seiten. Broschiert. 24,95 EUR.

Neues wagen



Die Utopie einer anderen Schule ohne die Tretmühlen eingefahrener Unterrichtsmechanismen – die Autoren von „Unterrichtsentwicklung mit Erfolg“ hatten das Glück, sie im Rahmen des Hamburger Schulversuchs „Selbstverantwortete Schule“ an ihren Lehranstalten umsetzen zu dürfen. Das Buch, das auf Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse entstand, ist ebenso sehr methodische Anleitung wie persönlicher Erfahrungsbericht.

Weg vom ermüdenden und ineffektiven Frontalunterricht, hin zum selbstbestimmten Lernen, das war der Ansatz, den die Autoren verfolgten. Checklisten, Kopiervorlagen und ausführliche Beispiele inspirierter, flexibler Unterrichtsformen sollen das auch an anderen Schulen möglich machen.

Michael Klein-Landeck, Claus Karau, Ilka Landeck: *Unterrichtsentwicklung mit Erfolg. Zehn praxiserprobte Bausteine.* Erschienen bei Cornelsen Scriptor Praxis, ISBN 978-3-589-23149-2, 1. Auflage 2010. 159 Seiten. Broschiert. 18,95 EUR.

Informiert gegen Rechts

Ein Teil der Angst vor der rechten Szene resultiert auch aus einem Mangel an Informationen über das Phänomen: Welche Strukturen und Praxen rechtsradikaler Präsenz herrschen in den Problembereichen etwa der ostdeutschen Provinz vor? Auch für die Arbeit an Schulen ist diese Fragestellung nicht gerade unerheblich. Die Studie „Rechtsradikalismus in



Ostdeutschland“ stellt sachlich und dennoch gut lesbar die regionalen Ausprägungen von Rechtsextremismus vor und zeigt zugleich, wie durch Grundlagenarbeit mit Jugendlichen nachhaltige Veränderungen auf den Weg gebracht werden können – eine hilfreiche Quellensammlung auch für Schulleitungen.

Hubertus Buchstein, Gudrun Heinrich (Hrsg.): *Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum.* Erschienen im Wochenschau Verlag, ISBN 978-3-89974578-8, 1. Auflage 2010. 537 Seiten. Broschiert. 26,80 EUR.

Und wie führen Sie?



Haben Sie einen durchgehenden Führungsstil oder wenden Sie bei verschiedenen Kolleginnen und Kollegen auch verschiedene Führungsstile an? Regina Mahlmann, eine Beraterin, die Personen und Gruppen in Veränderungsprozessen in Form von Coaching on und off the job betreut, hat in ihrem Leitfaden einen fundierten Überblick über die am häufigsten praktizierten Führungsstile zusammengestellt. Sie zeigt, wie die

Führungsstile entstanden sind, was sie bedeuten und welche Anforderungen und Erfolgsfaktoren gelten. Gleichzeitig führt sie dem Leser vor Augen, wie sich diese auf die Mitarbeitenden auswirken können. Zusätzlich zu diesen Zusammenstellungen fanden in dieses Buch typische Situationen aus der Praxis, viele Beispiele und auch Übungsaufgaben ihren Eingang. Insgesamt ein inhalts- und hilfreiches Buch für alle, die in Zukunft ihre Führungsaufgaben ganz bewusst wahrnehmen wollen.

Regina Mahlmann: *Führungsstile gezielt einsetzen. Mitarbeiterorientiert, situativ und authentisch führen.* Erschienen bei Beltz, ISBN 978-3-407-36497-5. 156 Seiten. Gebundene Ausgabe. 29,95 EUR.

Hilfe bei Rechtsfragen



Deutlich erweitert und unentbehrlich auch für Schulleitungen mit juristischen Vorkenntnissen präsentiert sich die überarbeitete Fassung von „SchulRecht!“, das Standardwerk von Dr. jur. Günther Hoegg. Sprachlich klar und mit Erklärungen von der Pike auf nimmt der Autor seinen potenziellen Lesern Berührungsängste mit juristischem Fachjargon und der Beurteilung rechtlicher Fragestellungen. In diesem Zusammenhang geht es Dr. jur. Hoegg vor

allem darum, ein allgemeines Verständnis für Schulrecht zu vermitteln, um seine Leser so zu befähigen, sich juristisch souverän in ihrer Rolle als Schulleiter zu behaupten. Teilbereiche, die der Band in den Blick nimmt, sind beispielsweise die Leitung von Konferenzen, die Problemstellung Klassenfahrt und das weite Feld des Versicherungsrechts.

Günther Hoegg: SchulRecht! für schulische Führungskräfte. Erschienen bei Beltz, ISBN 978-3-407-62757-5, 1. Auflage 2011. 232 Seiten. Broschiert. 24,95 EUR.

Schulleitung als Management

Dass Schulleitung nicht nur kollegiales Mit-einander des gesamten Lehrerstabs erfordert, sondern auf psychologisch fundierten konzeptuellen Grundlagen aufbauen muss, zeigt „Führung, Steuerung, Management“. Gerade neue schulpolitische Überlegungen, die den einzelnen Lehranstalten größere Gestaltungsspielräume, aber so auch mehr Verantwortung zuweisen, erfordern eine weitreichende Systematisierung von Schulleitung. „System Leadership“, „Reframing“ und „konfluente Leitung“ sind die Schlagworte dazu, die, illustriert durch eine Vielzahl an Diagrammen, von den Autoren des Bandes behandelt werden.

Hans-Günther Rölff (Hrsg.): Führung, Steuerung, Management. Erschienen bei Klett, ISBN 978-3-7800-1067-4, 1. Auflage 2010. 200 Seiten. Broschiert. 21,95 EUR.

Lehrer im Fokus der Forschung

Einen umfangreichen Einblick in den Stand der Forschung zur Lehrer-Profession bietet das „Handbuch der Forschung zum Lehrerberuf“. Auf satten 825 Seiten finden sich vielfältige Beiträge zur gegenwärtigen akademischen Diskussion. Interessant sind dabei insbesondere die Texte zu Lehrerbio-graphien, in denen erörtert wird, welche Personen sich mit welcher Motivation für das Berufsfeld entscheiden, sowie die umfangreiche Darstellung der Belastungen, die der Lehrerberuf mit sich bringt. Wenig überraschend: 56% der Dienstunfähigkeitsdiagnosen benennen psychische Erkrankungen als Ursache.

Ewald Terhart, Hedda Bennewitz, Martin Rothland (Hrsg.): Handbuch der Forschung zum Lehrerberuf. Erschienen bei Waxmann, ISBN 978-3-8309-2350-3, 1. Auflage 2011. 825 Seiten. Gebundene Ausgabe. 69,00EUR.

Verstehen statt verurteilen



„ADHS – die Einsamkeit in unserer Mitte“ lautet der Untertitel zu Karsten Dietrichs Buch „Aufmerksamkeitsdefizitssyndrom“. Dieser Zusatz ist insofern programmatisch, als es dem Autor nicht primär darum geht, den richtigen Umgang mit der Symptomatik zu schildern, sondern für das Erleben der Betroffenen zu sensibilisieren und ihre Gefühlswelt greifbar zu machen. Eben diese beschreibt er vor dem Hintergrund eines völlig neuen theoretischen Zugangs, der ADHS als fehlangepasste Sicherheitsreaktion auffasst. Mit diesem Perspektivwechsel, so steht zu hoffen, ändert sich auch der alltägliche Umgang mit Menschen, die unter diesem Krankheitsbild leiden, und vor allem das Gefühl des Befremdens angesichts ihres vermeintlich seltsamen Verhaltens.

Karsten Dietrich: Aufmerksamkeitsdefizitssyndrom. ADHS – die Einsamkeit in unserer Mitte. Erschienen bei Schattauer, ISBN 978-3-7945-2653-6, 1. Auflage 2011. 209 Seiten. Broschiert. 29,95 EUR.

Werden Sie verstanden?



Geht es Ihnen auch oft so, dass Sie im Eifer des Gefechtes beim Schreiben von Briefen, Beurteilungen, Vorträgen etc. in den täglichen Sprachterminus verfallen? Den versteht nicht jeder und in der Regel sind damit Kommunikationsstolpersteine verbunden. Doch wie formuliert man verständlich? In einem einfachen Trainingsprogramm und vielen Textbeispielen haben die Autoren ein Werk geschrieben, das helfen wird, die schriftliche Kommunikation einfacher und verständlicher zu machen. Beispiel gefällig? Unter der

Überschrift „Was ist Raub?“ gibt es eine komplizierte Fassung: „Raub ist dasjenige Delikt, das jemand durch Entwendung eines ihm nicht gehörenden Gegenstandes unter Anwendung von Gewalt oder von Drohungen gegenüber einer anderen Person begeht, sofern diese Intention der rechtswidrigen Aneignung besteht.“ Und? Alles auf Anhieb verstanden? Hier nun die einfache Fassung: „Jemand nimmt einem anderen etwas weg. Er will es behalten. Aber es gehört ihm nicht. Beim Wegnehmen wendet er Gewalt an oder droht dem anderen, dass er ihm etwas Schlimmes antun werde. Dieses Verbrechen heißt Raub.“

Langer, Schul von Thun, Tausch: Sich verständlich ausdrücken. Erschienen bei Reinhart, ISBN 978-3-497-02205-2, 9. Auflage 2011. 224 Seiten. Broschiert. 19,90 EUR.

Baden-Württemberg

VSL Vereinigung von Schulleiterinnen und Schulleitern in Baden-Württemberg e.V.
c/o Fünf Freunde
Osnabrücker Straße 7
10589 Berlin
T: (030) 20454884 F: (030) 20455134
geschaefsstelle@vsl-bw.de
www.vsl-bw.de

Bayern

Bayerischer Schulleitungsverband e.V.
Geschäftsführer Siegfried Wohlmann
Bayernstr. 4a
92318 Neumarkt in der Oberpfalz
T: (09181) 510206 F: (09181) 461270
siewoh@t-online.de
www.bsv-bayern.info

Berlin

Interessenverband Berliner Schulleitungen e.V.
Helmut Kohlmeyer
Lily-Braun-Str. 101
12619 Berlin
T/F: (030) 9715832
service@ibs-verband.de

Brandenburg, Bremen, Thüringen

Momentan kein Landesverband,
bitte wenden Sie sich an die
ASD-Geschäftsstelle
Osnabrücker Straße 7
10589 Berlin
kontakt@schulleitungsverbaende.de

Hamburg

VHS Verband Hamburger Schulleitungen e.V.
Gudrun Wolters-Vogeler
Schule Lange Striepen
Lange Striepen 51
21147 Hamburg
T: (040) 79719810 F: (040) 79719848
g.wolters@gmx.de
www.vhs-ev.de

Hessen

Interessenverband Hessischer Schulleiterinnen & Schulleiter e.V.
Hans-Walter Krämer
Ludwig-Erhard-Schule
Hans-Böckler-Straße 1
65199 Wiesbaden
T: (0611) 318785 F: (0611) 314923
ludwig-erhard-schule@wiesbaden.de
www.ihh-hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

Schulleitungsvereinigung Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Heike Walter
Regionale Schule mit Grundschule Bernitt
Schulstr. 7
18249 Bernitt
T/F: (038464) 20250
heikewalter@yahoo.de
www.slmv.de

Niedersachsen

Schulleitungsverband Niedersachsen e.V.
Bödeker Str. 7
30161 Hannover
T: (0511) 6005635 F: (0511) 6005636
E-Mail über das Kontaktformular des SLVN auf dessen Homepage
www.slvn.de

Nordrhein-Westfalen

Schulleitungsvereinigung Nordrhein-Westfalen e.V.
Geschäftsstelle der SLV NRW
c/o Fünf Freunde
Osnabrücker Straße 7
10589 Berlin
T: (030) 20454884 F: (030) 20455134
geschaefsstelle@slv-nrw.de
www.slv-nrw.de

Rheinland-Pfalz

Schulleitungsverband Rheinland-Pfalz e.V.
Christl Pfirrmann
Am Gartenberg 347
76149 Karlsruhe
T: (0721) 7819987
SVR.Info@svr-rlp.de
www.svr-rlp.de

Saarland

Vereinigung Saarländischer Schulleiter e.V.
Volker Ruppert
Erweiterte Realschule Homburg 1
Virchowstraße 7
66424 Homburg
T: (06841) 92330 F: (06841) 923326
robert-bosch-schule@web.de

Sachsen

Sächsischer Schulleitungsverband e.V.
Lutz Jacob
Pestalozzi-MS-Meissen
Pestalozzistraße 3
01662 Meißen
T: (03521) 732440 F: (03521) 711646

Sachsen-Anhalt

Schulleitungsverband Sachsen-Anhalt e.V.
Frank Diesener
Albert-Schweitzer-Schule Förder-
schule für Lernbehinderte
Juri-Gagarin-Str. 18
38820 Halberstadt
T: (03941) 603773 F: (03941) 568391
frank.diesener@t-online.de
www.slv-st.de

Schleswig-Holstein

Schulleitungsverband Schleswig-Holstein e.V.
Klaus-Ingo Marquardt
Pommernweg 33
24582 Wattenbek
T: (04322) 2362 F: (04322) 888922
kimarquardt@slvsh.de
www.slvsh.de

Die nächste Ausgabe
erscheint im Juli 2011



b:sl
Beruf : Schulleitung

03/11

Titelthemen:

**Organisations-
entwicklung**

**Technik in der
Schule**

Dies sind die Themen, die wir in der nächsten Ausgabe Ihres Fachmagazins beleuchten wollen.

Redaktions- und Anzeigenschluss:
1. Juni 2011.

Impressum: **b:sl - Beruf : Schulleitung, ISSN Nr. 977-1865-3391**
Herausgeber: ASD Allgemeiner Schulleitungsverband Deutschlands e. V.

Vorsitzender: Rainer Stegmaier

Fünf Freunde Werbeagentur UG (haftungsbeschränkt), Osnabrücker Straße 7, 10589 Berlin

Telefon: (030) 20 45 48 84, Telefax: (030) 20 45 51 34, E-Mail: info@beruf-schulleitung.de

Walter Rossow (V.i.S.d.P.), Sabine Kauffeld, Michael Smosarski, Wolfgang Gruhn

Marketing Services Gärtner, Henry Gärtner, Orffstraße 5, 41564 Kaarst, Tel.: (0 21 31) 742 32 33,

Fax: (0 21 31) 742 32 33, E-Mail: anzeigen@beruf-schulleitung.de, www.beruf-schulleitung.de

Einzelheft 5,60 €; zzgl. 0,95 € Versandkosten. Jahresvorzugspreis: 19,20 €

(inkl. Versandkosten) jeweils inkl. Mwst.

Gemeinsam

schafft man einfach mehr. Sie kennen das sicherlich aus der Arbeit in Ihrem Kollegium: Wenn alle an einem Strang ziehen, wenn Sie sich mit Ihren Kollegen zusammen tun, dann geht vieles einfacher. Man kommt vorwärts. Manchmal bekommen die angepeilten Ziele auch eine gewisse Eigendynamik und plötzlich regelt sich einiges auch ohne Ihr Zutun. Genau so ist es in der Verbandsarbeit. Je mehr Mitglieder eine Interessenvertretung hat, desto lauter ist deren Stimme in Verhandlungen. Deshalb: Stärken Sie Ihre Schulleitungsverbände vor Ort. Wenn Sie noch kein Mitglied sind, dann werden Sie das am besten noch heute. Die Mitgliedsbeiträge sind angemessen und jede einzelne Stimme zählt. Wenn Sie bereits Mitglied sind, dann sprechen Sie doch Ihre Stellvertreterin bzw. Ihren Stellvertreter oder auch andere Kolleginnen und Kollegen, die zu Ihrem Schulleitungsteam gehören, an. Oder Kollegen von anderen Schulen. Neben dem guten Gefühl, dass Sie etwas für Ihre eigenen Interessen und die Ihrer Kollegen tun, haben Sie so auch die Gewissheit, dass die Schulleitungsverbände mit Ihnen gemeinsam

mehr erreichen.



Auf der gegenüberliegenden Seite finden Sie die Post- und Internet-Adressen Ihres zuständigen Landesverbandes. Hier können Sie schnell und unkompliziert Mitglied werden.

DIE GRÜNSTEN VOLLFARBDRUCKER ALLER ZEITEN.



MIT DEN NEUEN RISO COMCOLOR DRUCKERN KÖNNEN SIE UMWELTBEWUSST DRUCKEN, KOPIEREN UND SCANNEN. DENN DANK DER INKJET TECHNOLOGIE VERZICHTEN SIE KOMPLETT AUF SCHÄDLICHE TONER. PROFITIEREN SIE JETZT VON NIEDRIGEN KOSTEN UND HOHER UMWELTVERTRÄGLICHKEIT. ÜBERZEUGEN SIE SICH SELBST. AM BESTEN BEI EINEM PERSÖNLICHEN VORFÜHRTERMIN. JETZT VEREINBAREN AUF **WWW.COMCOLOR.DE** ODER EINFACH ÜBER UNSERE **HOTLINE: 040 532 861 67**

DIE VORTEILE DER RISO COMCOLOR DRUCKER:

- **UMWELTBEWUSST:** DANK INKJET TECHNOLOGIE KEINE TONEREMISSION UND SEHR GERINGER ENERGIEVERBRAUCH
- **EXTREM GÜNSTIG:** NIEDRIGE WARTUNGS- UND BETRIEBSKOSTEN MACHEN DIE RISO COMCOLOR SERIE ZUM SPARSAMEN PARTNER
- **PRODUKTIV UND VIELSEITIG:** MIT BIS ZU 150 SEITEN PRO MINUTE ELTERNBRIEFE, UNTERRICHTSMATERIALIEN, BRIEFUMSCHLÄGE UND MEHR DRUCKEN

